

## Inhalt

### EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

<b>Leitfaden (un)möglicher Zusammenhänge</b>	Angelika Unterholzner	2
Politik im „blauen Palais“	Uwe Staffler	4
„Zwölf Freunde gegen den Rest der Welt.“	Produktion Bäuche	7
	Anna Breitenberger/Thomas Aichner	
Informieren wir uns zu Tode?	Markus Mascelli	8
Die Probleme der Gewerkschaften mit der Europäischen Integration	Arno Teutsch	10
Über die Hochschulbildung in der EG	David Augscheller	12
„Aggiungi una stella al tuo diploma“	Rolanda Tschugguel, Alexander Larch	13
Comunità Europea – Democrazia mancata?	Klaus Pancheri	17
Von EUROPOL und flüchtenden Menschen	Gerold Ecker	22
Zur Logik der neokonservativen Europaeuphorie	Anton Holzer	24
„Teilen steht nicht im Programm ...“	Interview mit Alexander Langer	28
Zur Verantwortung der EG im Jugoslawienkonflikt	Gabriel Grüner	32
Die Europäische Union will Frieden, bringt aber Weltkriege	Frans Carlgren	34
L'Europa delle donne, l'Europa dei mercanti	Marcella Pirronc	38
EURO-PARAF für's Patriarchat	Bäbel Danneberg	42
Die A-Soziale Dimension des Binnenmarktes	Monika Vana	60
Lobby gegen die Demokratie	Manfred Gmeiner	64
<b>ÖKOLOGIE</b>		
Das Frauen und Müll-Syndrom	Irmgard Schultz	46
Umweltschutz in der EG	Willi Erschbaumer	52
Tourismus: Auswirkungen auf die Umwelt	Gregor Beckircher	53
Alomagna: Eine Denkübung	Helmath Pörrbacher	55
Öko-Rassismus: Die braune Gefahr hinter der grünen Maske	Alexander Larch	56
<b>BEILAGE: Ökologie-Studium</b>		I-XII
Ökologie ≠ Ökologie	Stephan Lausch	II
<b>UMFRAGE: Stuhl Wahl-Gang '93</b>	Frau AU	16
<b>REZENSIONEN:</b>		
„Expo's Jazz & Joy“		50
„Exotica“		50
„Experiments In Terror“		51
„Qui Sème Le Vent Récolte Le Tempo“		51
„The Piano“		51
„Das Schwert des 'Experten' – Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild“		66
„Die Lega – Italien in Scherben“		67
„ARBEITSTRICH – Unter polnischen Schwarzarbeitern“		69
„Frauenleben: Alltag, Aufbruch und neue Unsicherheiten“		70
„Von Schneekanonen & Transilwanen“		71
„Variationen“		72
„letzte Seite“		

# Leitfaden (un)möglicher Zusammenhänge

Über die *Verzahnung* der Wirtschaft mit der Politik (nicht nur) in der Europäischen Gemeinschaft gibt es viele Thesen und einiges spricht für diese. Deswegen knüpfe ich bei der Einführung in diesen skolast munter an den Mythos der Verschwörung des Großkapitals mit der Großmachtspolitik an.



Anton Holzer schreibt in „Wider die europäischen Propheten“ vom „Mythos des vereinten Europa als ideologischem Modell zur Legitimation neuer umstrukturierter kapitalistischer Ungleichheitsstrukturen“.

Davon ausgehend zeigt er die Zweiseitigkeit der Europäisierung Europas und der opportunistischen Haltung Südtirols in EG-Zusammenhängen auf.

Die Notwendigkeit einer entpolitisierten Wirtschaftsordnung erläutert der Schwede *Frans Carlgren*. Über die mögliche positive Wirkung von Wirtschaftsbeziehungen, die Gefahr von Staatsfusionen für den (Welt)Frieden und die europäischen Großmachtambitionen schreibt er im folgenden.

Von der Machterweiterung der Bürokratie und dem Parlament als bloße Legitimationsfigur schreibt *Manfred Gmeiner* in „Lobby gegen die Demokratie“. Er belegt das Ungleichgewicht von Kapitallobbies gegenüber anderen gesellschaftlichen Kräften – womit wir bei der *Verfälschung* angelangt wären – und zeichnet das häßliche Bild einer unkontrollierbaren und undurchschaubaren neuen Politik. Die Frage nach den (demokratischen) Strukturen der EG wird interessant. *Klaus Panzer* beschreibt die Organe, die Gewaltenteilung und die Machtverhältnisse in der EG.

Eine *Vereinigung* von Politikern unterschiedlichster Sozialisation, Position, Sprache usw. stellt das Europäische Parlament dar. Das Bild, das *Uwe Staffler* vom EP zeichnet, ist ein buntes, komplexes, hektisches. Das EP hat wenig Macht, positiv betrachten könnte man (immerhin) eine Entideologisierung auf Grund fehlender Fraktionszwänge und das EP als Akademie zur Internationalisierung von PolitikerInnen. Während ParlamentarierInnen immer europafähiger werden, wirtschaftet die EG dem demokratischen Abgrund entgegen.

Auch Alexander Langer bedauert in einem Interview die Ohnmacht des Parlaments und die Macht der Kommission, welche die Gesetze sowohl ausarbeitet als auch deren Durchführung kontrolliert – womit die *Verschränkung* legislativer und exekutiver Elemente in der „EG-Demokratie“ angesprochen wäre. Die EG sei der einzige aussichtsreiche europäische Integrationsprozeß, allerdings beschränkt sich dieser derzeit (wieder zunehmend) auf die wirtschaftliche Integration derer, „die stark genug“ sind.

Dieses Prinzip hat weitreichende Konsequenzen, wie *Gabriel Grüner* am Beispiel des Jugoslawienkonflikts anführt. Zum einen die Unerfahrenheit als Vermittlerin in Konfliktsituationen, zum anderen die Uneinigkeit innerhalb der EG sind (mindestens) zu berücksichtigen, wenn es darum geht, die Erfolglosigkeit der Europa-Politik in Jugoslawien zu verstehen. Uneinigkeit in Entscheidungen ist ein Problem, aber Konsensfindung bestehenden Machtverhältnissen unterzuordnen, kann verhängnisvoll werden.



An Obenstehendes anknüpfend, stelle ich den nächsten Beiträgen zwei Thesen voran: Wichtige politische Entscheidungen werden aus einer Wirtschaftlichkeitsperspektive heraus getroffen, womit Angriffe auf die Demokratie verbunden sind. Die Profitmaximierungsideologie impliziert die Instrumentalisierung und Diskriminierung vieler Menschen.

*Marcella Pirrone* schreibt über Frauen diskriminierende EG-Richtlinien. Mutterschaft wird von den Gesetzesemittenten zunehmend als Krankheit betrachtet, die EG kann sich unter dem Wirtschaftlichkeitsaspekt demnach Mütter nicht leisten und macht ihnen das Arbeiten schwer. Der spezifische Unterschied zwischen Mann und Frau wird in der EG Gesetzgebung nicht anerkannt. *Vereinheitlichung* arbeitender Männer und Frauen kommt Rentabilitätsüberlegungen entgegen. In derlei Kalkül paßt auch die unentlohnte *Vereinnahmung* der Arbeitskraft der Hausfrau, Erzieherta, Versorgerin. Nach *Bärbel Danneberg* entpuppt sich das „Gemeinsame Haus Europa“ als Herrenhaus, in welchem die Frauen die Putzkolonnen sind.

*Gerold Ecker* erläutert das EG-Konzept der „Inneren Sicherheit, demzufolge die Einwanderungspolitik und die Verbrechensbekämpfung vereinheitlicht werden sollen. Mit der „koordinierten Aufnahme von AsylbewerberInnen und von WanderarbeiterInnen“ geht die Vereinnahmung rentabler Arbeitskraft von AusländerInnen einher.

Von der Ökonomie instrumentalisiert werden nach *David Augscheller* auch die Hochschulbildung, Wissenschaft und Forschung. Vorgegebene Grundlinien des Studiums in den EG-Ländern sollen eine flexiblere Gestaltung und die Anpassung der Ausbildung an marktwirtschaftliche Erfordernisse gewährleisten. Von Chancengleichheit einerseits wird gesprochen und

durch zukünftige Quotierung der Ausbildungsplätze Diskriminierungen andererseits Vorschub geleistet. Ins Detail gehen in diesem Bereich *Rolando Tschugguel*/*Alexander Larch*, indem sie die verschiedenen Strategien zur internationalen Bildung von „Humanressourcen“ erläutern. Die Vereinheitlichung der Bildungssysteme hat sich als undurchführbar erwiesen. Für die europaweite Anerkennung der Studientitel gibt es zwar entsprechende Richtlinien, die Schwierigkeiten bei der Durchführung sind jedoch beispielhaft für viele andere Bereiche: Die EG gibt allgemeine Richtlinien vor, die einzelnen Staaten nützen den damit verbundenen Spielraum zum eigenen Vorteil, und die Unis erkennen nach Belieben Studientitel an. Als letztes ist noch die *Vernetzung* der Universitäten durch die sog. Austauschprogramme zu nennen, die oft mehr versprechen als sie halten.



Von technischer Vernetzung der Informationen schreibt *Markus Mascelli*; er zeigt auf, welche Veränderungen sich im menschlichen Denken und Wahrnehmen ergeben können, welche Chancen zunehmende Informationsvernetzungen bieten, aber auch welche Gefahren sich durch Informationsüberbelastung ergeben.

Der Aspekt der Vernetzung wird noch bei *Arno Teutsch* explizit genannt. Als Strategie gegen das soziale Dumping im Binnenmarkt und zur Organisation einer gewerkschaftlichen „Gegenmacht“ müssen alternative Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, die in gewerkschaftlichen Informationsnetzwerken bestehen können.

Aufgeteilte Gesetzgebungskompetenz ist nicht immer unpraktisch, kann man sich so doch – auf weite Strecken – Zuständigkeiten bzw. den schwarzen Peter zuschieben. So gibt es nach *Monika Vana* zwar eine starke Regelungsdichte der EG im Bereich der Ökonomie, aber der Bereich Soziales ist nach dem Subsidiaritätsprinzip Aufgabe der einzelnen Staaten. Nach der Wirtschaftsphilosophie der EG-Gläubigen werden sozialer Fortschritt und Angleichung der Lebensbedingungen der Bayern und Andalusier automatische Folge des ökonomischen Fortschritts sein, oder auch nicht.

Die EG-Richtlinien des Umweltschutzes sehen sauberes Gewässer, saubere Luft und wenig Lärm vor. Wie sich diese schönen Worte mit dem Ziel des Wirtschaftswachstums vereinbaren lassen, fragen sich nicht nur UmweltschützerInnen. Einige Daten zur ökologischen Verträglichkeit des Binnenmarktes hat *Willi Erschbaumer* zusammengetragen.

Der Aspekt der Vernetzung taucht nicht zufällig immer wieder auf. In der alltäglichen Konfrontation oder theoretischen Auseinandersetzung mit der EG wurde die Erfahrung gemacht bzw. die Erkenntnis gewonnen, daß Vereinigung (oder Vereinheitlichung) von oben sehr bald an „natürliche“ Grenzen stößt. Dennoch, Europawillige suchen nach Wegen und erachten die aktive Vernetzung von unten, d. h. der Betroffenen oder Basisgruppen, als mögliche Alternative zur Förderung einer kulturellen Integration, welche in anderen Prozessen abläuft und von anderer „Qualität“ ist als z. B. eine bloß wirtschaftliche Integration. Unabhängig von den tatsächlichen Wurzeln und Hintergründen der europäischen Vereinigung ist der vielpropagierte Offenheit im Europa der Bürger zweierlei entgegenzusetzen. Zweifel am selbstbestimmten und bewußten Handeln der BürgerInnen drängen sich auf, und Spaltungen in der Gesellschaft zeichnen sich ab (z. B. brauchbare vs unbrauchbare Arbeitskräfte, AkademikerInnen, AusländerInnen u. a.).

In diesem Skolast bleibt die Frage offen, ob sich durch den Versuch der Vernetzung von unten eine soziale Eigendynamik entwickeln kann, welche zu einer Integration der Menschen in Europa führen kann, die nicht Ausgrenzung und Gleichschaltung impliziert. Unbeantwortet bleibt auch, ob durch den Versuch der Vernetzung von unten ein System gestützt wird, das letzten Endes doch in eine Sackgasse steuert.

Zum Thema Ökologie enthält dieser Skolast weitere Beiträge von *Gregor Beikircher* zum Tourismus in Südtirol und zu den Auswirkungen auf die Umwelt und eine kurze Denkübung zur Alomagna von *Helmuth Pörsbacher*. Die Beiträge der einheimischen Umweltschützer sind z. T. kurz geraten. Wir hatten einige Fachbeiträge erbeten, aber offenbar sind die „Ökos“ in Südtirol dermaßen überlastet, daß trotz dreimaligem Aufschub keine Zeit für Öffentlichkeitsarbeit bleibt.

Wie mit dem Argument Umwelt rassistischen Tendenzen Vorschub geleistet wird, zeigt *Alexander Larch* in seinem Beitrag „Öko-Rassismus – Öko-Faschismus: Die braune Gefahr hinter der grünen Maske“. Wiedereinmal ist es gelungen einen Schuldigen für „die Krise“ namhaft zu machen, und wiedereinmal sind es die AusländerInnen.

*Irmgard Schulz* zeigt auf, wie durch gegenwärtiges Rollenverständnis und die gesellschaftliche Arbeitsteilung Müllverortung auf die Frauen abgeschoben wird. Und wieder einmal wird die Vereinnahmung (nicht nur) der weiblichen Arbeit deutlich gemacht, und wieder einmal werden die Kosten „der Krise“ auf die Frauen abgewälzt.

*Angelika Unterholzner*

## Politik im „blauen Palais“

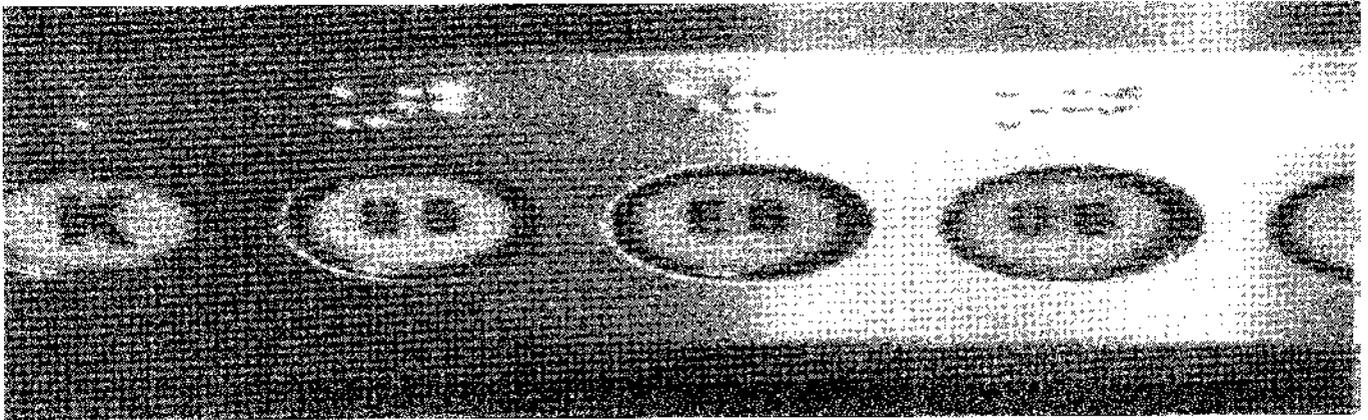
Im Juni 1979 wurde das Europäische Parlament zum ersten Mal demokratisch gewählt. Und bis heute ist es die einzige überstaatliche Versammlung auf der ganzen Welt, die von den Bürgern direkt bestimmt wird. Allein schon daraus ergibt sich ein besonderes Interesse an dieser Institution, die zusammen mit der Exekutivkommission und dem Ministerrat zu den Eckpfeilern der Europäischen Gemeinschaft gehört.

Das Europäische Parlament besteht aus 518 Mitgliedern, die alle fünf Jahre neu bestellt werden, und hat drei Amtssitze: Brüssel, Luxemburg und Straßburg, die sich die Arbeit folgendermaßen aufteilen: In Luxemburg schlägt das Verwaltungshertz mit Datenbank und Dokumentationszentrum. Die meisten Beamten, die für ihre Arbeit nur ein Büro, ein Telefon und einen Computer brauchen, sitzen im Großherzogtum an der Mosel; in Straßburg trifft sich einmal monatlich die Vollversammlung des Parlamentes, um über die wichtigsten Dokumente und Initiativen im Plenum abzustimmen; in Brüssel spielt sich der Hauptteil der politischen Aktivitäten des Parlamentes ab. Dort debattieren die Fraktionen in internen Versammlungen und stecken ihre politischen Richtlinien und Positionen zu wichtigen Ereignissen und Diskussionen ab, treffen sich die verschiedenen Ausschüsse und Delegationen mit Parlamenten von Nicht-EG-Ländern, und spielt sich kurz gesagt das politische Sozialleben ab. Und all dies in neun Sprachen! Die Neunsprachigkeit ist zwischen Brüssel und Straßburg zum obersten Prinzip erhoben. Allein dadurch werden 5000 hauptamtliche

Übersetzer vom EP beschäftigt. Doch diese scheinbare Übertreibung an Bürokratie funktioniert besser, als man befürchten könnte. Zu Beginn jeder wichtigen Sitzung werden zwar meistens 5 bis 10 Minuten für die Behandlung von Anfechtungen von Übersetzungen aufgewendet, im großen und ganzen aber reicht die Effizienz des Übersetzungsdienstes für die Ansprüche dieses Parlamentes mit seinen derzeitigen Vollmachten aus und ist instande, bei Bedarf Dutzende Dokumente, die an einem Abend eingereicht werden, am nächsten Morgen in allen Sprachen vorzulegen.

Doch gerade an den eingeschränkten Befugnissen des Europaparlamentes stoßen sich inzwischen die meisten Abgeordneten. Das erste, vor 15 Jahren gewählte EP war am Anfang mehr ein Abstellplatz für vor der Pension stehende Politiker oder Tummelplatz für neu aufstrebende, für die Nationalversammlungen aber noch zu unerfahrene Jugendvertreter. Das änderte sich mit dem steten Kompetenzzuwachs, der seit 1979 zu verzeichnen war, wenn auch die Einschätzung der Bedeutung des EP von Land zu Land sehr verschieden ist. Die italienischen Parteizentralen haben bei den letzten Wahlen ihre repräsentativsten Vertreter, teilweise sogar ihre Generalsekretäre, ins Wahlrennen geschickt (Craxi, Forlani, Occhetto, Andreotti, Pannofla, Fini...), während Deutschland eher die zweite Riege aufbot, woraus man den Eindruck gewinnen könnte, in Italien würde das EP besonders ernst genommen und in Deutschland eher abwertend betrachtet. (Da-

bei sei am Rande bemerkt, daß sich die italienischen Wähler anlässlich der letzten Europaparlamentswahlen in einem Referendum zu 90% dafür ausgesprochen haben, dem EP größere Vollmachten zu übertragen.) Doch dieser Eindruck täuscht, denn während die meisten deutschen MdEPs (Abkürzung für „Mitglied des Europäischen Parlamentes“) sich hauptsächlich um das Gedeihen des gemeinsamen Hauses Europa kümmern, sind die Bänke der Occhetos, Craxis usw. ständig leer. Andreotti hatte sogar schon einen Tag nach den Wahlen seinen Rücktritt eingereicht, was inzwischen auch Craxi und Fini erledigt haben. Achille Occhetto hat bisher gerade einmal (!), anlässlich der Debatte zum Golfkrieg im Februar 1991, in Straßburg das Wort ergriffen, und auch Arnaldo Forlani war kaum zu sehen. Seit letzterer in Italien zur Bedeutungslosigkeit verkommen ist, hat er sich wieder auf die Leidenschaft für die Europapolitik besonnen, die nebebei schon einige in Korruptionsskandale verwickelte Politiker durch die Immunitätsbestimmungen vor unangenehmen Untersuchungen bewahrt hat. In dieser Legislaturperiode sind dem EP ungefähr dreißig Gesuche um Aufhebung der Immunität überstellt und nur in vier Fällen gewährt worden. Der Sinn und Zweck der Immunität ist der, einem demokratisch gewählten Abgeordneten die politisch notwendige Äußerungsfreiheit zu gewährleisten und ihm Verleumdungsklagen usw., die er sich in der Ausübung seines Mandates aufhaist, fornzuhalten. Leider verkommt dieses



Instrument, das eigentlich zur Absicherung der freien Ausübung des Mandates dienen sollte, immer mehr zur Lebensversicherung korrupter und maffiöser Politiker. So werden gerade jetzt, wo man im italienischen Parlament beginnt, die Immunität auch wichtiger Politiker aufzuheben, im Europäischen Parlament in Schmiergeldskandale verwickelte und mafiaverdächtige Politiker, vor allem wenn sie in einer der beiden großen Fraktionen sitzen, immer wieder durch Unantastbarkeit begnadigt. Und das letzte eingetroffene Gesuch um Aufhebung der Immunität betrifft eben Forlani. Und er hat gute Aussichten auf den Erhalt seiner Immunität, denn das EP geht in seiner Originalität so weit, die Gesuche der Gerichte einfach ohne Behandlung zurückzuweisen, wenn sie in seinen Augen nicht vollständig sind, wenn es auch manchmal genau die gleichen sind, die kurz zuvor schon von einem nationalen Parlament für behandlungswürdig erachtet wurden.

Die Gesetze des EPs sind eben nicht jene der nationalen Parlamente. Da der Ministerrat (die „Regierung“ der EG) direkt von den Mitgliedsstaaten bestimmt wird und das EP bis jetzt noch nicht allzu große Kompetenzen hat, gibt es innerhalb des EP auch nicht die klassischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Die 518 Abgeordneten haben sich in acht politisch mehr oder weniger homogenen Fraktionen und einer Fraktion der Nicht-Eingeschriebenen zusammengesetzt. Die Sozialisten stellen die größte Fraktion mit fast 200 Mitgliedern, gefolgt von der Europäischen Volkspartei (162), den Li-

beralen (45), den Grünen (28), den englischen Konservativen (20), der Regenbogenfraktion (16), den Rechten (14) und den Linken (13). Die Fraktion der Nicht-eingeschriebenen zählt 22 Mitglieder. Es braucht also für jeden Abstimmungserfolg Bündnisse über die Fraktionen hinweg, was leicht innerhalb fünf Minuten zu ganz verschiedenen Konstellationen führen kann. Durch das Fehlen von strikten Fraktionszwängen (die nur in ganz seltenen Fällen zum Tragen kommen) und einer dadurch bedingten gewissen Entideologisierung im Aufsuchen von Seilschaften für Abstimmungen und Initiativen kann es auch schon passieren, daß die drei Südtiroler Abgeordneten Joachim Dalsass, der schon seit 1979 im EP sitzt und der Fraktion der Europäischen Volkspartei angehört, Alexander Langer, der 1989 für die Grünen ins Parlament eingezogen ist und am Anfang deren Fraktionsvorsitzender war, und Pietro Mitolo, der seit gut einem Jahr für den zurückgetretenen MSI-Chef Fini Mitglied des EP ist und zusammen mit dem Radikalenboss Pannella und dem Bossi-Schützling Speroni in der Fraktion der Nicht-Eingeschriebenen sitzt, gemeinsam Resolutionentwürfe einreichen oder gegenseitig Anträge unterstützen. Das wäre in Südtirols Politikalltag undenkbar, wo Initiativen der Opposition nicht nach ihrer Qualität, sondern nach ihrer Herkunft beurteilt werden und meist von vornherein keine Aussicht auf Erfolg haben. Interessantes Detail am Rande: Gleich nach den Wahlen von 89 bewarben sich die deutschen Republikaner sowie die italienischen Neofaschisten um die Gunst des rechten

Hofhorren Le Pen. Der mußte sich aber bei der Fraktionsbildung für die einen oder anderen entscheiden, u.a. auch, weil sich Neofaschisten und Republikaner über das Südtirolproblem so zankten, daß sie die Zusammenarbeit in der gleichen Fraktion kategorisch ablehnten. Le Pen entschied sich damals für die aufstrebenden Deutschen, worüber Mitolo und seine Kameraden heute sogar froh sind, da die Mitgliedschaft in der Fraktion der Rechten kein Honiglecker ist. Bei allem Vorreitertum bezüglich Demokratie in Europa muß den Europaparlamentariern nämlich der Vorwurf gemacht werden, in den Arbeiten des EP die Rechten schlichtweg zu unterdrücken, was in gewisser Hinsicht manchmal das Gegenteil bewirkt und Wasser auf ihre Mühlen gießt. Auf die Rechten werden nämlich alle Regeln haargenau und so restriktiv wie möglich angewandt, wohingegen die Vertreter der restlichen Fraktionen, vor allem die Chefs der Sozialisten und Volksparteiler, teilweise Narrenfreiheit im Übertreten der Regeln genießen. Dies gilt vor allem hinsichtlich der Einhaltung der Redezeit, was einige französische Rechte zum Tick getrieben hat, immer schon nach wenigen Sekunden ihrer Rede hektisch und ununterbrochen auf die Uhr zu sehen.

Überhaupt geht es in Straßburg immer recht hektisch zu. Einmal im Monat schnüren Abgeordnete samt Stab und Parlamentsfunktionäre ihre Senkel und deplazieren sich ins 500 km von Brüssel entfernte Straßburg. Genauer gesagt schnüren sie nicht ihre Senkel, sondern füllen leuchtige Metallkisten mit allerlei Papier- und Computerkram und schlic-

ken sie auf die Reise nach Süden. Wehe dem, der Wichtiges vergißt, denn die Straßburger Büros sind zwar fast luxuriös mit Dusche, Toilette und Farbfernseher ausgestattet, die wichtigsten Arbeitsunterlagen befinden sich aber in Brüssel, wo die Parlamentarier die Hauptzeit verbringen. Oder noch schlimmer ist es, wenn die Kisten vertauscht werden und erst einmal im Straßburger Labyrinth zwischen Hauptpalais (Palais) und Abgeordnetenhaus (IPE) 1 und 2 gefunden werden müssen. Wer sich dabei dann noch durch die Besucherhorden, die wöchentlich nach Straßburg, Brüssel und Luxemburg geschleust werden, damit der Bürger sich ein Bild von den Gemeinschaftsinstitutionen machen kann, und die zu Stoßzeiten Mensen und Korridore lahmlegen, kämpfen muß, ist wahrlich nicht zu beneiden. Aber für die „Straßburgwoche“ muß man einfach eine gewisse Lässigkeit im Umgang mit Stresssituationen entwickeln.

Die Arbeiten werden Montag am späteren Nachmittag aufgenommen und am Freitag vormittag abgeschlossen. Da gleicht dann der riesige Versammlungssaal, sieht man einmal von seinen Dimensionen ab, eher dem Südtiroler Landtag als dem blauen Palais, wo sich neben dem EP auch der Europarat und verschiedenste ad-hoc-Parlamente treffen: Mehr als 35 Abgeordnete sind wahrlich selten anzufinden, wenn am Freitag gegen 11 Uhr die Sitzung abgeschlossen wird. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte werden dann auch regelmäßig auf Mittwoch angesetzt, um die für gewisse Abstimmungen erforderliche Mindestanzahl von Abgeordneten anwesend zu haben. Auch dienstags und donnerstags ist das Hohe Haus noch recht gut besetzt. Mittwoch abends findet immer die Fragestunde statt, die bis Mitternacht dauert. Da kann man die wahren Idealisten antreffen, die sich über die Absichten der nationalen Regierungen und der EG-Kommission mit deren Vertretern auseinandersetzen, während sich zur gleichen Zeit die „vornehmeren“ Parlamentarier im Abgeordnetenrestaurant oder den Straßburger Stübchen, die, wie die Hotels, mit dem EP ein hervorragendes Geschäft machen und teilweise sogar nur für die wöchentlichen Sit-

zungsperioden geöffnet sind, ihr Abendessen schmecken lassen.

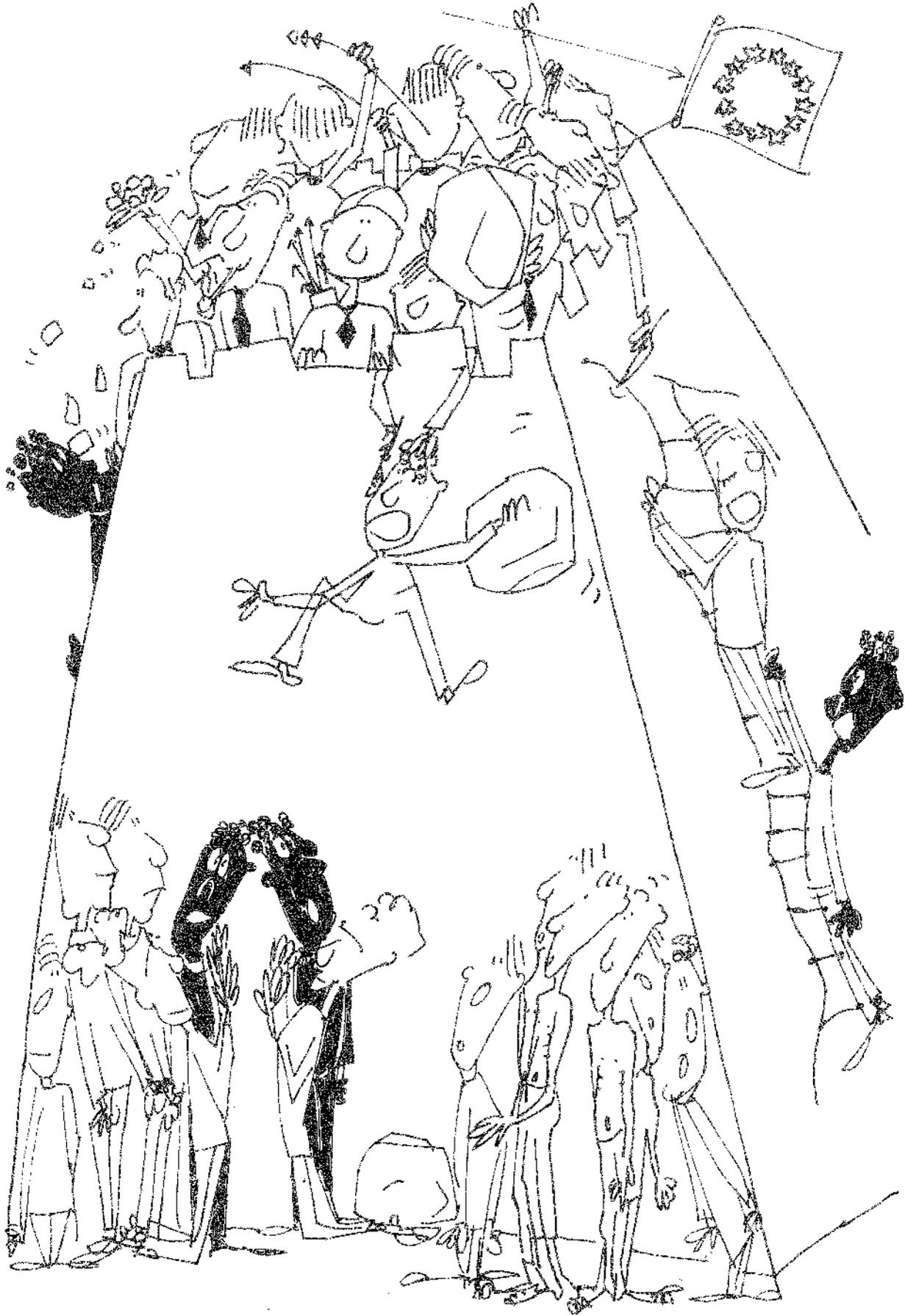
Während der drei Tage, an denen die Bänke mehr oder weniger voll sind, muß all das erledigt werden, wozu es Vertreter möglichst vieler Fraktionen, Länder, Richtungen usw. braucht: Praktisch jede Initiative, die Chancen auf Erfolg haben soll, muß in den Korridoren, Nebenräumen und Cafés vorbereitet werden, beachtet doch für Diskussionen in der Vollversammlung noch weniger Platz und Zeit als in herkömmlichen Parlamenten. Das Programm ist so gedrängt und der Andrang für Reden so groß, daß Reden normalerweise nur zwischen einer und zwei Minuten lang sein dürfen. Das reicht vielleicht gerade, um seinen Standpunkt medienwirksam über die Bühne zu bekommen, aber niemals, um Meinungsumstürze zu erwirken. Vor allem bei jenen (wenigen) Gelegenheiten, wo das Parlament besondere Vollmachten besitzt und seine Muskeln spielen lassen könnte, wie zum Beispiel bei der Annahme von Finanzprotokollen zur Unterstützung von Drittländern oder bei der Haushaltsdiskussion, wo ein positives Gutachten des Parlamentes bindend ist, wenn es auch keine eigenen Vorschläge einbringen kann, oder bei Mißtrauensanträgen gegen die EG-Kommission, die bei entsprechender Einigkeit vom Parlament auf die Straßburg gesetzt werden kann, erweisen sich die Bindungen der Abgeordneten zu von ihnen vertretenen nationalen Regierungsparteien als unüberbrückbare Schwellen für autonome Entscheidungen. Es gibt also noch einen großen Unterschied im Verhalten der Parlamentarier bezüglich der wenigen Entscheidungen, die allgemein bindend sind, und Resolutionen, die nur einer Stellungnahme des EP entsprechen. Doch das wird sich in Zukunft ändern, denn das Europäische Parlament gewinnt, wenn auch langsam, aber doch unentwegt, an Bedeutung im Europäischen Einigungsprozeß. In vieler Hinsicht ist das EP Vorreiter für Forderungen, die von den Völkern Europas immer stärker erhoben werden. Innerhalb der EG-Institutionen ist das EP der Ort, wo die lauteste Kritik an der einseitigen Beschränkung auf

wirtschaftliche Aspekte im Integrationsprozeß geäußert wird, wo mit Nachdruck eine gemeinsame Außenpolitik der EG, zum Beispiel im Fall Jugoslawien gefordert wird, wo immer wieder EG-Richtlinien umweltgerechter umgestaltet werden, oder zumindest der Versuch dazu unternommen wird, und wo die Vertreter von Rat und Kommission schärf kritisiert werden, wenn sie eingegangene Versprechungen, wie bei der für 1993 geplanten Einrichtung der Freizügigkeit im Personenverkehr innerhalb der EG, nicht einhalten. Jeder Bürger kann sich mittels Petitionen an das EP wenden und sich in Beratung auf EG-Recht über erfahrene Unrecht beklagen. In einem eigenen Ausschuß wird jede einzelne Beschwerde behandelt und bei Bedarf an die zuständigen Stellen weitergereicht und seine Entwicklung im Auge behalten.

Ein Meilenstein in dieser Entwicklung ist der Vertrag von Maastricht, der die Erwartungen der meisten Europarlamentarier und Föderalisten allgemein zwar nicht erfüllt, aber doch einen entscheidenden Fortschritt in Sachen Mitbestimmung darstellt. Dadurch wird das EP immer häufiger auch bei wichtigen Entscheidungen ein Mitspracherecht erhalten und die Gemeinschaftspolitik entscheidend mitgestalten können. Und das nächste EP wird schon im Juni 1994 gewählt. Seine Vertreter werden diesen Prozeß gestalten und mit Inhalten ausfüllen müssen, ob es ihnen aber gelingt, das derzeitige Demokratiedefizit wirkungsvoll abzubauen, bleibt abzuwarten und hängt in erster Linie von den nationalen Regierungen ab und der Entwicklung der Gesellschaft in Europa, die derzeit von einer Welle von Euroskeptizismus erfaßt wird. Und nicht zuletzt wird es von den Unpolitischen abhängen, die die neuen Mitgliedsstaaten Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen, vielleicht auch Liechtenstein, nach ihrem Beitritt zur Gemeinschaft, wahrscheinlich Anfang 1995, einbringen können.

*Uwe Stauffer arbeitet als Assistent von Alexander Langer in Brüssel.*

"Zwölf Freunde gegen den Rest der Welt"



## INFORMIEREN WIR UNS ZU TODE?

Wir bewegen uns – so abgedroschen es klingen mag – zunehmend in Richtung einer sozialen wie kulturellen Entwicklungsform, die in Wissenschaftskreisen gemeinhin als „Informationsgesellschaft“ bezeichnet wird. Diese Entwicklung ist im großen und ganzen durch drei Aspekte gekennzeichnet:

1. die Entwicklung und den Einsatz neuer Medien und Techniken für die Informationsübertragung,
2. die Konzeption und Bereitstellung immer leistungsfähiger, bedienungsfreundlicherer und billigerer Computer,
3. die Schaffung neuer, für diese Techniken geeigneter Organisationsformen der öffentlichen wie privaten, der beruflich fachlichen wie persönlich-konsumorientierten Kommunikation.

Dabei stehen technischer Fortschritt und gesellschaftlicher Wandel in einem Verhältnis ständiger gegenseitiger Beeinflussung. Immer mehr Menschen müssen in ihrer beruflichen wie privaten Lebenssituation in verstärktem Maße mit Signalen, Symbolen, Zeichen, Bildern, Bits und Bytes, kurz, mit Informationen, umgehen können.

„Information“ sei in diesem Sinne als dasjenige Material verstanden, aus dem heraus Entscheidungen getroffen werden können. Ob es sich nun darum handelt, sein Geld gewinnbringend anzulegen, oder darum, auf höchster politischer Ebene über das Verhalten der eigenen Regierung in einer Wirtschafts- und Währungsunion abzustimmen, in jedem Fall ermöglicht erst Information die am Ende des diese verarbeitenden und interpretierenden Prozesses stehende Entscheidung.

Ob es darum geht, im Online-Katalog einer Bibliothek das gewünschte Buch zu finden, oder darum, die Steuerung des Roboterarmes einer Fließbandproduktionskette vorzunehmen, immer bedarf es der für die Entscheidung notwendigen Inputs.

Dabei war Kommunikation im Sinne von Informationsübertragung ursprünglich an den materiellen Transport der Information gebunden und damit beschränkt. Doch seit der Entwicklung von Radio und Fernsehen und spätestens mit dem Einsatz der Satellitenübertragung zu Zwecken des Informationsaustausches und der Informationsbereitstellung ist es – wie der US-amerikanische Historiker Daniel J. Boorstin meint – heutzutage beinahe leichter geworden zu empfangen als nicht zu empfangen.

Grundlegend für die Informationstechnik sind in jedem Falle die Bereiche Datenübertragung und Datenverarbeitung sowie die Verbindung der beiden zu Verbundnetzen. In diesen drei Bereichen der Informationstechnik ist vor allem in den letzten Jahren ein quantitatives Wachstum und ein verstärkter Trend zu qualitativ immer komplexeren Systemen und Strukturen zu beobachten. Die Erfolge bei der Digitalisierung von Informationen für die erst dadurch ermöglichte Entlastung der Informationsnetze bei gleichbleibender Informationsmenge sind ein eindrucksvolles Beispiel dafür.

Am Ende der Bemühungen technischer Entwicklung steht jedenfalls als Ziel die breite und rasche Verfügbarkeit einer Unmenge an Daten, die in zunehmender Zahl und mit zunehmender Leichtigkeit durch Computer, die mittlerweile in alle möglichen Gerä-

te, bei denen es etwas zu steuern gibt, eingehaut werden können, verarbeitet werden.

Über Computernetzwerke, Mailboxen, Satelliten- oder Kabelübertragung und ähnliches wird Information schließlich zum Verbindungselement komplexer technischer, sozialer und politischer Organisationsformen.

Doch aus welchen Gründen greifen Menschen auf die über diese Wege erreichbaren Informationen zurück? Die Motive für einen Konsumenten, nach Fachinformation zu suchen, werden in der Informationswissenschaft mit dem Ausdruck „problematische Situation“ (Problemsituation) bezeichnet. Damit ist gemeint, daß der Mensch gerade dabei ist, ein ihn interessierendes, aber nicht leicht durchschaubares Problem zu lösen, wozu er jedoch Hilfe benötigt. Diese Hilfe sucht er im Foad an Wissen, das in Bibliotheken, Dokumentationsstellen oder sonstwo gespeichert ist, und das er etwa über eine Informationsvermittlungsstelle zur Verfügung gestellt bekommen kann, ob nun in klassischer Form als Bücher oder Zeitschriften oder über Bildschirm bzw. Computerausdruck. Was hier abläuft, sieht folgendermaßen aus: Der Mensch hat ein ganz bestimmtes fachliches Anliegen, zu dessen Lösung er bewußt Zeit und Geld investiert. Dabei ist seine Bereitschaft zu unterstreichen, sich das auf diesem Gebiet notwendige Wissen anzueignen, was einen Entschluß zur aktiven Bewältigung des Problems (der „problematischen Situation“) darstellt. Ganz anders sieht die Situation aus, was den Konsum von Medieninformation angeht. Hier bedarf es keines besonderen Anlasses: Print- und elektronische Medien sind in den Alltag des Menschen eingegangen. Nur selten brauche ich das Zeitzeichen, um meine Uhr richtig zu stellen, und nur gelegentlich will ich mich genauer über die Weiteraussichten informieren. Die sonstige Zeit über ist der Medienkonsum freiwillig, zeitlich nicht gebunden und wird doch von der gesamten Bevölkerung mehr oder weniger laufend in Anspruch genommen; man will sich – ganz allgemein – „informieren“. Daß es sich dabei um zwei verschiedene Qualitäten der Informationsaufnahme handelt, ist klar. In einem Fall handelt es sich um Wissen, das irgendwo und irgendwie deponiert, gespeichert ist, im anderen Fall um reine Information, die nicht irgendwo gespeichert ist, sondern – gemessen am Neuigkeitswert – ständig durch andere Informationen ersetzt wird, ja ersetzt werden muß, will man „informiert“ bleiben. So kommt es, daß sich der für „schlecht informiert“ hält, der die Abendnachrichten verpaßt hat. Was er sich dabei aneignen hätte können, ist aber nicht Wissen über die Dinge, die geschehen sind, sondern bloße Information darüber, daß sie geschehen sind. Wissen hat als wesentliches Charakteristikum, daß es sich bei ihm um etwas Beständiges – oder zumindest Beständigeres – handelt. Auf ihre Art und Weise sind aber sowohl Wissen als auch Information zur Ware geworden.

Ich will keinesfalls leugnen, daß die neuen Techniken der Information und Kommunikation, die aus der bisherigen Entwicklung der Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik hervorgegangen sind, Wesentliches zum Wohlstand, zur Kultur und zur Bildung der sie nutzenden Staaten und Menschen beigetragen haben und noch weiter beitragen können. Es ist heute unvorstellbar, realitätsfremd

und kontraproduktiv, zu verlangen, daß Information auch auf die selbe Art und Weise gesammelt, ausgewertet, verarbeitet und übermittelt werden sollte, wie dies noch vor der Erfindung von Computersystemen üblich war.

Ich halte es für erfreulich, daß Informationen heute von einem Ende der Welt zum anderen in kürzester Zeit übermittelt werden können, daß große Mengen von Daten in allen Bereichen des Wissens bereitstehen, und daß diese Daten innerhalb kürzester Zeit unter den verschiedensten Aspekten auswertbar geworden sind. Trotz alledem drängt sich aber die Frage auf, welchen Nutzen davon denn nur der einzelne hat, dessen Informationsbedarf möglicherweise anders, entweder geringer oder spezieller ist als das Angebot, das auf dem Markt zu finden ist.

Die Tatsache, daß Information – welcher Art auch immer – zur Ware geworden ist, und daß die Notwendigkeit der Beherrschung informationsverarbeitender Techniken für immer mehr Beschäftigte zur Berufsrealität geworden ist, ja gar die reinen Informationsberufe selbst in steigendem Wachstum begriffen sind, hat zu einer Spezialisierung der Informations- und Wissensbereiche geführt, die für ein funktionsfähiges System eine funktionierende Vernetzung der einzelnen Informationsstellen voraussetzt.

Während solche Modelle auf Betriebsebene beispielsweise möglich sind, ist der einzelne im Großteil der Fälle überfordert. Dies beginnt schon im kleinen, wenn er sich nur ein paar Dokumente für Amtszwecke besorgen muß, und reicht hin bis zur Resignation aus Ergebnislosigkeit, will er sich einmal gezielt Informationen zu bestimmten Fragen aus den Bereichen des sozialen oder politischen Lebens besorgen.

In solchen Fällen drängt sich die Frage auf, ob die zunehmende Spezialisierung im Bereich der Informationsbearbeitung und -bereitstellung nicht etwa zum Selbstzweck wird, da viele Informationsstellen und -berufe durch sie erst ihre Konstituierung und Rechtfertigung erlangt haben und erlangen.

Viel wichtiger scheint jedoch die Frage zu sein, welche Auswirkungen die zunehmende Vernetzung im privaten wie öffentlichen Lebensbereich auf das Denken und Zusammenleben der sie nutzenden und gleichzeitig ihr unterliegenden Menschen hat.

So schwierig die Beantwortung dieser Frage ist, lassen sich, was die Einflüsse auf das Denken anlangt, – meiner Ansicht nach – doch drei Punkte herausarbeiten, die zumindest pauschal gesehen Geltung haben dürften:

1. Universales Wissen tritt seinen Platz an detailliertes und spezielles Fachwissen ab.
2. So positiv die Vielfältigkeit an Informationen ist, so negativ ist die Tatsache, daß aufgrund der Schnelllebigkeit des (Über-) Angebots und der aus diesem erwachsenden Spezialisierung keine ausreichende Auseinandersetzung mit den Informationen mehr möglich ist; alles erschöpft sich im reinen Konsum.
3. Das menschliche Denken wird zunehmend maschinenhafter, während die Maschinen in zunehmendem Maße so programmiert werden, wie der Mensch zu denken.

Zu den sozialen Auswirkungen von Informations- und Medienüberangebot, Vernetzung und Tecanisierung der Lebenswelt zählt sicher die Verstärkung von Kontaktarmut, die zu Isolierung und Einsamkeit führt, oder, wie Daniel J. Boorstin es für das Fernsehen etwas legerer formuliert hat, „... daß die Menschheit sich zu einer 'sitzenen' entwickelt“.

Menschen können aber weder alle zur Verfügung stehenden Informationen verarbeiten noch sie einfach ignorieren. Fünf Reaktionsweisen sind daher für den menschlichen Umgang mit einem Überangebot an Informationen kennzeichnend:

1. Auswahl wichtiger oder relevanter Daten,
2. Vereinfachung komplexer Daten oder Zusammenhänge,
3. gezieltes Vergessen,
4. Toleranz von Fehlern,
5. Zusammenbruch aufgrund von Überbelastung.

Eine Informationsüberbelastung tritt immer dann auf, wenn mehr Informationen verarbeitet werden müssen oder müßten, als in der zur Verfügung stehenden Zeit möglich ist. Für die menschliche Bewältigung von Informationen ist kennzeichnend, daß:

1. im Gedächtnis allmählich ein vergrößertes, aber zunehmend vollständigeres Modell der Umwelt gespeichert wird, mit dem die neuen Inputs verglichen werden können;
2. der überwiegende Teil der abgespeicherten Daten unbewußt ist und auch während der Verarbeitung der aktuellen Nachricht unbewußt bleibt, gleichwohl aber starken Einfluß auf das Ergebnis hat.

Nur die bewußte Verarbeitung von Daten ist grundsätzlich in jedem Schritt, in jeder logischen Konsequenz nachvollziehbar. Dieses Einstellungsschema läßt sich in entsprechender Weise auch auf Institutionen anwenden. Um in Computern gespeicherte (genauer: von Computern verwaltete) Informationen angemessen bewerten zu können, müssen die folgenden sieben softwareergonomischen Forderungen erfüllt sein:

1. Der Benutzer muß ohne besonderen Aufwand – insbesondere ohne das Erlernen spezieller Sprachen oder Computersysteme – und ohne unständliche Vorbereitungen alle für ihn relevanten Informationen erhalten können.
2. Der Computer muß den Benutzer von für ihn irrelevanten oder nicht interpretierbaren Informationen verschonen.
3. Der Computer muß seine Informationen so aufbereiten, daß der Benutzer in einem Minimum an Zeit das für ihn Wesentliche erkennen kann.
4. Der Benutzer muß in der Lage sein, die Entstehung der Information „zurückzuverfolgen“.
5. Bei komplexen Informationen – z. B. aus mehreren „Originaldaten“ gebildete Indikatoren – muß der Benutzer die Definitionen und Quelldaten abfragen können.
6. Bei Modellberechnungen muß der Benutzer alle zugrundeliegenden Annahmen erfahren können.
7. Der Benutzer muß die Modellannahmen selbst variieren können.

Das vielfach erwähnte „soziale Bewußtsein“ schafft die Vernetzung der Medien- und Informationsflut jedenfalls nicht. „Soziales Bewußtsein“ ist ein notwendiger Denk- und Steuermechanismus komplexer gesellschaftlicher Systeme, doch so wie es uns die Informations- und Medienwissenschaftler vorgaukeln, ist es ein bloß abstraktes Gebilde, das über dem System der vernetzten Systeme gleichsam als bloßes Hologramm entsteht. Wahres „soziales Bewußtsein“ liegt im Individuum verwurzelt, das die Menge an „sozialen Informationen“, kurz, Uraweltindrücke, zu umfassenden Anschauungen zusammenzufassen vermag und fähig ist, diese zu Kollektiva zu synthetisieren, die ihm als Regulative für seine unmittelbare Lebenssituation und zur Bewältigung seiner sozialen Umwelt dienen können.

## Die Probleme der Gewerkschaften mit der Europäischen Integration

Rund 125 Millionen Menschen stehen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in einem abhängigen Lohnverhältnis. Ein beträchtlicher Teil davon ist in einer der 35 Ländergewerkschaften des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) organisiert. Organisatorische Riesen (die britische TUC, knapp 10 Mio. Mitglieder) sitzen mit Zwergorganisationen (Turk-Sen, Zypero, 10.000 Mitglieder) unter einem gemeinsamen Dach, mit dem Ziel „die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer auf der Ebene Europas im allgemeinen und bei allen europäischen Institutionen im besonderen ... zu vertreten und zu fördern“. So lautet es in der Präambel zur EGB-Satzung.

Doch so vielversprechend die Zahlen auch klingen mögen: Hinter der organisatorischen Stärke des EGB verbirgt sich eine solche Unmenge an Problemen, daß letztendlich der politische Einfluß und die Durchschlagskraft des Gewerkschaftsbundes auf der Ebene Europas kaum spürbar werden. Und die Folgen davon sind deutlich zu erkennen. Der Binnenmarkt hat bisher vor allem seine sozialen Schattenseiten gezeigt; es droht sich eine soziale Abwärtsspirale, ein Wettbewerb in Richtung Unterbietung bisheriger Sozialleistungen im Namen des „freien Marktes“.

Daher kann auf Dauer auf ein „soziales“ Gegengewicht zu einer einseitig als Wirtschafts- und Wachstumsgemeinschaft ausgetauten Europäischen Gemeinschaft wohl kaum verzichtet werden. So wie die Dinge jetzt liegen, ist der EGB nicht in der Lage, die vielen sozialen, demokratischen und ökologischen Defizite der Gemeinschaft ausgleichen zu können.

Es steht dabei außer Zweifel, daß die Rahmenbedingungen, unter denen die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern arbeiten müssen, denkbar ungünstig sind:

- die Rationalisierungsschübe der vergangenen Jahre haben eine Massenarbeitslosigkeit bewirkt, die auch mittelfristig mit den klassischen Instrumentarien der Wirtschaftspolitik kaum abgebaut werden kann; gleichzeitig hat sich die Beschäftigungsstruktur stark verändert: Aus vielen „Normalarbeitsverhältnissen“ sind prekäre und atypische Arbeitsplätze geworden, in denen die Gewerkschaften kaum Einfluß haben;
- die staatliche Sozialpolitik wird in allen europäischen Ländern durch wirtschaftliche Sparmaßnahmen beschnitten. Das bedeutet für viele Arbeitnehmer eine Beschränkung der individuellen Lebensperspektiven; auch in diesem Bereich

ist der gewerkschaftliche Handlungsspielraum geringer geworden;

- die Zunahme der unternehmensübergreifenden, meist internationalen Verflechtung zu multinationalen Konzernen erschwert die Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten der Gewerkschaften. Gleichzeitig ergeben sich durch diesen Internationalisierungsprozeß in Richtung „Binnenmarkt Europa“ immer wieder Erpressungen zu einem Abbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer.

Die Flexibilität der Unternehmen ist enorm gestiegen. Da die Produktionsstandorte auf mehrere Länder verteilt sind, die Produktion austauschbar ist und eine schnelle Verlagerung des gesamten Produkts von Standort zu Standort ermöglicht, wächst das Druckpotential der Unternehmer in Konfliktsituationen um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Lohnhöhungen. Gleichzeitig wächst auch die Ohnmacht der national begrenzten gewerkschaftlichen Betriebspolitik. So hat zum Beispiel General Motors die Betriebsräte in Zaragoza, Antwerpen, Kaiserslautern und Bochum dazu gebracht, längeren Betriebsuntersetzungszeiten und der Einführung regelmäßiger Wochenendarbeit zuzustimmen, dies jeweils mit dem Hinweis auf die größere Bereitschaft der Belegschaften und dem günstigeren Investitionsklima in den anderen Städten.

Noch Schlimmeres scheint in Zukunft bevorzustehen, sollte Europas Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Ural erweitert werden: Das Lohnkostengefälle etwa im Metallsektor von 40.000 Lire pro Arbeitsstunde (Raum Stuttgart) bis 400 Lire in Tallin (Estland) wird die Konfliktsituation weiter zuspitzen.

Europa sieht also aus gewerkschaftlicher Warte alles andere als rosig aus. Ökonomischer und sozialer Strukturwandel bei gleichzeitiger Europäisierung der Nationalstaaten stellt die Gewerkschafter vor enorme Probleme. Probleme, die es auf der „Kapitalseite“ nicht gibt, denn die „Internationalisierung des Kapitals“ liegt in der Logik seiner Entwicklung, während für die „Arbeit“ und die Menschen, die mit und von dieser Arbeit leben, die Internationalisierung mit vielen Spannungen und Risiken verbunden ist.

### Soziales Dumping im Binnenmarkt

Angesichts dieser Erfahrungen mit der sozialen Abwärtsspirale im Binnenmarkt, stellt sich die Forderung nach einer starken

Gewerkschaftszentrale in Brüssel. Doch solange es kein europäisches Arbeitsrecht gibt, solange es keine europäische Tarifpolitik gibt, würde sich die Tätigkeit dieser Zentrale lediglich darauf beschränken, eine bessere Lobby-Aktivität zu entwickeln: eine weitere Schwachstelle der internationalen Gewerkschaftsaktivität in Europa.

Während jede Industriebranche mit einer permanent in den zuständigen Ausschüssen anwesenden Lobbyvertretung aufwartet und versucht, Abgeordnete und zuständige BeamtInnen der Kommission von der Auffassung der eigenen Klientel zu überzeugen, ist die Gewerkschaft kaum dabei. Erstens ist ihr BeamtInnenapparat relativ klein und zweitens verwendet das EGB-Sekretariat bis zu zwei Drittel seiner Kapazitäten darauf, eine Abstimmung der gemeinsamen Position der Gewerkschaften zu erzielen. Sicherlich ist es zum Teil auch ein notwendiger Aufwand, um eine größere Kohäsion im EGB zu erreichen, doch geht dies zu Lasten einer wirksameren Präsenz in den Institutionen und in der Öffentlichkeit.

Doch liegt das Problem letztendlich nicht nur in der schwachen gewerkschaftlichen Präsenz in den europäischen Zentralen. Selbst eine Verzehnfachung der Gewerkschaftssekretäre in Brüssel und Genf würde nicht genügen, den Tausenden von Unternehmenslobbyisten, den 15.000 BeamtInnen der Gemeinschaft, den 512 Europaabgeordneten, den Regierungsspezialisten, Staatssekretären und Ministern gegenüber wirksam die gewerkschaftlichen Anliegen vorzubringen.

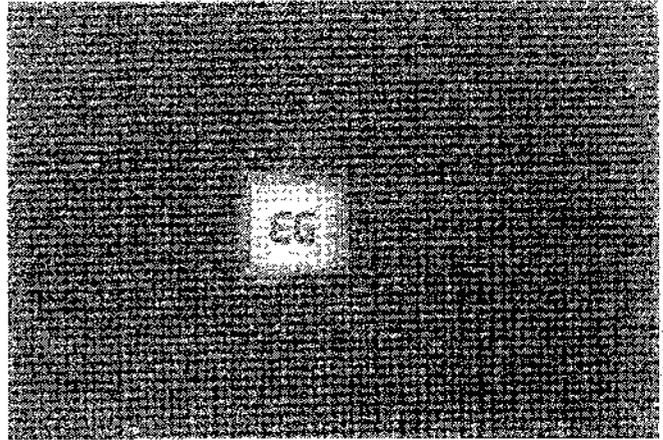
Weit wichtiger (und schwieriger!) ist die Bewältigung eines zweiten Defizits: die schwache gemeinsame Handlungskompetenz, entstanden aus unterschiedlicher Geschichte, Entwicklung, ideologischer Festfammerung, politischer Prioritätensetzungen der einzelnen Mitgliedergewerkschaften. Doch wie schon vorher erwähnt: Die „Internationalisierung“ von Menschen, mit all ihren Eigenheiten und Ängsten, mit all ihren sprachlichen und politischen Verständigungsproblemen, ist weit schwieriger als die des auf Profitmaximierung ausgerichteten Kapitals.

## **Phantasie statt Bürokratie ...**

Es gibt wahrscheinlich kein Patentrezept, um unter den oben beschriebenen Bedingungen gewerkschaftliche „Gegenmacht“ relativ schnell und wirkungsvoll international zu organisieren. Wenn es an Personal fehlt, die finanziellen Mittel spärlich sind, die Wege über die internationalen Abteilungen in den Gewerkschaftszentralen langsam und bürokratisch sind, kommt es darauf an, die bereits vorhandenen Handlungsmöglichkeiten phantasievoll zu nutzen, zu kombinieren und weiterzuentwickeln.

Einige gewerkschaftliche Informationsnetzwerke gibt es bereits: sie sammeln verstreut vorhandene Informationen, die für die Arbeitnehmer wichtig sind, sie schaffen Momente der Begegnung, der gewerkschaftspolitischen Diskussion, die sowohl die Grenzen der einzelnen Staaten wie auch die Grenzen der jeweiligen gewerkschaftlichen „Beschlusslage“ überwinden.

Anstelle eines zentralisierten gewerkschaftlichen Informationsaustauschs, der langfristig geplant und organisiert werden



muß, erlauben diese Informationsnetzwerke einen direkten Dialog.

Südtirol ist, dies sei hier am Rande bemerkt, seit kurzem Sitz eines solchen „Netzwerkes“. Gewerkschafter aus verschiedenen Organisationen haben diese informelle Kommunikationsstruktur gebildet, um eine internationale Diskussion und einen Informationsaustausch zum Thema Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft anzuregen. Es geht dabei vor allem darum, für die Gewerkschaftsarbeit neue ökologische Schwerpunkte zu setzen und unter dem Motto der sozialen Ökologie den Gewerkschaften des einundzwanzigsten Jahrhunderts eine neue Sinn- und Daseinsberechtigung zu geben: von einer Politik des Wachstums abzugehen, eine neue soziale und ökologische Qualität anzustreben und eine ökologische Reformpolitik einzuleiten, in der die Gewerkschaften zu den wichtigsten Akteuren gehören müssen.

*„Als Tarifmaschinen werden die Gewerkschaften keine Zukunft haben. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen stellt sie vor neue Aufgaben. Das bedeutet, daß ökologische Überlegungen in alle Gebiete der Gewerkschaftspolitik integriert werden müßten und daß neue Bereiche und Formen gewerkschaftlicher Arbeit zu entwickeln sind“* (Willy Buschak, Politischer Sekretär des EGB in Brüssel).

Das Netzwerk „Trade Unionists for Ecology“ bzw. auf Deutsch „Ökologie der Arbeit“ hat seinen vorläufigen Sitz bei der Gewerkschaft der Landesbediensteten in der Südtiroler Str. 19 (Tel. 973095) in Bozen. Dort können auch weitere Informationen eingeholt werden.

Diese Netzwerke auf einer informellen Ebene können zwar nicht alle Defizite der europäischen Gewerkschaftspolitik lösen, sie können aber viele neue Impulse geben. Sie sind gleichzeitig eine Voraussetzung, um auch in einer Phase verschärfter Konkurrenz und des Neuentflammens von nationalen und rassistischen Konfliktsituationen eine internationale Solidarität und eine multikulturelle Perspektive in der Praxis und nicht nur in Kongreßbeschlüssen offenzubehalten.

*Arno Teutsch ist leitender Sekretär der Südtiroler Gewerkschaftskammer UII, Bozen und verantwortlich für die internationale Umweltpolitik der UII Rom.*

## **Mit 5. November '91 wurde ein 54seitiges Memorandum von einer EG-Kommission im Umlauf gebracht. Dieses beinhaltet Grundsätzliches zur HOCHSCHULBILDUNG in der EG.**

Einige Gedanken dazu – das Memorandum ist auf der SH-Bozen einzusehen – hat David Angscheller niedergeschrieben:

Wie in anderen Bereichen, so besteht, im Sinne des europäischen Gemeinschaftsgedankens, auch im Hochschulsektor die Tendenz einer intereuropäischen Koordination. Und so wie in den anderen Bereichen gründet auch die universitäre Gemeinschaft auf ökonomische Interessen.

In einem fünfzigseitigen „Memorandum zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft“ wird der Versuch unternommen, die Grundlinien des Universitätsstudiums in den EG-Ländern vorzugeben, um dieses zukünftig flexibler zu gestalten und qualitativ aufzuwerten, aber vor allem, um den StudentInnen eine den marktwirtschaftlichen Erfordernissen gemäße Berufsausbildung zu gewähren.

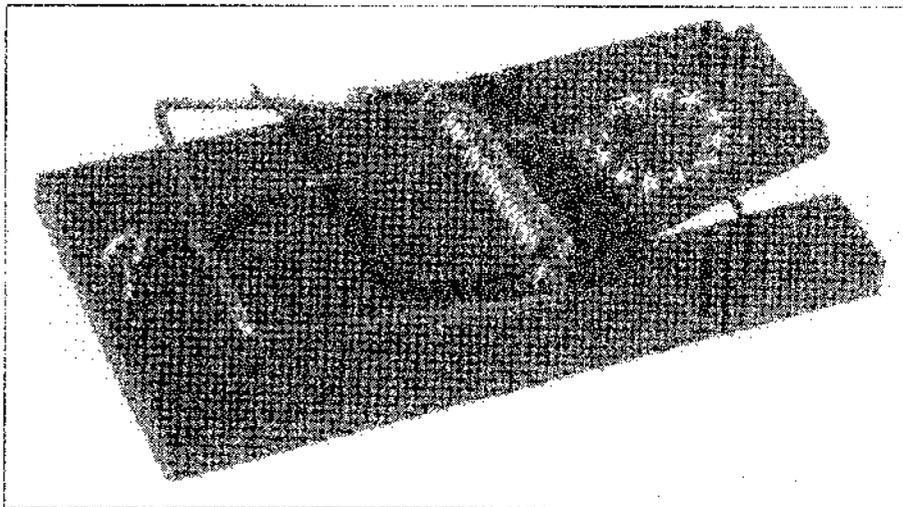
Nicht nur das Studium, das einseitig lediglich als Berufsausbildung aufgefaßt wird, sondern ebenso die Wirtschaftlichkeit von Wissenschaft und Forschung wird gefordert. Die Hochschule als Ganzes sollte demnach in Zukunft vermehrt in den ökonomischen Prozeß eingebunden werden und entsprechend die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in den Dienst wirtschaftlicher Interessen stellen. Die europäischen Hochschulen hätten somit „eng mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten und Projekte im Auftrag von (...) öffentlichen und privaten Unternehmen durchzuführen.“

Wirtschaftlich irrelevante Organisationen, wie etwa jene im Bereich der Ökologie oder Friedensforschung, werden wieder einmal von der Hochschulforschung ausgeschlossen bleiben. Kurzum, die EG-Universitäten werden in Zukunft marktwirtschaftlich orientiert sein. Leider wird aber im „Memorandum“ nicht erwähnt, wer in diesem Universitätsbusiness die Kontrollfunktion übernehmen könnte.

Eine interessante Überlegung ist jene, die vorsieht, auch kleinere Betriebe von regionaler Bedeutung an den Forschungsergebnissen der Universitäten teilhaben zu lassen. Insofern könnte von einer Demokratisierung der Wissenschaftsrelevanz gesprochen werden, wenn nicht die historische Praxis uns eines Besseren belehren würde. Tatsächlich bedeutete, die Universitäten „wettbewerbsfähig“ zu machen, diese an öffentlichen und privaten Finanzen, letztere werden vermutlich den Löwenanteil darstellen, zu beteiligen. Die großen „Mäzene“ werden aus den Reihen der Multinationalen Konzerne (Chemie, Technik, u. a. Militärtechnik etc.) stammen und weil diese immer nach dem „Du-ut-des-Prinzip“ agieren, würden sie auch die wissenschaftlichen Produkte der Hochschulen für sich in Anspruch nehmen. Inwieweit die Unternehmen regionaler Bedeutung, welche auch meistens die finanzschwächeren sind, in den Genuß wissenschaftlicher Neuerungen kommen könnten, bleibt fraglich. Es müßte ein Kontrollorgan geschaffen werden, das die Teilnahme der kleineren Unternehmen an den Forschungsergebnissen garantieren müßte.

Zwar wird im „Memorandum“ die Forderung nach Chancengleichheit in der Ausbildung gestellt, aber andererseits eine Quotierung der Ausbildungsplätze verlangt, die de facto einem „numerus clausus“ gleich käme. Kriterien, die den Zugang zu den Ausbildungsplätzen regeln könnten, werden nicht erwähnt.

Schließlich noch ein Tip: Es genügt nicht mehr ein guter Student, eine gute Studentin im eigenen Fach zu sein. In Zukunft werden jene einen „höheren Lebensstandard (und) einen sichereren Arbeitsplatz“ finden, die fachlich hochqualifiziert, aber dennoch allgemein gebildet und zudem gute Kenner der Informations- und Kommunikationstechnologien sind.



## „Aggiungi una stella al tuo diploma“ – Was sind europäische Studientitel wert?

In letzter Zeit wird weniger von der europäischen „Gemeinschaft“, sondern eher von Europäischer „Union“ gesprochen. Wie schwer dieser Vereinigungsprozeß jedoch verwirklichtbar ist, soll dieser Artikel am Beispiel der Studientitelanerkennung und der damit zusammenhängenden Hochschulpolitik in Europa deutlich machen. Es scheint, als offenbare sich u. a. im Bereich der europäischen Hochschulpolitik eine Diskrepanz zwischen den Grundsätzen oder den Zielen der EG und deren konkrete Umsetzung.

Einem dieser Ziele, nämlich der Mobilität von Waren, Personen, und in diesem Kontext jener der sogenannten Graduierten, kommt im Laufe der nun bald vierzigjährigen EG-Geschichte immer größere Bedeutung zu. Es ist spätestens seit Maastricht evident geworden, daß nicht zuletzt Maßnahmen zur Sicherung der Mobilität die Förderungen des wirtschaftlichen Wachstums bezwecken sollen. Immerhin sind ein Großteil der StudentInnen von heute insofern eine für morgen interessante, weil dann wirtschaftlich rentable, im EG-Jargon ausgedrückt, „Humanressource“. Zur Mobilisierung von HochschulstudentInnen oder AkademikerInnen innerhalb der EG, wurden von Brüssel verschiedene Wege eingeschlagen: zunächst sollten die Ausbildungssysteme vereinheitlicht, dann verschiedene EG-Förderungsprogramme gestartet werden und schließlich sollten verschiedene Richtlinien die Mobilität der Studierenden garantieren.

### Vereinheitlichung des Schulwesens

Schon bald mußte die EG ihr Vorhaben, das Ausbildungswesen, also auch die akademischen Einrichtungen, zu harmonisieren, aufgrund der zu großen inhaltlichen und strukturellen Unterschiede in den Bildungssystemen der einzelnen Mitgliedsstaaten, aufgeben. Die EG mußte einschen, daß Bildungspolitik nie und nimmer vereinheitlichbar ist und *primär* immer der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten unterliegt. Dieses Eingeständnis an die nationale Politik *mußte* gegeben werden.

Nicht einmal auf einen einheitlichen Termin für den Studienbeginn konnte man sich bislang einigen!

### Austauschprogramme und Vernetzung von Hochschulen

Auf der Suche nach neuen Möglichkeiten zur Mobilisierung Studierender und Studierender sprießen seit den 80er Jahren immer neue Bildungs- und Förderungsprogramme aus Brüssel, wie z. B. ERASMUS, LINGUA, PETRA, COMETT, TEMPUS, das Programm für HUMANKAPITAL und MOBILITÄT usw. usf.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn heute wieder Auslands- (Lehr)aufenthalte gefördert werden. Seit dem Mittelalter, war dieses Konzept der Studienjahre als Wanderjahre gang und gäbe. Damals waren aber auch die Voraussetzungen und Bedingungen im Verhältnis zu heute andere: es gab eine Bildungselite, d. h. das Universitätsstudium war v. a. der Oberschicht vorbehalten; die Hochschulen hatten ein kleineres Einzugsgebiet und die Bürokratie hielt sich in Grenzen. Die zunehmende Bürokratisierung und Herauskristallisierung nationaler Bildungssysteme, mit den daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Anrechnung von Prüfungen, machten dem ein Ende.

Heute wird mehr denn je, wieder für die Mobilität der StudentInnen aber auch der DozentInnen und ProfessorInnen geworben. Die Wirtschaft schreit nach qualifizierten Arbeitskräften und AkademikerInnen. „Das Europa der Bürger“, so ein Schlagwort soll durch engere Kontakte zwischen den EuropäerInnen Grundlage für eine gemeinsame Zukunft sein. Schöne Hochglanzbroschüren versprechen finanzielle Unterstützung und organisatorische Hilfeleistungen. An den Hochschulen selbst gibt es eigene Büros wo man/frau sich über die Hochschulkooperationsprogramme (HKP) informieren kann. Diese HKP bilden laut Broschüren den *Kern* (sic!) des europäischen Hochschulnetzes. Eine nicht zu unterschätzende Informationskampagne sorgte dafür, daß im Zuge der Europaeuphorie Ende der 80er Jahre der Bekanntheitsgrad von Programmen wie ERASMUS enorm anstieg. Am Rande sei erwähnt, daß die meisten Medien in den diesbezüglichen Berichten größtenteils von den EG-Institutionen selbst erstellte Originaltexte entweder übernommen oder ein wenig ummodelliert haben. Auf die Tücken dieser Programme wird dort natürlich nicht hingewiesen.

„Planmäßige Studentennobilität“ soll in Gang gesetzt werden. *Planmäßig*, was bedeutet das konkret? Die Auswahlkriterien sind laut Broschüren betont *qualitativer* und *quantitativer* Natur. Wer kennt sie schon explizit, diese Auswahlkriterien? Wer stellt sie in Frage? Und wer kontrollieren letztendlich die Auswahl der StudentInnen? Fragen, die nie gestellt, geschweige denn beantwortet wurden.

In der Praxis ist es schon sehr oft passiert, daß die StudentInnen mit den Koffern vor den Türen der Gastuni standen und die versprochenen Unterkünfte nicht mehr verfügbar waren, zuständige ProfessorInnen erachteten sich plötzlich als nicht zuständig. Da die Programme sowohl bezüglich der Organisation von Seiten der Verantwortlichen als auch bei der konkreten Durchführung nicht immer dem entsprechen, was sie versprechen, ist kürzlich Antonio Ruberti – der von drei Jahren als italienischer Wissenschaftsminister Tausende von StudentInnen mit dem nach ihm benannten Gesetz zur Hochschulreform eröbte – als neuer Kommissar für Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Ausbildung mit der Aufgabe vertraut worden, diese einzelnen Initiativen zu koordinieren, auch weiß sie sich z. T. thematisch überschneiden.

De facto bedarf es noch immer einzelner Abkommen zwischen den EG-Staaten, um ein Weiterstudium in einem anderen Land zu ermöglichen. Jüngst wurde in Bonn (20/09/93) ein Abkommen zwischen Italien und Deutschland unterzeichnet, welches das *Weiterstudium*, aber nicht die Studientitelanerkennung an den Hochschulen beider Länder vereinfachen soll.

Der größte und wohl im Endeffekt einzige Anreiz für einen Auslandsaufenthalt ist die große daraus resultierende Persönlichkeitsbildung. Ein Aufenthalt in einem fremden Land erlaubt Einblicke in andere Mentalitäten, Kulturen, Sprachen, möglicherweise in andere Lehrinhalte und Methoden.

## Die Richtlinie zur Studientitelanerkennung

Die Förderung der beruflichen Mobilität sollte weiters durch verschiedene Richtlinien unterstützt werden. Es stellt sich bei genauerer Betrachtung jedoch die Frage, ob derartige Normierungen überhaupt ihrem Anspruch gerecht werden können. Rein juristisch gesehen, fehlt der EG die dazu nötige Gesetzgebungskompetenz. Sie erläßt also Richtlinien, welche binnen zweier Jahre von den EG-Ländern mittels Staatsgesetz durchgeföhrt werden müssen, hat jedoch – wie oben angedeutet – im Bildungssektor *keine* primäre Zuständigkeit. Brüssels Engagement im Bereich der Bildung unterliegt dem Subsidiaritätsprinzip, was verkürzt so viel heißt: Die EG regelt, was auf dem Wege des Kompromisses machbar ist; für den Rest trifft jedes Land auf nationaler Ebene weitere Bestimmungen selbst.

In diesem Zusammenhang ist die 1991 in Kraft getretene Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen (89/48/EWG) trotzdem nennenswert. Auf dem

Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens in die anderen Hochschulsysteme, sollte diese Vorschrift gewährleistet, daß Hochschulabschlüsse, welche nach einem mindestens dreijährigen Studium an einer öffentlichen oder dieser gleichgestellten, universitären Einrichtung, erlangt worden sind, in jedem anderen Mitgliedstaat anerkannt werden. Neben diesem formalen Kriterium der *Dauer* des Studiums, gilt auch jenes der *Vergleichbarkeit* der Ausbildungen, welche durch Eignungstest oder Anpassungslehrgänge festgestellt werden kann.

Diese Hochschulrichtlinie ist außerdem nur für *reglementierte* Berufe, d. h. für jene Berufe, dessen Ausübung an einen bestimmten Abschluß geknüpft ist, gültig. Paradoxerweise bleibt es jedem Staat überlassen, Berufe auf seine Art zu reglementieren. Auch in Italien nehmen derartige Regelungen besonders in den letzten Jahren zu, wie das Beispiel der PsychologInnen oder vor einigen Jahren das der „Ragionieri“ gezeigt hat.

Reglementierungen zur Berufsbefähigung können insofern von Vorteil sein, als sie verhindern, daß Inkompetenz und Scharlatanerie bestimmte Berufsbilder überschatten. Reglementierungen implizieren jedoch auch einen erschwerten Zugang zum Beruf, und bedeuten einen Macht- oder Abgrenzungskampf einer Berufsgruppe gegenüber der anderen. Sie sind somit auch Maßnahmen zur Marktsicherung, sie sind Schutzmechanismen. Die Frage ist nur, vor wem sich eine Berufsgruppe schützen muß; genau jetzt, wo Europa doch eins werden sollte. Oder schützt sie sich vor einem Heer potentieller (ausländischer) KonkurrentInnen? Wie ist die Reglementierung mit der vorhergesagten Mobilität vereinbar? Es ist geradezu anachronistisch, in Brüssel Freizügigkeit und Mobilität zu propagieren, als wären dies die wirkungsreichsten Werbeslogans für ein schon längst fälliges Produkt (der freie Markt) und gleichzeitig zu beobachten, wie in einzelnen Mitgliedstaaten immer mehr Berufe reglementiert werden. Macht der freie Markt soviel Angst? Natürlich will man „ein Europa“ haben, aber zuvor will ein jeder Staat seinen eigenen Schützlingen gerecht werden.

Berufliche Mobilität bedeutet genausowenig, daß sich jede/r problemlos beruflich mobil machen kann, wie die Erlangung eines Studientitels automatisch die Berufsbefähigung bedeutet. Im Grunde genommen wäre dagegen nichts einzuwenden. Tatsache ist, daß die Bürokratie ihren Teil liefert, um den Beginn der oft ersuchten Berufstätigkeit auf Jahre hinauszuschieben. Und in Sachen Bürokratie hat sich Italien immer schon hervorgehoben.

## Studientitelanerkennung in Italien

Mit Österreich – das ja nicht bei der EG ist – hat Italien ein Abkommen getroffen, welches die Anerkennung von österreichischen Studientiteln in Italien bzw. von italienischen Titeln in Österreich regelt. Dieses Gesetz, „Notenwechsel“ genannt, legt *genau fest, welche Titel wie anerkannt werden*. Der lange Weg

der Nostrifizierung ist deshalb meist unproblematischer als jenen, den sozusagen EG-Titel, für die nur allgemeine Regelungen gelten, durchmachen. Trotzdem können auch bei österreichischen Titeln Komplikationen bei der Anerkennung auftreten.

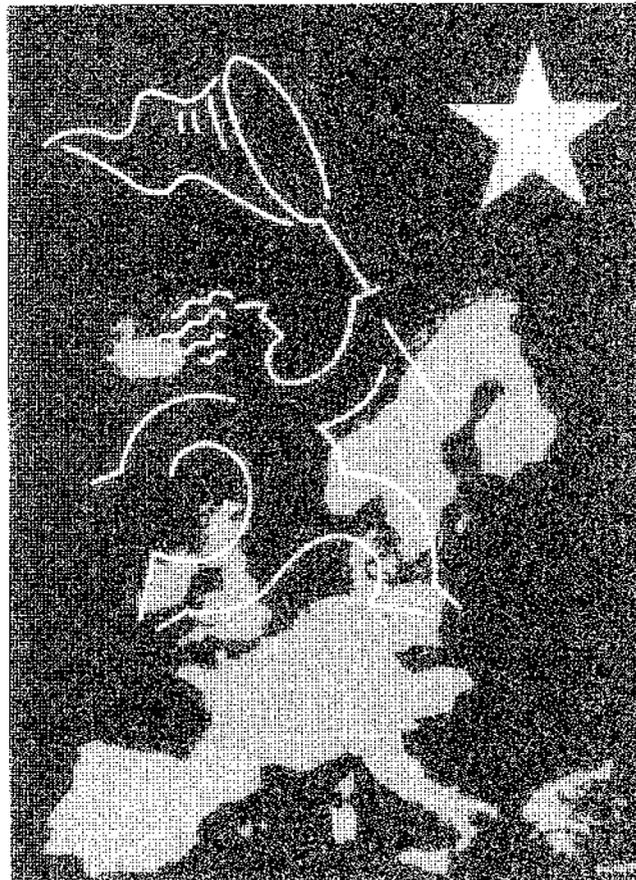
In Italien sind die Universitäten durch das sog. „Ruhoff-Gesetz“ ziemlich autonom geworden. Und sie nehmen diese Autonomie zunehmend wahr, indem sie beispielsweise Studienpläne verändern. Oftmals besteht die Änderung aus einer reinen Namensänderung, so wurde der italienische Titel „Laurea in lingue e letterature straniere moderne (indirizzo europeo)“ in „Lingue e letterature straniere europee“ (1) umbenannt. In konkreten Fall hat dies bereits Blockaden der Studientitelerkennung bedeutet. BeamtInneninterpretation: Der Titel ist nicht mehr der gleiche, kann also nicht mehr anerkannt werden! Fazit: Anerkennung verweigert; es muß für den neuen Titel angesucht werden.

Wie wird nun vorgegangen, um in Italien einen „europäischen“ Studientitel anerkennen zu lassen? Der Ablauf ist durch die „Aktualisierung“ der Hochschulrichtlinie vom 27. Jänner 1992 (Dekret Nr. 115) vorgeschrieben. Zunächst müssen BewerberInnen darauf achten, daß sie sich bereits in jenem Land, in welchem ihr Studium abgeschlossen haben, bei der zuständigen italienischen diplomatischen Vertretung (Botschaft oder Konsulat) ihr Diplom übersetzen lassen und ein entsprechendes Gesuch zur Anerkennung des Diploms einreichen. Die Botschaft muß daraufhin feststellen, ob die vorgelegten Dokumente nicht gefälscht sind und eine „Erklärung über den Wert des Diploms“ ausstellen. Dann legen sie alle erforderlichen Dokumente, u. a. das gesamte curriculum studiorum an eine italienische Universität weiter. Der Akademische Senat kann dann die Anfrage um Anerkennung akzeptieren oder ablehnen. Die Kriterien für diese Entscheidung sind neben der Dauer, eben die Vergleichbarkeit des im Ausland absolvierten Studiums mit dem italienischen. Einige, mögliche Schwierigkeiten möchten wir nun anführen:

— Vielfach gibt es Verständigungsschwierigkeiten bezüglich der Studienordnungen und der Inhalte der Lehrveranstaltungen aufgrund der Übersetzungen. BeamtInnen und ProfessorInnen tendieren zur wörtlichen Interpretation der übersetzten Texte, wobei der effektive Inhalt von Lehrveranstaltungen häufig keine Beachtung findet, was zur Ableh-

nung einzelner Zeugnisse führen kann. Anzuraten ist in jedem Falle eine vorübergehende Absprache mit den zuständigen Behörden.

- AusländerInnen müssen mit einer ad hoc Sprachprüfung rechnen; außerdem gelten für sie laut dem Rundschreiben des „Ministero dell'Università e della Ricerca Scientifica e Tecnologica“ n. URI 331/10.30 vom 25. Juli 1992 eigene Einreichetermine deren Legalität äußerst fragwürdig ist.
- Formfehler, wie fehlende Stempelmarken, mehrere Vornamen (auf den Dokumenten nicht immer gleich aufgeführt) können zu erheblichen Verzögerungen führen.



Zu erwähnen ist nicht zuletzt die Inkompetenz, teilweise auch Schlampigkeit und Sturheit der an der jeweiligen Uni zuständigen BeamtInnen und ProfessorInnen.

Erachtet der akademische Senat das Studium als gleichwertig, so kann der Rektor die Nostrifizierung vollziehen. Tatsache ist jedoch, daß die Lehrinhalte und die Struktur einzelner Studienrichtungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten immer noch sehr verschieden sind. Entspricht deshalb ein Studium nicht dem italienischen, so kann es sein, daß die Abschluß- oder Diplomarbeit entweder erneut diskutiert, oder eine neue erstellt werden muß!

Gesetzten Falles, jemanden ist es nicht nur gelungen die Anerkennungsprozedur durchgestanden zu haben, sondern

sie/er ist bereits im Besitz der Berufsbefähigung - kann sich z.B. in ein Berufsalbum eintragen lassen - so folgt das Problem der Arbeitsbewilligung. Die privaten ArbeitgeberInnen müssen für ihre zukünftige Arbeitskraft über das Arbeitsamt beim zuständigen Ministerium in Rom die Arbeitsgenehmigung beantragen, was in der Regel einige Monate dauert (nicht EG-BürgerInnen verfällt inzwischen schon wieder ihre auf 3 Monate befristete Aufenthaltsgenehmigung). Und angenommen, mit der Arbeitsgenehmigung von Rom hat alles geklappt, so ist das nervenaufreibende Spiel noch nicht gewonnen. In Südtirol müssen nämlich alle von Rom bewilligten Arbeitsplätze für vierzehn Tage am Arbeitsamt kundgemacht bzw. ausgehängt werden, damit im Falle ein/e für den Job interessierte/r SüdtirolerIn diesen Platz einnehmen könnte.

So mobil ist die EG.

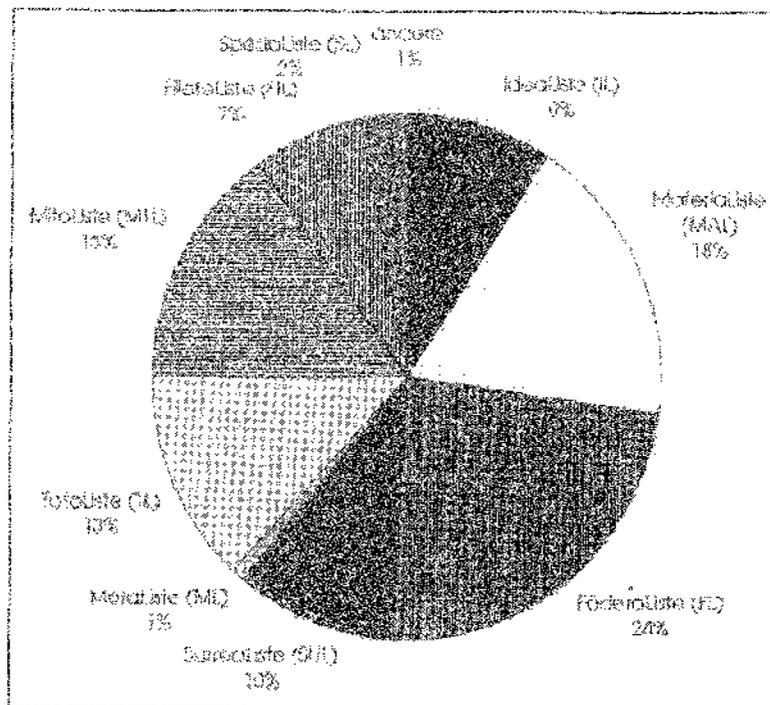
# skolast-Umfrage: STUHL WAHLGANG '93

In letzter Minute vor dem großen Sesselticken hat uns die Arbeitsgruppe Demoskopie LAU die Ergebnisse einer Umfrage präsentiert. Die beim Konzert der Zillertaler Schützenjäger durchgeführte mündliche Befragung läßt mit höchster Wahrscheinlichkeit und noch höherer Zuverlässigkeit erhebliche Prognosen zu. Auf die Frage „Wie würden Sie entscheiden?“ antworteten 99 % mit Ja. Verglichen mit dem Wahlausgang vor vier Jahren wird sich die politische Landschaft voraussichtlich um 180 Grad drehen. Die bei den letzten Wahlgängen siegreich

hervorgegangenen Totalisten werden in diesem Rennen auf magere 12,9 % absacken. Schon vor Monaten hatte man den Eindruck die Materialisten werde nicht mehr zum großen Schlag ausholen. Die letztjährige Umfrage bestärkt alle Gläubigen in dieser Hoffnung. Als Grund für diesen Wählerumschwung bietet sich der Kandidaten-Effekt an. Das letztlich von den Totalisten massenhaft verbreitete Portraitbuch mit Familienfoto hat ein Chaos ausgelöst. Mehrere hundert Menschen waren bei der Lektüre der „Lieblingsbeschäftigung“ aus dem Bett gekugelt oder vom Stuhl gekippt und haben sich dabei leichte Verletzungen zugezogen. Ernsthafte Magengeschwüre hat die Lektüre der politischen Ziele vor allem bei Kindern und anderen vernünftigen Menschen hervorgerufen. Der übermäßige Genuß von Fotografien – besonders der Marke Sturmwalder und von Flegel - haben vor allem bei Frauen zu Übelkeit geführt.

Die großen Gewinner dieses Meinungsumschwungs werden die FL und die MAL sein; die Föderalisten werden mit 24 % gefolgt von den Materialisten mit 18 % die meisten Mandate kassieren. Auf die Montagsfrage „Wie bewerten Sie die Skrupellosigkeit der Listen zur Erhaltung des Wirtschaftssystems?“ hat die MAL, gefolgt von der FL die höchste Punktezahl erreicht. Die jenseits aller Grenzen ausgetragene Selbstbestimmungsdiskussion hat den Föderalisten offenbar nicht geschadet: Verglichen mit einer Umfrage im April konnte sie sich

durch einen Scherz um viele Prozentpunkte verbessern. Die Materialisten haben ihrem freizeithlichen Pressesprecher für den Erfolg zu danken, dieser ist so frei aus jeder Mühe einen Elefanten zu machen. Auf die Kontrollfrage „Welche Liste hat zu jedem Problem eine Meinung?“ wurden an erster Stelle die Materialisten genannt. Auf die Sonntagsfrage „Welche Liste soll aufsteigen in die Seligkeit und dort Ruhe geben?“ nannten 15 % die MTL und verwiesen damit die Totalisten auf den dritten Platz.



Das Blut gewendet hat sich auch für die Materialisten und die Spezialisten. Der Zerfall von MI und SL im Sog von Tangentopolis hat offenbar ein Trümmersfeld zurückgelassen. Die Frage „Würde eine Änderung der beiden Listennamen sie überzeugen?“ haben 75 % der Befragten bejaht.

Die Skolast-Umfrage hat den in der ersten Erhebung festgestellten Trend in erstaunlichem Ausmaß bestätigt. Frappierend ist vor allem die enorme Sicherheit und Entschlossenheit der WählerInnen. Fast jeder Befragte weiß welcher Liste und welchem Li-

stenbesitzer er seine Stimme geben wird. Auch dieses Phänomen fand durch die Skolast-Umfrage Klärung. Auf die Frage „Sind Sie zufrieden mit dem Programm ihrer bevorzugten Partei?“ antworteten 63 % mit „sehr zufrieden“ und den Politikerworten scheukten laut Umfrage 73 % Glauben.

Den Idealisten ist für die nächste Legislatur mindestens ein Mandat sicher, auf die Frage „Wählen Sie den letzten Rest vom Sozialistenfest?“ antworteten 8 % der Befragten mit „Ja, gerne“.

Auch die SU1 wird einige Mandate einheimen. Auf die Frage „Hat die interethnische Mischideologie Zukunft?“ antworteten 37 % der Befragten mit Ja. Demnach werden die Surrealisten der Sesseltunde weuchlin Farbe geben. Auf die Frage „Wie grün ist Ihnen Propaganda?“ antworteten 10 % mit „Rudimentär darf sie nicht sein“.

Guten Abend

# COMUNITÀ EUROPEA – DEMOCRAZIA MANCATA?

## Introduzione

In questo articolo si cercherà di esaminare soprattutto gli aspetti costituzionali degli organi della Comunità europea e del loro funzionamento, inoltre della loro interferenza nell'ambito nazionale degli stati membri. In particolar modo ci si soffermerà sulle perplessità nei confronti dei "poteri" del Parlamento europeo, sul principio di responsabilità politica del potere esecutivo, nonché sul potere di fatto della burocrazia di infierire sostanzialmente sull'indirizzo politico e gestionale dell'amministrazione europea. Precedentemente si farà un cenno, sia storico che di logica costituzionale, sullo stato democratico nazionale basato sul parlamentarismo, rivalutando in primis la sua importanza paradigmatica anche per lo "Stato europeo".

## 1. La separazione dei poteri

Dopo che l'assolutismo monarchico, che raggiunse certamente il suo apice in Francia con Louis XIV., il Re Sole, aveva saldamente concentrato tutto il potere nelle mani di una persona fisica, determinata grazie a regole "costituzionali" di successione garantite dalla consolidazione delle stirpi più potenti, si ebbe come conseguenza di questo sistema che non era in grado di garantire neanche alla persona singola, al suddito cioè, la crisi dei sistemi autoritari. Soprattutto grazie alla spinta dell'Illuminismo parte del ceto intellettuale non ha più cercato di arrangiarsi con il regime, ma di pretendere un trattamento equo, di non richiedere più favori o atti di grazia, ma di fare valere dei diritti. In questo contesto anche la spersonalizzazione del potere è di notevole importanza: non più il re, la persona, ma lo stato-nazione, la totalità del popolo, lo esercita. Conseguentemente è possibile dividere il potere fra organi dello stato tra loro autonomi, con ciò si giunge alla sovrapposizione territoriale di poteri diversi.

Dal punto di vista scientifico-giuridico il salto di qualità nel pensiero costituzionale fu fatto da Montesquieu che ha delineato quelli che sono i poteri che devono essere assolutamente separati per controllarsi e così legittimarsi a vicenda.

Sono questi innanzitutto il potere legislativo esercitato da un'assemblea eletta a base popolare con il compito primario di fare leggi, cioè quelle regole giuridiche che regolano sia il rapporto fra i cittadini sia fra l'apparato-stato e il cittadino. Tutti gli altri poteri sono sottoposti alla legge. L'organo legislativo è eletto dal popolo, a cui appartiene la sovranità (v. p. e. art. 1, 2 Cost. It.).

Il potere esecutivo è chiamato ad eseguire le leggi, come anche quello giudiziario è soggetto soltanto, e in ogni caso, alla legge (art. 101, 2 Cost.).

Essendo il parlamento espressione della volontà generale del popolo si presta non solo come creatore delle regole sociali ma anche come organo di controllo dell'azione governativa. Il governo deve godere della fiducia del parlamento. Questo principio sta ancora a base della nostra democrazia parlamentare. Nonostante la crisi del parlamentarismo, da notare in specie in Italia, dove da un sistema puro si è passati ad un sistema maggioritario a turno unico (causando in alcuni qualche perplessità sul disposto costituzionale dell'uguaglianza del voto, art. 48 Cost.), il momento culmine della vita politica resta ancora la partecipazione del cittadino alla costituzione dell'organo che dovrà dargli le leggi, che dovrà dare la fiducia al governo e controllarne l'azione, che in fin dei conti dovrà determinare l'indirizzo politico generale del paese.

Il cittadino forse tende talvolta a considerare in maggior misura il governo, i politici che dirigono il paese, le facce note del telegiornale, gli statisti degli incontri diplomatici. E certamente la tendenza verso il maggioritario e la conseguente divisione dello spettro politico in due proposte politiche nettamente contrastanti nasce dall'esigenza sentita di votare un governo, un premier, un politico invece di un altro. E strumenti come la domanda di fiducia, la fiducia costruttiva, la quasi abolizione

del voto segreto, la disciplina di partito, non hanno certo provveduto ad ampliare le prerogative del parlamento. Ma non dovendo essere "pragmatico" come l'esecutivo ha la possibilità di giungere a risultati più meditati, le opposizioni e le minoranze hanno occasione di contribuire attraverso il lavoro svolto nelle commissioni e la presentazione di emendamenti.

Ma l'aspetto costituzionale più importante rispetto al rapporto fra i poteri è senza dubbio la possibilità di demitizzare in ogni istante il governo. E' il popolo in ultima analisi che, per interposta persona, dà o toglie la fiducia al governo. (Eccezione fatta per i sistemi con presidenzialistici, in cui l'esecutivo è eletto direttamente dal popolo, ma quest'ultimo non può esporgli la sfiducia, né direttamente né attraverso il parlamento.)

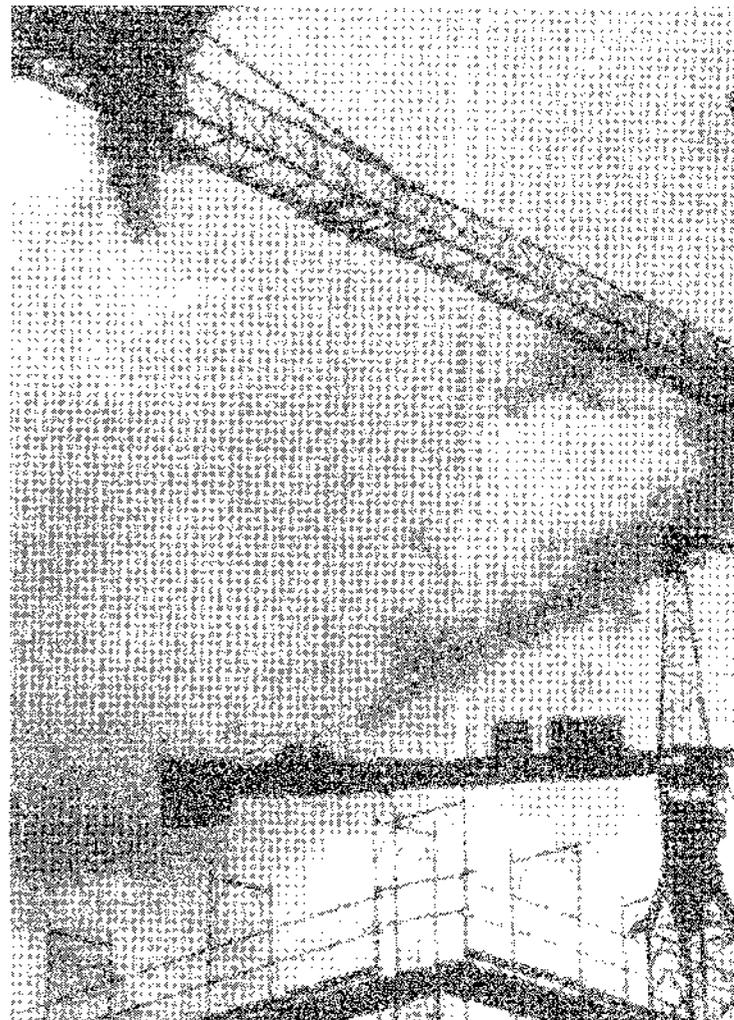
## 2. La sovranità nazionale e la costituzione degli organi della Cee

L'inizio della storia della Cee si pone in un momento della situazione politica europea per certi aspetti controverso. Da una parte c'era una grande voglia di creare una comunità nel campo economico, la più omogenea possibile. Il trattato di Roma è sicuramente anche espressione di quegli anni: l'Europa uscita dalle ceneri del Secondo conflitto mondiale vive l'inizio del boom industriale, una stagione felice come non si vedevano da tanto. Ma d'altro canto il passato buio era ancora troppo recente, la democrazia era rimasta, sotto certi aspetti, più una promessa degli eccellenti testi costituzionali del dopoguerra. L'Europa, o meglio gli stati membri erano immaturi per un progetto così ambizioso come una casa comune. E soprattutto, le realtà economiche ed industriali erano diverse già alla corsia di partenza, e tendevano ad allontanarsi sempre di più.

Bisogna chiarire sin d'ora che la Cee non era pensata come un modello federativo, in cui stati sovrani si privassero di ampie competenze proprie delegandole ad un organismo svincolato e sovrastante. Gli "Stati uniti d'Europa" non sono altro che un'illusione. La Cee voleva creare un mercato vasto e potente, congiungendo realtà diverse con l'intenzione di risparmiare all'economia le barriere nazionali. Come esempio si osservi l'Atto unico europeo del '86 che reca importantissime modificazioni e aggiunge ai trattati originari, e che definisce il mercato comune come "uno spazio senza frontiere, nel quale è assicurata la libera circolazione delle merci, delle persone, dei servizi e dei capitali." Chiaro è inoltre anche l'art. 2 del trattato Cee che fissa all'organizzazione "il compito di promuovere, mediante l'istituzione di un mercato comune e il graduale ravvicinamento delle politiche economiche degli Stati membri, uno sviluppo armonioso delle attività economiche nell'insieme della Comunità, un'espansione continua ed equilibrata, una stabilità accresciuta, un miglioramento sempre più rapido del tenore di vita e più strette relazioni fra gli Stati che ad essa partecipano."

L'Italia ha poi avuto particolari retture nell'adeguare il proprio tessuto istituzionale alla nuova realtà comunitaria. Soltanto agli inizi degli anni settanta il trattato ha prodotto gli effetti in seguito alla sua ratificazione.

Nondimeno oggi funzioni di varia natura (legislative, amministrative, giurisdizionali) sono attribuite alla Comunità europea. Questa le esercita senz'altro e direttamente (ossia per volontà degli Stati che le hanno conferito il potere). In altre parole, gli stati limitano la propria azione di governo. Queste limitazioni però come si giustificano rispetto all'ordinamento interno degli Stati? Un punto interessante che è venuto nuovamente alla luce con la ratificazione del trattato di Maastricht. Mentre francesi e danesi, p. es., in referenda molto combattuti hanno espresso la loro adesione o meno, il cittadino italiano ha, nel migliore dei casi, approvato da un articolo di pagina interna che il suo parlamento ha provveduto in tal



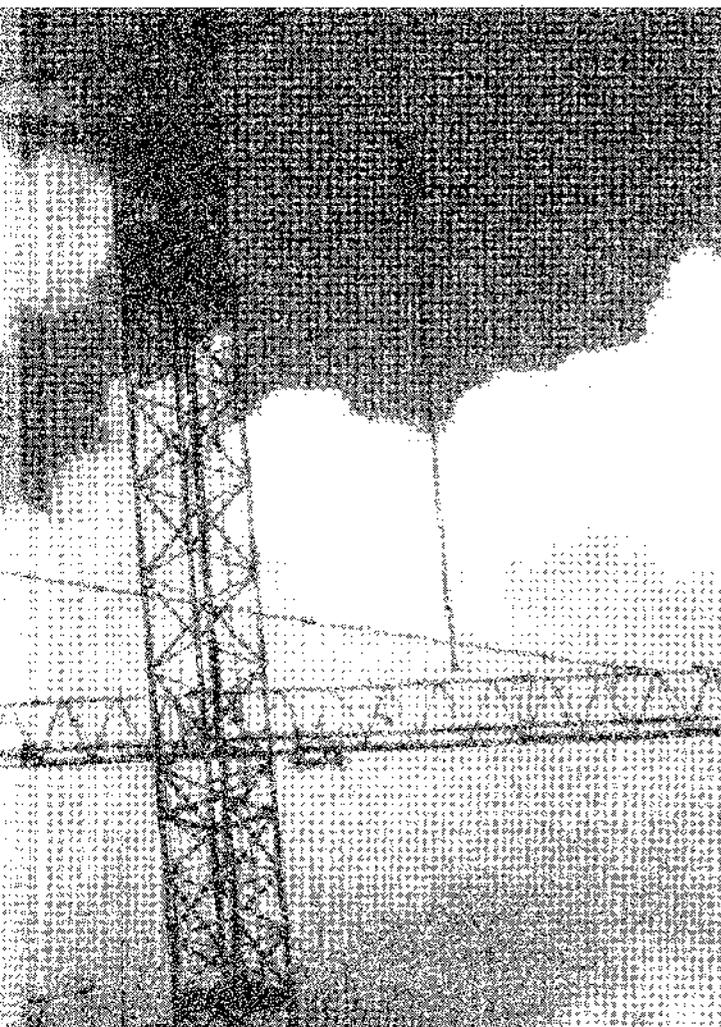
senso. E proprio in Italia, dove il referendum è ormai un appuntamento annuale. Come mai questa disparità nell'iter di ratificazione?

Menre in altri stati la costituzione non permette una perdita di sovranità nazionale di queste dimensioni senza un intervento straordinario da parte del popolo elettorale, la nostra Costituzione ha posto le promesse nel famoso articolo 11 ("L'Italia ripudia la guerra..."), in quanto ha previsto che l'Italia "consente in condizioni di parità con gli altri Stati, alle limitazioni di sovranità necessarie ad un ordinamento che assicuri la pace e la giustizia fra le Nazioni; promuove e favorisce le organizzazioni internazionali rivolte a tal scopo."

Il riferimento a "la pace e la giustizia fra le nazioni" evidenzia che la norma era stata concepita con riferimento all'Organizzazione delle Nazioni Unite (allora già esistente) e non alla futura Cee. Ma la giurisprudenza della Corte Cost., sin dalla sentenza n. 14/1964 riconduce a tale norma, con una piccola ma realistica forzatura, il fondamento costituzionale dell'organizzazione in esame.

Una volta chiarito il fondamento della limitazione della sovranità nazionale, la Cee si organizza su base legislativa internazionale (p. es. trattati) o su forti proprie.

Ma parliamo ora degli organi della Cee: sono questi il Parlamento europeo dall'una, e il Consiglio, annesso a questi il Con-



sigli dei Ministri di settore, il Consiglio europeo, poi soprattutto la Commissione, dall'altra. La Corte Europea chiude il quadro necessario per soddisfare quella che è la nostra idea di un sistema democratico.

Il problema non nasce certo dal quadro istituzionale, dalla forma, che può sembrarci abbastanza equilibrata. Ma nel momento, in cui accantoniamo l'analisi della mera struttura ed estendiamo l'indagine alle funzioni dei singoli organi, al contenuto, non possiamo che rimanere perplessi.

Anticipando quello che si spiegherà in seguito si può constatare che la Cee come struttura non è sovrana, e perciò il funziona-

mento degli organi è fornicamente condizionato dagli stati membri. Mentre si deve affermare per questo motivo che la Cee non può funzionare come uno stato sovrano e democratico qualunque, d'altro canto è importante riflettere sul suo quadro funzionale squilibrato che si pone contro i canoni della nostra coscienza costituzionale.

### **3. Gli organi istituzionali della Comunità**

Con il cosiddetto trattato di fusione di Bruxelles del 1965 sono stati unificati il Consiglio e la Commissione come organi istituzionali delle tre Comunità (CECA, CEE, EURATOM). Nondimeno si dovrebbe usare la dizione "le comunità", perché restano separate sul piano formale (sono tre diverse persone giuridiche). Oggi può comunque ritenersi una leggerezza giustificabile usare il termine Comunità europea come concetto unitario.

Tra gli organi cosiddetti istituzionali della Comunità europea non è possibile stabilire una netta demarcazione, a seconda del tipo di funzioni svolte: anche per gli organi statali una demarcazione netta può apparire perplessa e come frutto di una mera scelta convenzionale, ma negli organi europei l'indifferenza funzionale è assai più evidente.

A parte le funzioni giurisdizionali che sono attribuite in via esclusiva alle Corte di giustizia, gli altri organi istituzionali della Comunità – il Parlamento europeo, il Consiglio, la Commissione – sono partecipi, sia pure in misura e intensità diverse, sia del processo di formazione normativa sia del processo di formazione delle decisioni amministrative.

All'interno degli organi comunitari bisogna distinguere quelli come il Consiglio che costituiscono strumento di collaborazione intergovernativa e i cui titolari sono emanazione dei governi nazionali (la titolarità della carica comunitaria dipende dalla titolarità della carica nazionale, p. es. ministro), da quelli che sono "strumenti dell'integrazione comunitaria o della sovranazionalità": come la Commissione e il Parlamento europeo, i cui titolari, pur designati da fonte nazionale (dai governi; dai corpi elettorali) sono investiti dell'ufficio comunitario prescindendo da ogni titolarità di ufficio nazionale e devono servire il primo "in piena indipendenza nell'interesse generale della Comunità" (art. 157,2 tratt. Cee).

### **4. Il Parlamento europeo**

Il Parlamento è l'unico organo comunitario direttamente rappresentativo delle popolazioni. Questa "rappresentatività democratica" è limitata dal fatto che il popolo elettorale all'atto del conferimento del mandato è diviso statalmente soprattutto rispetto alle regole elettorali. La Comunità ha dato l'indicazione per il voto proporzionale, ma gli stati hanno preteso di votare come i loro cittadini erano abituati per le elezioni politiche nazionali. Così il Parlamento europeo attuale è composto da membri italiani, eletti con il metodo proporzionale puro, il che significa che anche il Partito Sardo d'Azione è rappresentato in

Europa, con un seggio solo, da membri tedeschi, eletti con il sistema proporzionale sbarrato al 5%, limitando lo spettro a cinque partiti (CDU, SPD, FDP, Grüne, Republikaner), e anche da membri inglesi, eletti con il sistema uninominale maggioritario, in cui solo i due partiti leader rappresentano il popolo britannico.

I verdi p. es. riescono a far eleggere parlamentari in Italia, raccogliendo 2 o 3% dei voti, mentre nel Regno Unito rimangono a secco, nonostante un consenso elettorale del 10-15%. Sarebbe come se per elezioni provinciali in Alto Adige la Val Venosta e la Val Pusteria dovessero usare sistemi elettorali contrapposti! Altre perplessità suscita la ripartizione dei seggi fra gli stati che è stabilita con il trattato (art. 138,2: 80 parlamentari a Francia, Germania, Italia e Inghilterra, meno ai piccoli). In Germania, con la riunificazione, la popolazione è aumentata di ca. 16 mio. di cittadini, ciononostante i seggi tedeschi saranno sf. aumentati, ma non in proporzione corrispondente. Lasciando da parte le motivazioni politiche (paura di una superpotenza tedesca in Europa) ne rimane un aspetto maieutico con il principio di rappresentatività.

Questi aspetti disfunzionali sembrano non disturbare i governi statali e si capisce anche il perché. Il Parlamento europeo, nonostante la denominazione e la sua diretta rappresentatività non è titolare della funzione legislativa, ma partecipa ad essa come alle altre funzioni comunitarie, esercitando "i poteri deliberativi e di controllo che gli sono attribuiti [...] dal trattato" (art. 137, tratt. Cee). Solo per alcune materie concernenti la realizzazione del cosiddetto mercato interno è prevista la cosiddetta procedura di cooperazione (art. 149 tratt. Cee) che inserisce pienamente il Parlamento nel procedimento legislativo, restando tuttavia centrale in detto procedimento il ruolo del Consiglio. Per le altre materie, poi, i parlamenti sono titolari di una più blanda procedura di consultazione. Anche in materia di bilancio la Cee esercita dei poteri (art. 203 tratt. Cee), il relativo potere deliberativo resta però al Consiglio.

Verso il Consiglio non c'è nessun potere, in quanto le cariche dipendono da quelle nazionali. Sull'operato della Commissione, il Parlamento esercita un controllo di tipo politico assimilabile al modello della "fiducia parlamentare", essendo prevista la "mozione di censura" che, se approvata con maggioranza qualificata, dà luogo alle dimissioni della Commissione stessa (art. 144, tratt. Cee). Questo potere è quasi vanificato dal fatto che i numeri per la maggioranza qualificata sono difficilmente raggiungibili vista la scarsa partecipazione dei mandatari alle sedute. La carica di parlamentare, infatti, è incompatibile con quella di membro di un governo statale, ma non con quella di parlamentare nazionale (comunque certi paesi, su iniziativa propria, hanno provveduto in tal senso). La stessa scarsità di potere spiega anche la consistenza dei gruppi parlamentari che raggruppano al loro interno realtà assai diverse. Se un giorno le prerogative decisionali dovessero essere maggiori, sicuramente le coalizioni faranno riferimento anche alla nazionalità (p. es. fra i paesi mediterranei) e non solamente a gruppi parlamentari alquanto eterogenei al loro interno.

I punti essenziali di critica meritano forse una ripetizione:

1.) Il Parlamento non è titolare della funzione legislativa, ma partecipa ad essa con poteri più consultativi che decisionali.

2.) Esso non ha nessun potere verso il Consiglio, e verso la Commissione: ha un potere che per la sua gravità e per la sua procedura aggravata è difficilmente esercitabile.

## 5. Il Consiglio

Il Consiglio è organo collegiale "formato dai rappresentanti degli Stati membri", ciascuno delegato dal rispettivo governo, tra i membri di quest'ultimo (vedi tratt. di fusione). La sua composizione varia a seconda della materia: esso è composto dai ministri degli esteri per le questioni di ordine politico generale (Consiglio c. d. "Affari generali"); dai ministri di settore (agricoltura, ambiente, finanze, ecc.) per i Consigli settoriali.

Il Consiglio è fondamentalmente l'organo legislativo della Comunità, spostando ad esso l'adozione dei regolamenti e delle direttive comunitarie, cioè delle leggi europee. Il punto cruciale nel caso in cui un esecutivo eserciti funzioni legislative sta nella non rappresentatività del corpo elettorale; il Consiglio non è espressione della volontà generale.

Esempio: il Consiglio dell'agricoltura. E' noto che in tutto il mondo l'elettorato rurale tende a votare partiti conservatori piuttosto che di sinistra. Il ministro sarà conservatore. Così in governi di destra, di centro-destra o governi con più ampio spettro (p. es. il quadropartito italiano PSI-PSDI-PLI-DC) il ministro coprirà, di regola, l'ala destra dei partiti di governo. Se adesso questi dodici ministri fanno una legge, questa potrà forse, adoperando criteri proporzionali, godere di una legittimazione "diretta" del 20-30% dell'elettorato.

Oppure pensiamo ai ministri di difesa (che per ora non hanno grandi prerogative in campo europeo): di fatto le donne sono escluse da questa carica; ne consegue che in questo caso si tratta di un corpo legislativo (Consiglio settoriale di difesa), in cui il sesso femminile è escluso. E' come se si tornasse al secolo scorso!

Poteri analoghi sono previsti in capo alla Commissione, e possono essere delegati dal Consiglio stesso ad essa. Infatti il Consiglio è un organo talmente instabile da avere un'operatività molto scarsa.

In alcuni casi è prevista l'unanimità nelle deliberazioni, in specie quando sono "in gioco interessi molto importanti di uno o di più Stati." In mancanza di previsione vige la regola della maggioranza assoluta.

Accanto al Consiglio come organo di collaborazione intergovernativa è stato istituito il Consiglio dei Capi di Stato e di Governo (Consiglio europeo) con compiti eminentemente politici. Inoltre vi fa parte il presidente della Commissione; i membri del consiglio europeo sono a loro volta assistiti dai rispettivi ministri degli affari esteri.

Il Consiglio europeo, pur non avendo attribuzioni di ordine formale nell'ambito comunitario, è la sede di formazione dell'indirizzo politico comunitario.

Il fatto che il Consiglio non è organo permanente ha portato alla creazione di un "comitato composto dai rappresentanti permanenti degli Stati membri" (art. 4 tratt. di fusione) denominato correntemente COREPER. Questo organo esercita una funzione di filtro per il Consiglio, in quanto ogni proposta della Com-

missione viene prima trattato in sede Coreper. In sostanza il Coreper (qualcuno esponente della collaborazione intergovernativa) è diventato il reale alter ego della Commissione (qualcuno esponente dell'integrazione comunitaria).

Le anomalie del Consiglio sono: 1. Le cariche dipendono da cariche nazionali, ed alle elezioni di queste ultime il voto del cittadino sarà influenzato innanzi tutto da questioni che riguardano l'ambito nazionale e non la politica comunitaria. 2. Il Consiglio non è sottoposto a nessun tipo di controllo. 3. Esercita funzioni legislative pur non potendo garantire la rappresentatività dell'elettorato. 4. Non è organo permanente e conseguentemente delega le sue funzioni al Coreper e alla Commissione. Non di rado, poi, perde di vista il lavoro a Bruxelles.

## 6. La Commissione

La Commissione è la vera e propria autorità di governo delle istituzioni comunitarie, da intendersi in un duplice senso: essa è l'organo esponentiale dell'interesse generale della Comunità e titolare della rappresentanza della Comunità verso l'esterno. Così vigila sull'applicazione dei trattati da parte degli Stati ed esercita i poteri amministrativi comunitari, sia nei confronti degli Stati, sia direttamente nei confronti dei cittadini e delle imprese.

Oltre a numerosissime competenze proprie previste dai trattati, oltre al generalizzato potere di proposta al Consiglio, la Commissione è investita di competenze di esecuzione in seguito a deleghe da parte del Consiglio.

Tra le attribuzioni propriamente amministrative della Commissione si segnalano quelle concernenti la gestione dei Fondi comunitari a finalità strutturale che costituiscono una delle principali manifestazioni dell'azione delle istituzioni comunitarie. La Commissione è un organo collegiale composto da 17 membri (paesi grandi: due membri) nominati "di comune accordo dai governi degli Stati membri scelti in base alla loro competenza generale e che offrono ogni garanzia di indipendenza" (art. 157,2 tratt. Cee). I membri che si impegnano a non accettare istruzioni da alcun governo, durano in carica 4 anni e sono rinnovabili. I governi designano anche il presidente. Come già accennato, il Parlamento ha il potere di votare una mozione di censura con maggioranza qualificata per detronizzare il "governo" della Cee. All'atto dell'istituzione della Commissione il Parlamento non ha alcun potere nella procedura, neanche di natura propositiva o consultativa. La Commissione è un governo che non gode di alcuna fiducia di tipo popolare, perché né gli elettori esprimono direttamente un governo (sistemi presidenzialistici), né il governo deve godere di una fiducia di tipo parlamentare (sistemi parlamentari), in quanto l'assemblea eletta (Parlamento europeo) ne resta totalmente esclusa. L'unica legittimazione deriva dai governi nazionali a loro volta sottoposti alla fiducia del rispettivo parlamento. E' però difficilmente immaginabile che un governo venga mandato a casa perché nel decidere i membri della Commissione non ha rispettato la volontà dei propri elettori.

Per dimostrare l'incongruenza del funzionamento degli organi comunitari, si cerca di trasportare il sistema in una realtà più intravedibile come quella nazionale:

Il popolo italiano elegge un parlamento. L'elettore si sente coinvolto nella politica nazionale, mentre i parlamentari eletti sono fieri di ricoprire un mandato così importante e solo qualche idealista si sente frustrato per le poche competenze dell'organo, di cui fa parte.

Le leggi le fanno gli altri. Ogni due, tre mesi tutti i presidenti delle giunte regionali, o rispettivamente gli assessori di settore, si trovano a Roma per legiferare. Siccome hanno altro da fare (nella propria regione) sono poco addentrati nella politica nazionale e lasciano una grande mole di lavoro ad organismi sempre da loro dipendenti, cioè nominati dall'esecutivo.

L'amministrazione è nelle mani di un organismo nominato da una pluralità di organi esecutivi. Il governo così istituito può essere "cacciato" dal parlamento con un meccanismo che è più teorico che realmente esercitabile.

Come conseguenza del potere della Commissione deve essere vista la prepotenza della "burocrazia europea". La diffidenza del cittadino europeo verso questo "Euro-Buro-Sauro" è talvolta più intuizione che convinzione, dettata da una diffidenza generale verso apparati amministrativi complessi.

Uffici amministrativi, a tutti i livelli, rappresentano sempre un punto delicato nell'organizzazione della vita collettiva. Il cittadino, personalmente, molto spesso non vive e non sente i problemi di cui si occupa "l'alta politica", e così il contatto inevitabile con la pubblica amministrazione diventa per lui un momento molto più importante.

Per controllare il "buon andamento" (vedi p. es. art. 97 Cost.) vi sono due leve: una è quella della tutela giudiziaria, sia penale che amministrativa, l'altra quella del controllo politico-organizzativo sui dipendenti pubblici. Esaminando quest'ultima, c'è da notare che il controllo che esercita il titolare della carica politica preposto all'ufficio, può diventare una garanzia per il cittadino nella misura in cui egli conserva, anche attraverso i suoi rappresentanti politici, il potere di infierire sulla posizione del politico. Se p.es. un ministero (ufficio) produce rilevanti disfunzioni ed irregolarità a danno dei cittadini, il ministro (politico) avrà interesse di intervenire, perché è conscio di doversi altrimenti prendere la responsabilità politica, cioè "lasciare la poltrona" in seguito a sfiducia parlamentare.

Se questa possibilità della sfiducia verso un membro del governo o tutto il governo è preclusa, sia il vertice politico che amministrativo dell'organo esecutivo esercitano la loro funzione fuori da ogni logica di controllo. Le conseguenze per il cittadino non potranno certo essere positive.

## Conclusione

L'Europa sarà il nostro futuro — che ci piaccia o meno. In che misura però poi quest'Europa sia a misura d'uomo e quanto sarà democratica, è quanto mai indeciso, cioè tutto da decidere. Il cittadino è chiamato a formulare le sue pretese verso i suoi rappresentanti politici, perché la strada che è stata intrapresa ci porta all'Europa dei "notabili", dei funzionari e burocrati.

*Nota:* Per quanto concerne le citazioni dei testi normativi si è fatto riferimento al testo di Vincenzo Cerulli Irelli, Corso di diritto amministrativo, G. Giappichelli Editore, Torino, 1991.



## Von EUROPOL und flüchtenden Menschen

*„EUROPOL soll europäische Verbrecherbanden europäisch bekämpfen.“\**

(\* Zitat des EG-Abgeordneten Georg Jarzombowski)

Die Integration der westeuropäischen Staaten hat eine weitgehend unbachtete Dimension, nämlich die der sogenannten „Inneren Sicherheit“.

### *Festung Europa*

Die polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit sowie die Vereinheitlichung des AusländerInnen- und Asylrechts werden mit einem „Sicherheitsverlust“ in Folge der Aufhebung der Bionngrenzen begründet. Dafür seien Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, für die der Öffentlichkeit präsentierte Motive, deretwegen die Polizeien internationalisiert und modernisiert werden sollten – insbesondere die Bekämpfung der organisierten Kriminalität –, waren Grenzen nie wirkliche Hindernisse. Im Gegensatz zu flüchtenden Menschen, für die der Grenzbalken allemal die Endstation bedeutet. Die Propaganda wendet sich an dumpfe Gefühle. „Das christliche Abendland hat den Ansturm

von Mongolen, Muselmanen und Bolschewiken abgewehrt, im Dritten Jahrtausend muß sich der Alte Kontinent den 'Flüchtlingssirömen' (zumeist aus den ehemaligen Kolonien) und dem 'Internationalen Verbrechen' entgegenstemmen.“

Seit dem Fall der Berliner Mauer haben sich die Voraussetzungen für eine harmonisierte europäische AusländerInnenpolitik grundlegend verändert. Der einst undurchdringliche Eiserner Vorhang stellte sich im nachhinein als ein wesentlicher Bestandteil der westlichen Einwanderungspolitik heraus. Heute werden die Bedingungen für die koordinierte Aufnahme von AsylwerberInnen und WanderarbeiterInnen (EG-Deutsch) auf höchster Beamtenebene in Brüssel entworfen und umgesetzt.

Die Harmonisierung stützt sich auf drei Institutionen: Auf das am 13. 6. 1985 unterzeichnete Schengener Abkommen und das entsprechende Durchführungsabkommen vom 19. 6. 1990, auf die Dubliner Flüchtlingskonvention vom 15. 6.

1990 und auf den Vertrag von Maastricht, den die EG-Zwölf am 7. 2. 1992 unterschrieben haben. Mit der Dubliner Flüchtlingskonvention soll der Zustand der „refugees in orbit“, das sind Flüchtlinge, die auf der Suche nach Asyl von einem Mitgliedsland zum anderen wandern, ohne aus dem EG-Raum abgeschoben zu werden, bekämpft werden. In Hinkunft können Flüchtlinge nur mehr in einem EG-Land einen Asylantrag stellen. In einer Erklärung zur Asylfrage, die dem Maastrichtvertrag beigelegt ist, legen sich die EG-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Aktion zur Harmonisierung wesentlicher Aspekte der Asylpolitik fest. Schritt für Schritt sollen die Einwanderungspolitik und die Verbrechensbekämpfung vereinheitlicht werden.

Die Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl wurde in Deutschland immer wieder mit der Abschaffung der EG-Bürosgrenzen und den deutschen Verpflichtungen aus den Schengener-Verträgen begründet. Nach dem neuen

Artikel 100c Abs. 2 des Maastrichter Vertrages. „bei einer Notlage in einem Drittland, die zu einem plötzlichen Zustrom von Staatsangehörigen aus diesem Land in die Gemeinschaft zu führen droht“, kann der EG-Rat mit qualifizierter Mehrheit den Visumzwang für Staatsangehörige des betreffenden Landes einführen. Erwaige humanitäre Alleingänge eines Mitgliedsstaates zugunsten ihres „Nachbarn in Not“ können damit von den anderen EG-Ländern verhindert werden.

### Ein Europäisches FBI?

Der Vertrag von Maastricht sieht explizit die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres vor. Asylpolitik, die Kontrolle der Außengrenzen, Einwanderungspolitik – insbesondere die Bekämpfung der illegalen Einwanderung –, Bekämpfung der Drogenabhängigkeit und Betrügereien im internationalen Maßstab, Justizzusammenarbeit, Zusammenarbeit im Zollwesen und die „polizeiliche Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität“ werden als Angele-

genheiten gemeinsamen Interesses genannt. In diesen Vertragsbestimmungen wird ein „unionsweites System zum Austausch von Informationen im Rahmen eines Europäischen Polizeiamtes“ erwähnt. Das vertraglich anfänglich auf Informationsaustausch beschränkte System heißt EUROPOL.

Die Gründung von EUROPOL wird die Voraussetzung für die mögliche Schaffung einer föderalen Polizei für Europa (Federal Police of Europe) sein. Der Tätigkeitsbereich für diese Superpolizei wird sich auf das gesamte Gebiet der „organisierten Kriminalität“ erstrecken. Nach dem Vorbild des amerikanischen FBI könnte diese Polizeibehörde ohne Zwischenschaltung nationaler Behörden in den Mitgliedsstaaten der EG tätig werden. Anders als in den USA würde dieses „Europäische FBI“ allerdings im weitgehend kontrollfreien Raum agieren, denn formal erfolgt die Zusammenarbeit außerhalb der EG-Strukturen.

Das Europäische Parlament will die Polizeibehörden der Exekutivbefugnis der Kommission unterstellen, aus dem Haushaltsplan der Gemeinschaft finanzieren und der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs unterwerfen. Spätestens im Laufe des Jahres 1994 wird ein europäisches Sicherheitsprogramm

ausgearbeitet, dessen „operationelles Organ Europol sein soll.

Die Einrichtung der „Unionpolizei“ ist offensichtlich bereits beschlossene Sache. Die Abgeordneten zum Europäischen Parlament wünschen sich heute, nur mehr nachträglich informiert zu werden. Diese undurchschaubaren Polizeiverflechtungen fördern den „Aufbau eines Polizei- und Überwachungsstaates“, meint Dorothea Piermont, die mit ihrer prinzipiellen Ablehnung dieser Entwicklung allein auf weiter Flur im EP steht.

Die gleichzeitige Behandlung von Asyl-, Migrations- und Terrorismusbekämpfungspolitik spiegelt den repressiven Charakter „europäischer“ Innenpolitik wider. Ein Klassiker nationalstaatlicher Souveränität – die allerheiligste Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern – fällt somit in weiten Bereichen an die superstaatlichen Instanzen. Auch wenn rein formal die Hauptzuständigkeit bei den Organen des Nationalstaates verbleibt, deuten doch die Internationalisierungs- und Harmonisierungsbestrebungen die Richtungsänderung an.

Gerold Ecker ist ständiger Mitarbeiter des EKG (Zeitung für EG-Kritik), Wien





## Wider die europäischen Propheten

### Zur Logik der neokonservativen Europaeuphorie. Eine Entgegnung

Vorbereitungen werden getroffen, alle Fehden beigelegt, seltsame Bündnisse geschlossen. Die Vorfrende schlägt um in Registrierung. Längst hat der Taumel auch die Zögernden erreicht.

Alles blickt erwartungsvoll nach vorne ...  
Wir sitzen im Zug nach Europa.

Die emsige Geschäftigkeit, von der hier die Rede ist, ist kein utopisches Szenario der Zukunft, sie ist längst Wirklichkeit geworden. Auch und gerade in Südtirol. Es stimmt bedenklich, wenn die heutzutage Rede von der „Reise nach Europa“ mittlerweile von weit rechts bis links zum täglichen Brot geworden ist, wenn der Mythos „Europa“ ständig neue Anhänger findet. Was ist es, das diesen Mythos gerade jetzt so beherrschend macht? Welche sind die Hintergründe der zunehmenden Konsensfähigkeit der neokonservativen Europaeuphorie? Worin liegt seine politische und kulturelle Funktion? Eine Kritik am Mythos „Europa“ muß, denke ich, versuchen, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was sich hinter diesem Schleier verbirgt. Sie muß zu verstehen versuchen, welche Bündnisse dahinter geschlossen werden, welche Interessen sich dort heimlich kreuzen.

#### Vexierbild „Europa“

In der griechischen Mythologie ist es Europa, die von Zeus – in Gestalt eines Stiers – getäuscht und entführt wird, während sie mit ihren Gefährtinnen unbekümmert am Strand spielte. Heute scheint sich die Situation umgekehrt zu haben. Nicht Zeus, sondern „Europa“ selbst ist nun zum Vexierbild geworden und

– dank seiner schillernden Anziehungskraft – zum Inbegriff der Täuschung. Aber zu glauben, daß diese „europäische Verblendung“ lediglich eine vorübergehende und flüchtige Zeiterscheinung sei, hieße, die Wirklichkeit zu mißachten, mit der dieses imaginäre Bild in die Köpfe der Menschen eingeschrieben ist, mit der in seinem Namen Bevölkerungen zusammengehalten und beherrscht werden.

Die Europaeuphorie der letzten Jahre (etwa seit Mitte der 80er Jahre, als sich die Veränderungen in Osteuropa anzubahnen begannen und Gorbatschow vom gemeinsamen „europäischen Haus“ zu reden anfing) ist zwar in der heutigen Form neu, aber dennoch hat es eine ähnliche, wenn auch nicht so weitreichende Mobilisierung der Gedanken und Gefühle für Europa schon vorher gegeben. Die antikommunistische Abschottung Westeuropas gegenüber dem ehemals kommunistischen Osteuropa und die Ausgrenzung der eigenen internen Kritiker erfolgte bereits in den 50er Jahren im Namen der Idee eines angeblich „demokratischen“ und „zivilisierten“ Europa. Damals bezog der europäische Mythos seine Legitimation im wesentlichen aus dem aggressiv antikommunistischen, sich überlegen und arrogant gebärdenden westeuropäisch-amerikanischen Militär- und Wirtschaftsblock (Montanunion 1951; Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951; Euratom 1958; EFTA 1960) andererseits. Eine weitere Welle der Europaeuphorie läßt sich in den 70er Jahren anlässlich der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und der Direktwahlen zum Europaparlament (1979) feststellen. Die gegenwärtige Hochstimmung für Europa, schließlich, ist vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Umwälzungen in Osteuropa (und seiner Umwandlung in neu-

europäische Kolonien) sowie der bevorstehenden Durchsetzung des EG-Binnenmarktes zu sehen.

## **Ideologische Überhöhung kapitalistischer Umstrukturierungen**

Bei genauerem Hinsehen wird klar, daß der Europa-Mythos sich immer dann in den Vordergrund schob, wenn weitreichende politische und wirtschaftliche Umstrukturierungen einer neuen, umfassenden ideologischen Legitimation bedurften. Genauer gesagt: Immer dann, wenn im europäischen Wirtschaftsraum das kapitalistische System seine Produktionsprozesse grundlegend umstrukturierte und die Kapitalakkumulation ausbaute, mußte auch der politische und ideologische Rahmen verändert und angepaßt werden. Der Mythos vom „vereinten Europa“ ist einer von mehreren – untereinander mitunter konkurrierenden – ideologischen Modellen zur Legitimation neuer, umstrukturierter kapitalistischer Ungleichheitsstrukturen. Er ist, anders ausgedrückt, eine von mehreren politisch- kulturellen Hegemonieformen.

In den 50er Jahren waren es – grob gesprochen – der Wiederaufbau einer staatenübergreifenden Ökonomie und der Versuch einer kontrollierenden Vernetzung strategischer Wirtschaftsbereiche (Kohle und Stahl, Atomenergie), die als neuen politisch- kulturellen Rahmen den „Europagedanken“, wie er vielfach genannt wurde, erforderten. In den 60er und 70er Jahren war es die rapide Expansion der vollkapitalistischen europäischen Zentren, die tiefgreifende wirtschaftliche, politische und kulturelle Umstrukturierungen verlangte. Europäische Integrationspolitik bedeutete in dieser Phase der Entwicklung neuer, billiger Arbeitskräftereservoirs, zuerst in Form riesiger Ströme von Arbeitsmigranten aus dem europäischen Süden, dann, nach der Süderweiterung der EG, zunehmende Auslagerung arbeitsintensiver Produktionszyklen in sog. Billiglöhngelände, vorrangig in der neuen europäischen Peripherie. Der Europa-Mythos der späten 80er und 90er Jahre schließlich hat – nach dem Ende des Kalten Krieges – v. a. die Aufgabe, den neuen inner-europäischen Kolonialismus (gegenüber Ost- und Südosteuropa) zu rechtfertigen und die neue Großmachtrolle Europas durch einen gesamteuropäischen Nationalismus zu unterstreichen.

## **Durchlöcherung der Grenzen für den Kapital- und Warenverkehr**

Die Euphorie über ein neues, geeintes Europa sollte damals wie heute die Zweischneidigkeit der Europäisierung Europas verbergen. Der europäische Integrationsprozeß war und ist eine äußere Einschließung, nie aber eine materielle, soziale europäische Angleichung und Harmonisierung, wie es uns die zahlreichen Europropheten glauben machen wollen. Die Durchlöcherung staatlicher Grenzen für den Kapital- und Warenverkehr ging stets einher mit der Befestigung alter und neuer sozialer und regionaler Abgrenzungen im Innern, innerem

Ausschluß. Rechtliche Integration und innere Diskriminierung schloßen sich nicht aus, im Gegenteil, sie sind strukturelle Bestandteile des „geeinten Europa“, zwei Seiten einer einzigen europäischen Medaille. Der „Fortschritt“ der europäischen Integrationspolitik hat sich, hinter frohlockenden Fassaden, in Wahrheit als Rückschritt entpuppt. Die Polarisierung zwischen europäischer Peripherie ist größer geworden. Konkret: Die Kluft zwischen Andalusien und Bayern, zwischen Sizilien und Südtirol ist größer, nicht kleiner geworden, seit diese Gebiete „integriert“ sind.

## **Integration: Eingliederung neuer, billiger Arbeitskräfte**

Die Rede vom geeinten Europa hat aber eines geschafft: Die zunehmende Hierarchisierung des Wirtschaftsraums und die soziale Politisierung der Bevölkerungen konnte hinter dem Schleier der äußeren Einschließung (Bürger des „gemeinsamen Hauses“ Europa zu sein) erträglich gemacht werden. Insofern hat die in die Welt gesetzte neue Liebe zu Europa eines ihrer Hauptziele erreicht. Es ist dieser auf den ersten Blick nicht gelungenen, die gewaltigen Anpassungsprozesse des kapitalistischen Systems an die neuen europäischen Ungleichheitsstrukturen (v. a. Zentrum- Peripherie; „einheimische“ Arbeitskräfte – farbige Immigranten) ideologisch zu überhöhen und kulturell abzusichern.

Die Zweischneidigkeit der Europäisierung ist nicht eine zufällige, sondern eine strukturelle, sie wird freilich oft erst auf den zweiten Blick sichtbar. Der kroatische Literaturhistoriker Stanko Lasic hat diese Zweischneidigkeit gut beschrieben, als er im Juni 1990 gerade auf der Gründungsversammlung der Europäischen Bewegung in Zagreb ein Erlebnis erzählte, das ihn 1970 in Wien tief beeindruckt hatte. Er war damals an einem Sommerabend durch die menschenleeren Straßen Wiens spaziert. Plötzlich hörte er laute Schreie auf Kroatisch. Er drehte sich um, konnte aber niemanden erkennen. Die Schreie kamen nämlich aus der Tiefe. Eine Gruppe verschmutzter und blutiger kroatischer Arbeiter war gerade dabei, den städtischen Abwasserkanal zu reparieren. Nachdem er ihnen eine Weile zugeschaut hatte, ging er zurück ins Hotel, packte die Koffer und verließ Wien ...

## **„Europa“ als repressive Normalität**

Der kulturelle Strang dieser „europäischen“ Hegemoniestrategie arbeitet vorzugsweise mit dem Mittel der repressiven Normalität. Repressive Normalität im neuen Europa meint jene Gewalt, mit der willkürliche Mittelmaße durchgesetzt und alles andere als „abnormal“ und „unterentwickelt“ abqualifiziert wird. Demnach wird die weiße Mittelschicht- „Normalität“ der Metropolen zum „europäischen“ Standard erhoben und gleichzeitig werden jegliche Abweichungen unter dem Blickwinkel dieser „Europa-Normalität“ pathologisiert. „Europareif“ ist, was diesen repressiven Standards entspricht, alles andere darf weitgehend ungestraft rassistischer,



sexistischer oder nationalistischer Ausgrenzungen zum Opfer fallen. Die Grenze zwischen „europäisch“ und „nicht europäisch“ ist wandelbar. Sie legitimiert nicht nur die meist latente, oft auch offene Gewalt, mit der sich „Europa“ nach außen hin, insbesondere gegen Süden und Osten abschottet (die brutalen Mißhandlungen und Ausweisungen der albanischen Flüchtlinge aus Italien ist eines von mehreren Beispielen), sondern hinterläßt ihre Spuren auch im europäischen Binnengebiet. Der Umgang der sich am „europäischsten“ gebenden Staaten mit ihren Minderheiten (sprachlichen, religiösen, farbigen und anderen), die Abhängigkeit, in der periphere Region geraten worden, vermittelt einen Eindruck von den europäischen Rändern im Inneren Europas.

## Heimtückische Angriffe auf „europäische Körper“

Die Liebe zu Europa, die von den Bevölkerungen der europäischen Länder verlangt wird, richtet sich auf eine imaginäre Einheit, die in den Köpfen der Menschen erst als quasi-natürliche Vorstellung geschaffen werden mußte. Diese imaginäre Einheit ist aber die Voraussetzung für einen sich anbahnenden gesamteuropäischen Nationalismus. Es fällt auf, daß immer öfter die Metapher vom „europäischen Haus“ oder vom „europäischen Körper“ als neues Projektionsobjekt kollektiver Identifikationen angeboten wird. Die Rolle dieser Körpermetapher läßt sich am Beispiel der Transitdiskussion gut nachzeichnen. Wenn etwa die innereuropäische Transitroute als Nerven-, Nahrungs- oder Atemwege des „europäischen“ Körpers dargestellt werden, muß jegliche Kritik am Transitverkehr als heimtückischer Angriff auf die Gesundheit und die Unversehrtheit eben dieses europäischen Körpers erscheinen. Transitgegner geraten so in den Geruch von Attentätern auf die lebensnotwendige Nahrungszufuhr des europäischen Organismus. Der Schritt zu ihrer Kriminalisierung ist nicht mehr weit.

## „Eurodynamisch“ nach Europa

Die Europacuphorie Südtiroler Prägung legt Wert auf die Präzisierung: Europa heißt Europa der Regionen. Innerhalb der SVP (leider nicht nur dort, auch Linke und Grünalternative haben sich vom europäischen Fieber anstecken lassen) scheint unter den Freunden Europas ein Wettkampf ausgebrochen zu sein, wer aufrichtiger und loyaler zu Europa steht. Zwei der prominenteren europäischen „Vordenker“, Huber, Frasnelli und Roland Riz, überschlagen sich in Lobeshymnen auf das neue „Europa der Regionen“. Die SVP-Unterhändler jetten von einer Europa-Tagung zur nächsten, bieten Südtirol als „Klein-Europa“ feil, geben großzügig Ratschläge zum Minderheitenschutz in Europa, kurz, sie rühren ununterbrochen die europäische Werbetrommel, in Worten und Gedanken.

„Eurodynamische regionale Räume“ nennt Frasnelli seine ungebremst optimistische Vision. Zum Schutz der ethnischen

Minderheiten im zukünftigen Europa empfiehlt er eine „europäische Charta des Volksgruppenschutzes, ... ein europäisches Volksgruppenrecht, das nicht mehr innere Angelegenheiten der Staaten Europas ist. Südtirol will ein internationales Forum und Drehscheibe für diese Bewegungen werden, aus denen sich für die EG und darüber hinaus das gemeinsame europäische Haus neue effiziente Volksgruppenschutzinstrumente entwickeln sollen“.

Und der prophezeit: „Föderalismus, das Europa der Regionen und Volksgruppenschutz werden identifikierende, völkerverbindende, grenzabbauende Elemente des neuen Europa sein. Diesen politischen Weg geht Südtirol.“ (Völkspote, 20. Juni 1991)

Auch Roland Riz, wie Frasnelli ein aufrichtiger und überzeugter Europäer, sieht im „Europa der Regionen“ die Form des neuen europäischen Kuchens. Ein paar Rosinen mehr als die anderen Regionen sollten Südtiroler freilich dennoch bekommen, „weil sonst käme es dazu, daß man glaubt, jeder hätte das gleiche Recht zu einer eigenen Autonomie“. (Interview mit EXTRA, 7. August 1991) „Ich möchte, und das ist mein politisches Ziel, Südtirol nach Europa führen“. (Ebd.) Wohlant

## Europa der Regionen: Zwei Facetten desselben Mythos

Die regionalistische Verklärung des neuen Europa ist die Rückseite der großeuropäischen Zukunftsvision. Das „Europa der Regionen“ und das „gemeinsame europäische Haus“ sind zwei Facetten desselben Mythos.

„Die Ideologie vom vereinten Europa, von der ‚europäischen Nation‘, schreibt Karl-Markus Gauß in seinem unter dem Titel „Die Vernichtung Mitteleuropas“ (Wiener Verlag) unlängst erschienenen Essayband, „führt zwangsläufig zur Entdeckung des Regionalismus. Großeuropa und Regionalismus sind nur scheinbare Gegensätze, in Wirklichkeit wird sich das erste nie durchsetzen lassen, ohne das andere als Linderungsmittel für all die Schmerzen, die es verursacht. Was bedeutet die Lösung von einem ‚Europa der Regionen‘, mit der heute noch der berechnendste Großraumsstrategie beschwichtigend und begütigend seine rhetorischen Pflichten abserviert? Um die eine große europäische Nation zu schaffen, müssen die alten Nationen, widersprüchliche Formationen einer widersprüchlichen Geschichte, abdanken, aufgelöst werden. Die eine gemeinsame ‚europäische Nation‘ ist mehr und kommt später als die alten Nationen, reckt sich gewissermaßen aus deren Untergang empor. Die Regionen hingegen liegen noch vor den alten Nationen, deren Sog sie, als ältere, vormoderne Identitäten und gesellschaftliche Vernetzungen von geringerer Reichweite oft über viele Jahrhunderte hinweg widerstanden haben. Seines Gegenspielers, des Nationalstaates, entledigt, wird der Regionalismus stumpf; die Ideologen des neuen Europa schließlich, die keineswegs Regionen entdecken, wohl aber den Regionalismus, nicht die regionalen Besonderheiten, sondern das politische Geschäft mit ihnen, schließen mit ihm ihr Bündnis – ein schauerliches

Bündnis von Datsenbank und Dorfgericht, Weltzentrale und Winkel. Welch gefährliche inhumane Tendenzen aus diesem neuen Zusammenspiel von Großeuropa und Regionalismus erwachen, zeigt das Beispiel der „Lega Lombarda“, die zum Vorbild für viele Bewegung mit gewitzter „Europareife“ verhindern und vorbildlich für die Integration Europas mitsamt einiger angereicherter Regionen stehen wollen.“

## Modelleuropäer Franz Josef Strauß

„Ein solches Europa des Regionalismus ist“, so Gauß weiter; „ein Phänomen verheerender Gleichzeitigkeit; von High-Technology und marianischem Fundamentalismus, von Weltläufigkeit und Fremdenhaß, von Gentechnologie und Stimmnackern. Der genialste regionale Politiker, er hieß Franz Josef Strauß. Auch er war ein begeisterter Europäer und ein begeisterter Regionalist, er peitschte die gefährlichsten Atomprojekte durch den Landtag und unterzeichnete die Verträge im Trachtenanzug, er flog im Düsenjet um die Welt und fand aus dem Bräuhaus nie hinaus, er machte Bayern zum Computerland Deutschlands und pflegte Ressentiments, die noch aus der vernotorisierten Ära Europas stammen. Wie Franz Josef Strauß sind viele regionalistische Politiker zu-



gleich Technokraten und Speißer, Anhänger neuester technischer Errungenschaften und ältester Vorurteile, sie glauben an den Gott des Geldes und an den Teufel im Fremden, sie sind weitgereist und engstirnig. Wenn sie könnten, wie sie wollten, die Einheit von lächerlichen und vorgestern wäre heute bereits gesamt-europäische Verfassung, und das neueste Recht, mit Genes zu experimentieren, würde gleichermaßen in ihr verankert sein, wie die uralte Gewohnheit, Hexen zu verbrennen.“

## Europa der Regionen oder Europa der Christ- demokraten

Freilich, in den Reihen der SVP ist man opportunistisch (und realistisch?) genug, den Überschwung der europäischen Regionalismus-Rhetorik in der Praxis dort zu dämpfen, wo es von Vorteil ist. Immer noch sitzt der SVP-Europaparlamentarier Joachim Dalsass in den Reihen der christdemokratischen EVP-Fraktion und nicht in einer Fraktion zusammen mit anderen europäischen Minderheitenvertretern. Im Fakt mit bayrischen CSU-Vertretern und römischen Christdemokraten läßt sich das neue Europa der Regionen besser genießen als vereint mit katalanischen und bretonischen Autonomisten.



## „Teilen steht nicht im Programm ...“

Die skolast-Redaktion im Gespräch mit dem Europarlamentarier  
Alexander Langer

*skolast:* Bezugnehmend auf die Währungskrise: Wie kann sich die Europäische Gemeinschaft vor Finanzspekulanten einerseits und vor national orientierten Interessenvertretungen andererseits schützen?

*Langer:* Man muß zuerst vorausschicken, daß es die "Europäische Gemeinschaft" noch immer in einer relativ schwachen Form gibt. Relativ stark entwickelt gibt es sie als Markt und in gewissem Sinn als normative Kraft am Markt. Beispielsweise was Wettbewerbsregelungen angeht, also Produktnormen, Zölle, Dinge die den Güter-, Personen-, zu gewissem Grad den Kapitalienverkehr regeln.

Als Regelungsbehörde, insbesondere des Finanzwesens, als politische Autorität oder als politisches Objekt gibt es die EG verhältnismäßig wenig. Mir scheint, daß die Währungskrise irgendwie die Probe aufs Exempel geliefert hat. Die Währungspolitik ebenso wie andere Kernbereiche der Politik bleiben im wesentlichen immer noch bei den Nationalstaaten. Es gibt theoretisch zwei Möglichkeiten auf die Frage: Entweder eine Flucht nach vorne, d. h. die Einführung einer gemeinsamen Einheitswährung, was natürlich eine hohe politische Investition erfordern würde. Praktisch würde das heißen, die Finanzressourcen zusammenzulegen und eine gemeinsame Währung daraus zu machen, so wie im letzten Jahrhundert, als sich Deutschland, Italien oder ähnliche Länder vereinigt haben. Die andere Möglichkeit ist die, die jetzt angewandt worden ist: Schritte zurückzugehen, das heißt im wesentlichen zu sagen, gut, wir überlassen der Spekulation das Feld, und Angebot und Nachfrage werden den Wert der Währungen festlegen. Mir scheint, daß die Hauptfrage aber die ist, ob es immer noch genügend politischen Willen gibt, eine Europäische Gemeinschaft als handelsfähige politische Konfiguration zu machen. Und dies scheint mir heute irgendwo in Frage gestellt.

*skolast:* Kann man eigentlich sagen, daß die Verwirklichung des europäischen Wirtschaftsraumes vorangeht, aber keine kulturelle oder soziale Gemeinschaft in Entstehung ist?

*Langer:* Ja, im wesentlichen würde ich diese Ansicht auch teilen. Der Wirtschaftsraum schreitet trotz allem fort, wenn

auch durch die Währungskrise auf eine sehr harte Probe gestellt. Was die wirtschaftliche Integration vorantreibt, ist – oft gesagt – im wesentlichen die Konkurrenz mit den USA und mit Japan. Man sagt, das Ausmaß eines Marktes muß so sein, daß es mit diesen beiden Protagonisten, zu denen sich möglicherweise noch andere gesellen können, mithalten kann. Aber mir scheint, daß es jetzt nicht mehr so klar ist, daß man die europäische Integration, die im Prinzip auf einer gewissen Pacität der Teilnehmer gegründet ist, ob man die noch als treibende Kraft für diesen Wirtschaftszusammenschluß sieht, oder ob man – was sich in der Währungskrise de facto zeigen wird – sagt, gut, föderativer Faktor oder Integrationsfaktor sollen die sein, die dazu stark genug sind: eben die Währungen und die politischen Mächte, die stark genug sind, sodaß in bezug auf den Integrationsfaktor als Einigungsmotor nicht mehr ein Bundesprinzip verfolgt wird.

In bezug auf kulturelle Integration war bis jetzt die Grundthese der europäischen Integration eigentlich eine sehr anspruchsvolle und im wesentlichen eine positive: Integration bei Bewahrung der Vielfalt. Anders als z. B. in den USA, also nicht ein „melting pot“-Prinzip nicht ein Aufgeben der Vielfalt der Sprachen und Kulturen usw., sondern Erhaltung und Bewahrung. De facto aber erweisen sich andere Kräfte als stärker als die, die man politisch steuern kann: von Fernsehen, bis Elektronik, bis Markt. Computerenglisch, die Zeichensprache der Werbung usw. üben de facto eine viel größere integrative Wirkung aus, und wenn man heute schaut, wo sich Spanien, Irland, Griechenland oder Frankreich annähern, dann scheint mir, daß sich auch da die Faktoren des Marktes, der Technologie usw. viel stärker durchsetzen und die Kriterien der europäischen Integration eher verbalen und Feiertagscharakter haben. Sozial kommt mir vor, daß sich unter Umständen als Integrationsfaktor etwas erweisen könnte, was vielleicht nicht ungetriebene Zustimmung findet – bei mir jedenfalls nicht –, nämlich die Idee der gemeinsamen Abriegelung gegenüber Immigration, Asylsuchenden usw., d. h. also, daß am Schluß – so ähnlich wie die Wirtschaftsunion vor allem aus der Konkurrenz entsteht – deutlich gesagt wird: Was wir uns sozial in der EG leisten können, ist so angesetzt, daß es nicht von vornherein vergemeinschaftet oder mit anderen geteilt werden kann. Also stehen wir vor zwei mögli-

chen Alternativen: Entweder wir müssen uns wirksam abriegeln oder in irgend einer Weise teilen. Und mir scheint, daß das Teilen momentan nicht im Programm steht, weswegen möglicherweise die Anti-Immigranten-Gesetzgebung paradoxerweise zum wirksamsten Teil der gemeinsamen „Sozialgesetzgebung“ werden könnte. Ich sehe momentan, ehrlich gesagt, relativ schwarz, obwohl ich trotzdem weiterhin der Meinung bin, daß die EG der einzige, wenn überhaupt aussichtsreiche europäische Integrationsprozeß ist, der historisch zumindest auf die nächsten 50 Jahre vorstellbar ist.

**skolast:** Ist jetzt auch eine Abgrenzung gegen den Osten da? Dreiklassengesellschaft, die Starken in der EG, die schwachen EG-Staaten und dann der Rest?

**Langer:** Dann der Osten und dann der Süden. Eben, es ist ganz eindeutig, daß dies momentan die beiden Gefahren sind, die irgendwie gesehen werden. Der Osten ist insofern näher, weil natürlich im Osten ein viel größerer Erwartungsanspruch besteht. Erstens hat man denen immerhin 30 bis 40 Jahre lang gesagt: Ihr könnt nicht so sein wie wir, weil die Mauer zwischen uns steht. Jetzt, wo die Mauer nicht mehr steht, wird es etwas schwieriger, denen zu sagen, ihr könnt nicht so sein wie wir. Von da ist der Druck aus dem Osten sehr groß, und was wir bis jetzt noch nur ahnen, das ist der Desintegrationsprozeß der ehemaligen UdSSR. Jugoslawien ist in diesem Sinn nur ein Vorbote, ein relativ blasser Vorbote. Alle Leute, die die ehemalige Sowjetunion näher kennen, sagen, es wird eine große Spannung entstehen. Meine bescheidene These diesbezüglich ist: Entweder man findet rechtzeitig eine Form des Teilens, sodaß wir dafür auch einen Preis zahlen, also daß das eine Verlangsamung oder einen Stillstand des Wachstums bringt. Andererseits bleibt wirklich nur die Abriegelung, die in unseren Ländern zunehmend an Konsens gewinnt. Oder das Warten, bis die Rechte so stark wird.

**skolast:** Gehen wir davon aus, daß man sich für die Abriegelung entscheidet. Können sie sich vorstellen, daß eine Gemeinschaft, wo einige hineindürfen und andere nicht, eine dauernde und gute Gemeinschaft werden kann?

**Langer:** Möglich ist es schon, wenn man das amerikanische Beispiel anschaut, wo die Abriegelung gegenüber Mexiko und gegen Zentralamerika durchaus funktioniert: Aber das bedeutet einen großen Verlust, und es würde natürlich den Charakter dieser Gemeinschaft sehr ändern. Ich denke da im besonderen an die Ränder – an den Südrand, wo doch die Verquickung und die Verzahnung mit der Mittelmeergesellschaft sehr groß ist. Sich abriegeln, und den Osten bzw. den Süden des Mittelmeeres lateinamerikanisieren, das stelle ich mir als nicht besonders wünschenswertes Integrationsmodell vor, das natürlich große Spannungen bringt. Zudem würde dies intern einen sehr hohen Integrationsgrad erfordern, das heißt es würde voraussetzen, daß sich tatsächlich Italiener, Spanier und Griechen beispielsweise den Schweden und Iren usw. näher fühlen als den Nachbarn im Süden. Aber wie lange sich etwas halten kann, das auf Ungleichgewicht und auf Stärkegefäl-

le beruht, weiß ich nicht. Es kann sich theoretisch so lang halten, bis auf der anderen Seite genügend Kraft akkumuliert ist, das umzuwerfen.

**skolast:** Sie sind in Jugoslawien ziemlich engagiert. Wie ist das jetzt. Haben sie Möglichkeit, auf die politischen Entscheidungen in bezug auf den Jugoslawienkrieg Einfluß zu nehmen?

**Langer:** Parlamente haben die Möglichkeit, auf die Regierungen an sich Einfluß zu nehmen, aber gleichzeitig respektieren die Regierungen nicht immer die Parlamente. Bei der EG kommt noch dazu, daß das EG-Parlament im Vergleich zu einem nationalen Parlament gegenüber der Regierung in einer Position der ungemessenen Schwäche ist. Das heißt im großen und ganzen ein Parlament, das – um es ganz brutal zu sagen – demokratisch legitimierte fromme Wünsche aussprechen darf, aber keine Zwangsmaßnahmen durchsetzen kann, also den Regierungen nicht das Vertrauen entziehen, die Regierungen nicht stürzen und nicht ersetzen kann. Es ist auch in nationalen Regierungen eher selten, daß in einer Konfliktsituation eine Regierung gestürzt wird. Aber ein Parlament hat wesentlich mehr Macht. Also was können wir machen? Ich würde zwei Ebenen unterscheiden: einmal die mehr formelle und einmal die praktische. Auf der formellen Ebene können wir immerhin, und ich würde es nicht ganz unterschätzen, versuchen, eine gemeinsame europapolitische Position zu formulieren. Das europäische Parlament hat im Grunde einmal alle Monate in der Plenartagung eine Jugoslawienresolution verabschiedet, wodurch relativ viel von dem einfließt, was auch von Leuten wie mir und anderen aus verschiedenen Fraktionen, die damit eng befaßt sind, hingebracht wird. Allerdings muß man dazu sagen, daß dann die, die eigentlich die EG am Verhandlungstisch vertreten, also früher Carrington und jetzt Lord Owen, sich daran praktisch überhaupt nicht halten. Die zweite Ebene ist die informelle Ebene: Auf der informellen Ebene ist das Europaparlament eine ganz praktische Institution. Man hat erstens ungemein viel Kontakte. Das europäische Parlament ist, insbesondere für viele Leute und Kräfte und Institutionen und auch Regierungen in Osteuropa und spezifisch auch im ehemaligen Jugoslawien praktisch die nahezu einzige Institution, an die man sich irgendwie auf politischem Wege wenden kann.

**skolast:** Wird es irgendetwas einmal so weit sein, daß es eine europäische Regierung gibt, die das Vertrauen des Parlaments braucht? Sind sich die Regierungen bewußt, daß sie irgendwann einmal Kompetenz abtreten müssen?

**Langer:** Die Regierungen sind sich allzusehr bewußt und wehren sich auch entsprechend dagegen und haben es auch bis jetzt erfolgreich verhindert. Das europäische Parlament ist an diesem Punkt sehr sensibel und fordert tatsächlich Kompetenzen. Jetzt sind in Maastricht einige kleine Schritte nach vorn gekommen, aber die sind schon sehr winzig, also insbesondere, was das Vertrauensvotum gegenüber der Kommission angeht. Die Kommission wird weiterhin nicht vom Parlament ernannt, aber immerhin muß das Parlament sein Vertrauen ausdrücken. Es



gibt die Möglichkeit einer Zensur oder eines Mißtrauensantrages. Allerdings betrifft das immer nur die Kommission, d. h. es betrifft den Teil der Exekutive, der die Gemeinschaftsangelegenheiten verwaltet, und das sind meinetwegen Transport, Umwelt oder Industriepolitik usw., aber man kann nicht einen Außenminister oder einen Regierungschef absetzen oder echt in Schwierigkeiten bringen. Ein Schritt der denkbar wäre, wenn ein starker göttlicher Druck in Europa entstände, wäre, daß das europäische Parlament tatsächlich einen verfassungsgebenden Auftrag bekommt

*skolast:* Ein europaweites Referendum?

*Langer:* Daß z. B. das europäische Parlament zumindest einen Verfassungsentwurf ausarbeitet, und daß der dann z. B. einer Volksabstimmung unterzogen wird. Heute könnte wahrscheinlich eine Bewegung für eine europäische Verfassung in gewissem Sinne einen Integrationsprozeß wieder in Gang bringen.

*skolast:* Wie ist Ihr Verständnis Ihrer Rolle als EG-Parlamentarier; wo Sie zwar über Sachen diskutieren, aber nichts konkret entscheiden können?

*Langer:* Frustration? Es ist eine merkwürdige Situation. Man hat auf der einen Seite als Europaparlamentarier eine Legitimation, die um vieles höher ist als die eines jeden nationalen Parlamentarier, einfach weil es viel mehr Stimmen braucht. Andererseits ist es ein Mandat, das relativ wenig vom Volk kontrolliert wird, was natürlich ein Problem darstellt, denn was im Europaparlament vor sich geht, oder was die Europaabgeordneten tun, und wie weit sie ihren Auftrag wahrnehmen, ist relativ wenig feststellbar. Im Falle des Europaparlaments ist für die Presse alles in weiter Ferne, es gibt kaum eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit, und das, was im europäischen Parlament passiert, wird in vielen Fällen nur dann wahrgenommen, wenn es ein besonderes Kuriosum ist.

Es ist nicht so, daß nichts durchginge von dem, was das Parlament entscheidet oder empfiehlt. Ich würde sagen, daß also ungefähr 60 % auch dann von der Kommission so übernommen werden. Nur sind es oft nicht die relevantesten 60 % von dem, was durchgeht.

Man könnte sagen, in gewissem Sinne ist das Europäische Parlament erstens eine moralisch-politische Institution, mehr als eine wirtschafts-politische Institution. Der zweite Aspekt ist neben diesem vielleicht eine Art große – für den Steuerzahler nicht billige – „Akademie“, wo sich schon so etwas wie eine potenzielle Schicht „europafähiger“ Politiker herausbildet. Allein die Tatsache, daß man in jeder Sitzung mit Leuten aus verschiedenen Ländern zusammen ist, verschiedene Sprachen hört, daß man auf Probleme aufmerksam wird, auch verschiedene politische Systeme kennenlernen, das fängt schon ab.

*skolast:* Andererseits muß man halt sagen, demokratisch ist das ganze nicht.

*Langer:* Demokratisch – ich würde sagen es ist demokratisch im Vorbild, aber was es erreicht, ist irgendwo ein Zeichen von

relativer Ohnmacht der demokratischen Struktur. Sagen wir, wenn ein Staat um Beitritt ansuchen würde, der ein Parlament hätte, das so wenig Macht hat wie das Europäische Parlament, dann müßte die EG sagen, ihr seid keine parlamentarische Demokratie, wir können euch nicht aufnehmen.

*skolast:* Könnten sie sich zufrieden geben, wenn das Parlament einen verfassungsgebenden Auftrag bekommen würde oder wünschen Sie sich, daß er mehr gibt?

*Langer:* Nein, ich würde mir wesentlich mehr wünschen, aber da eben die Situation die ist, daß realistisch die Verlagerung von Macht von der Exekutive auf das Parlament sehr langsam vor sich gehen wird – auch in der europäischen konstitutionellen Geschichte ist eine solche Verlagerung normalerweise mit Beschütterungen verbunden gewesen, eine Revolution, ein Aufstand, ein Krieg, die Souveräne haben im vorigen Jahrhundert normalerweise Macht abgetreten, wenn irgend eine große Beschütterung da war. Ich sehe heute keine Möglichkeit auf eine heilsame Erschütterung in diesem Sinn, und deswegen wird es wahrscheinlich eher graduell gehen, und ich würde einen verfassungsgebenden Auftrag als einen Schritt sehen. Aber genug wäre es sicherlich nicht.

*skolast:* Wie engagiert sind die Europaparlamentarier im Durchschnitt? Wäre es möglich vom Europaparlament aus eine Unvereinbarkeit mit nationalen Mandaten zu erreichen?

*Langer:* Ja. Theoretisch könnte das Parlament eine Empfehlung aussprechen, aber ein Gesetz in diesem Sinn können wieder nur der Rat bzw. die nationalen Parlamente machen. In manchen Ländern gibt es diese Unvereinbarkeit, z. B. in Spanien. Ich möchte ins Feld führen, daß eine gewisse Verzahnung auch dazu führen kann, daß auch etwas gewichtigere Leute im Europaparlament sind. Die Unvereinbarkeit besteht zwischen Europaparlament und Mitgliedern nationaler und regionaler Exekutivorgane z. B. ein Landessassessor oder ein Minister können nicht im Europaparlament sein. Also wenn jemand ein solches Amt annimmt, dann muß er aus dem Europaparlament ausscheiden. Und das finde ich gut, auch weil es wirklich merkwürdig ist, daß jemand gleichzeitig dem exekutiven und legislativen Organ angehört.

*skolast:* Wenn man im Südtiroler Landtag ist, dann kennt man die anderen Abgeordneten. Wie ist die Zusammenarbeit einerseits und die Durchschaubarkeit der ganzen Politik andererseits?

*Langer:* Es ist sicher ein ganz großer Unterschied, das eine ist ein Parlament mit 35 Mitgliedern und das andere mit 518. Das ist ein Land mit 450000 Einwohnern, und dort geht es um 320 Mio. Es ist ein enormer Unterschied. Im großen und ganzen ist man im Landtag theoretisch erreichbar für alle. Wer einen erreichen will, ruft an oder erscheint. Im europäischen Parlament ist erstens alles enorm viel größer, der Apparat um vieles undurchsichtiger. Auch neigt ein planinationaler Apparat mit einer gewissen Tradition, um eine gewisse Kontinuität

zu garantieren, ein bißchen dazu, sich selber zu reproduzieren. Im Parlament selber muß man eine gewisse Spezialisierung akzeptieren. Es ist nicht möglich, zu allen Sachen etwas zu sagen, über alles den Überblick zu behalten, und im Laufe einer Sitzungswoche auch nur zu wissen, um was alles es geht; normalerweise konzentriert man sich auf die Dinge, die in dem Ausschuß behandelt werden, zu dem man dazugehört, und dort lernt man dann auch die anderen Abgeordneten, die Kommissare und Beamten kennen. Dort gibt es die Möglichkeit, dann auch konkret jemanden anzurufen. Vorschläge zu machen, also das funktioniert dann relativ gut. Ich würde sogar sagen, daß die EG-Bürokratie diesbezüglich um vieles sensibler ist als z. B. die italienische. Man wird, sei es als Abgeordneter, sei es als Bürger um vieles ernster genommen, z. B. Termine werden immer eingehalten, Resprechungen werden immer vorbereitet.



*skolast:* Sie haben gesagt, man kann nicht überall alles wissen. Haben Sie das Gefühl, daß die einzelnen Bereiche verfolgt werden, daß es weitergeht, haben sie da gewisse Sicherheiten?

*Langer:* Da kommt sehr viel auf die Fraktion an. Die einzige Garantie ist, daß man einer mit genügend kompetenten Mitarbeitern ausgestatteten Fraktion angehört, die irgendwie dafür bürgt, daß man in allen relevanten Bereichen vertreten ist, und dann kommt's natürlich sehr auf die einzelnen Personen an. Eine größere Fraktion funktioniert normalerweise z. B. so: Jedes Thema wird von einem Parlamentsmitglied in Form eines Berichts vorgelegt, und normalerweise ist es gut, wenn man dazu aus der eigenen Fraktion einen Schattenberichterstatter ernannt. Normalerweise müssen wir uns schon alle aufeinander verlassen können, sodaß wir größere, sensible Probleme rechtzeitig in die Fraktionssitzung bringen, und daß man drüber diskutieren kann und eine Entscheidung trifft, und daß man sich dann an die Entscheidung hält.

*skolast:* Was würden sie sagen als Österreicher: Nicht hinein und warten, bis das alles ordentlich ist, oder hinein und hoffen, daß es dann läuft?

*Langer:* Ich finde an sich gescheiter, daß Österreich hinein geht, aber ich finde es sehr vernünftig, daß jemand die negativen Positionen besetzt, denn wenn alle schlicht für den Beitritt

wären, würde es sehr leicht ausverkaufte Positionen geben. Österreich, die Schweiz, Norwegen wären lauter Teilnehmer der EG, die das Niveau z. B. im Sozial- und Umweltbereich anheben würden, also von da her würde ich mir wünschen, daß eine gewisse Qualitätsveränderung der EG damit verbunden ist. Eine Schlüsselfrage ist die Geschichte der Neutralität, also die EG müßte Island nicht als Ausnahmefall behandeln, sondern den Zustand der Neutralität vorschreiben und, im Gegenteil, es positiv erarbeiten. An sich ist die österreichische Regierung fast auf den Knien herangerutscht. Ich würde mir auch wünschen, daß sich diese Länder möglichst gemeinsame Verhandlungspositionen zulegen, was leider bis jetzt nicht passiert ist. In Sachen Neutralität, in Sachen Umwelt hat man eher den Eindruck, daß die Länder momentan ostentativ getrennt handeln, um zu sagen: Wir bilden

keinen Block, wir werden schon nicht ein schwerverdaulicher Brocken werden, wir sind schon mündgerecht zerstückelt usw., und daß sie ganz starke nationale Interessen um vieles genauer verfolgen.

*skolast:* Wir bekommen EG-Broschüren und Plakate usw. Das schaut nach einem riesigen Werbefeldzug aus. Was glauben Sie, was das für Auswirkung hat auf die Qualität der Gemeinschaft?

*Langer:* Ich habe relativ viele Dinge immer recht infantil gefunden. Ich finde diese Werbung, egal welche Botschaft es ist, ob das eine politische Partei oder eine Konfession oder die EG oder ein Produkt ist, ist halt die Verpackungsform. Ich habe nie besonders darauf geachtet, aber vielleicht nehmen es die Leute ernster, als ich es mir vorstelle.

*skolast:* Ich meine, was hat das zu bedeuten, wenn man Propaganda in dem großen Stil für eine internationale Gemeinschaft macht, das ist noch nie dagewesen. Propaganda in dem Stil. Was bedeutet eine solche Propaganda für die Identität der Leute?

*Langer:* Wirkt sich das aus? Ich weiß nicht. Ich bin mir bis jetzt dessen einfach nicht bewußt. Vielleicht, weil ich mich nie so damit konfrontiert habe, aber ich werde mir das jetzt einmal näher anschauen, denn ich denke mir schon, das kann schon eine gewisse Wirkung haben ...

(Angelika Unterholzner)



## Zur Verantwortung der EG im Jugoslawienkonflikt

„Dies ist die Stunde Europas“, verkündete der luxemburgische Außenminister Jacques Poos Anfang Juli 1991 triumphierend vor der Weltpresse. Zwei Wochen zuvor hatten sich Slowenen und Kroaten von der jugoslawischen Zentralregierung in Belgrad losgesagt. Panzer der Bundesarmee rollten Richtung Ljubljana und Zagreb und versuchten, mit Waffengewalt die Abspaltung der Republiken zu verhindern.

Eilig entsandte die Europäische Gemeinschaft drei ihrer Außenminister auf den Balkan, um den Zerfall Jugoslawiens und die Ausweitung des Bürgerkriegs zu stoppen. Schon nach kurzen Verhandlungen präsentierte der Luxemburger Jacques Poos stolz ein Waffenstillstandsabkommen, verbunden mit dem Versprechen der Slowenen und Kroaten, ihre Unabhängigkeitsbestrebungen für drei Monate auszusetzen.

Es schien, als hätte die EG mit ihrer diplomatischen Blitzmission Erfolg gehabt. Doch die Feuerpause hielt nur einen Tag, und weder Slowenen noch Kroaten dachten im Traum daran, die Sezession von Belgrad zu widerrufen. Auf die Blamage von Brijuni folgte ein diplomatisches Desaster nach dem anderen: Die EG war und ist in ihrer Rolle als Vermittler zwischen den verfeindeten Südslawen hoffnungslos überfordert.

Als Ende Juni 1991 der Bürgerkrieg ausbrach, war die Gemeinschaft mitten

in einer hitzigen Debatte über die eigene Zukunft. Sie besaß keine Erfahrung als Vermittler in Bürgerkriegen. Bis zum offenen Ausbruch der Kämpfe versuchte die EG, Jugoslawien als Einheitsstaat zu retten. Viel zu spät registrierte man, welch verheerender Nationalitätenkonflikt sich anbahnte.

Vielleicht – so der ehemalige außenpolitische Berater Helmut Kohls, Horst Teltschik – hätte ein Staatenbund den Ausbruch des Krieges verhindert, „wenn man allen Republiken die Perspektive der EG-Mitgliedschaft zugesichert hätte. Bis ins Frühjahr 1991 hinein strebten Kroatien und Slowenien nicht die Sezession vom jugoslawischen Zentralstaat an, sondern die Umwandlung in eine Konföderation oder in einen Staatenbund.“ Der Westen versprach dem maroden Land zwar in allerletzter Minute Dollarkredite in Milliardenhöhe, ignorierte aber die immer lauter werdenden Rufe nach Selbstständigkeit der Teilrepubliken. Vor allem die Kroaten waren die politische und wirtschaftliche Bevormundung durch die serbisch dominierte Regierung leid. Die Belgrader Betonköpfe hatten das Land in ein wirtschaftliches Chaos geführt. Vor Beginn des Bürgerkriegs betrug die Inflation in Jugoslawien schon über 2000 Prozent, über zwanzig Prozent der Menschen waren arbeitslos. Der Westen konnte den Ju-

goslawen keine überzeugende Perspektive für eine wirtschaftlich sichere und friedliche Zukunft bieten. Längst schon hatten stramme Nationalisten die Macht übernommen: Der ehemalige General Franjo Tudjman in Kroatien und der kommunistische Apparatschik Slobodan Milosevic in Serbien.

Immer wieder fielen die EG-Untermändler auf ihre Lügen herein. Nicht weniger als fünfzig Waffenstillstandsabkommen vermittelte die EG im ersten Kriegsjahr – alle wurden sie sofort wieder gebrochen. Serben wie Kroaten nahmen die EG niemals ernst: Die Gemeinschaft verfügte über keine eigenen Truppen, die in der Lage gewesen wären, friedensstiftend (peace making) oder friedenserhaltend (peace keeping) einzugreifen.

Eine frühe und ernste militärische Drohung – so das Argument vieler Balkanexperten – hätte den Drahtzieher des Konfliktes, Serbiens Präsident Milosevic, zum Einlenken gezwungen.

Schlimmer noch als die Naivität der EG-Diplomaten wirkte sich ihre Uneinigkeit aus.

Die Mehrheit der zwölf EG-Länder, allen voran Franzosen und Engländer, zögerten, Slowenen und Kroaten als unabhängige Staaten anzuerkennen. Sie forderten, genauso wie der damalige UN-Generalsekretär Perce de Cuchet eine „umfassende Lösung“ für alle Teil-

republiken und warnen vor einer „frühen, selektiven und unkoordinierten Anerkennung“ einzelner Republiken.

Deutschlands ehemaliger Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Helmut Kohl hingegen machten sich – gedrängt von der konservativen deutschen Presse – bald zu Anwälten der Kroaten und Slowenen. Obwohl die Kernfrage des serbisch-kroatischen Krieges nicht gelöst war: Was sollte mit der serbischen Minderheit in Kroatien geschehen, die sich weigerte in einem unabhängigen kroatischen Staat zu leben? Haben die Serben in Kroatien das Recht auf Selbstbestimmung, oder müssen sie sich als Minderheit mit einer kulturellen und politischen Autonomie begnügen?

Im Herbst 1991, als Vukovar in Trümmern lag und serbische Granaten auf Dubrovnik fielen, drohten die Deutschen: Wenn der Westen nicht mitmache, werde man Kroatien und Slowenien im Alleingang anerkennen. Zähneknirschend nur beugten sich die EG-Partner im Januar 1992 dem deutschen Druck.

Die serbische Aggression wurde durch Anerkennung Kroatiens keineswegs gestoppt – wie Kohl und Genscher geglaubt hatten. Alle außerhalb ihres Mutterlandes lebenden Serben fühlten sich durch den internationalen Segen für Kroatien erst recht in ihrer Existenz bedroht – aufgehetzt durch die großserbische Propaganda Belgrads.

Die Lösung des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevics, „alle Serben in einem Staat“, wurde fortan weiter mit Waffengewalt verwirklicht.

Im Oktober 1991 hatte die erfolglose EG-Konferenz in Den Haag allen jugoslawischen Teilrepubliken die Anerkennung der Unabhängigkeit in Aussicht gestellt. Die Regierung Bosnien-Herzegowinas in Sarajewo nahm dies als Signal und organisierte eine Volksabstimmung. Knapp siebenzig Prozent der Bosnier sprachen sich für die Unabhängigkeit aus. Die Serben jedoch, die neben den Moslems die zweitgrößte

Volksgruppe stellen, boykottierten die Abstimmung. Sie weigerten sich, in einem von Moslems „dominierten“ unabhängigen Bosnien zu leben und forderten eine Aufteilung der Republik nach ethnischen Kriterien. Trotz der gespannten Ausgangslage erkannten die EG-Staaten Bosnien-Herzegowina im April 1992 an. Dies führte zwangsläufig zum nächsten Krieg.

Erst im Mai 1992, als die Menschen in Sarajewo längst unter der Belagerung litten, als Mord, Vergewaltigung und Vertreibung durch die Serben schon begonnen hatten, rangen sich EG und UNO zu Wirtschaftsanktionen gegen „Restjugoslawien“ (Serbien und Montenegro) durch. Das EG-Mitglied Griechenland aber lieferte heimlich Öl nach Serbien und machte

Im Sommer 92 scheiterte die zweite von der EG einberufene Konferenz in London. Der Krieg in Bosnien eskalierte. Nach dem Holländer Hans van den Broek, gab Ende August der zweite EG-Vermittler, Lord Carrington unfähigkeit seinen Rücktritt bekannt. Seitdem verhandelt Lord David Owen im Namen der EG mit Serben, Kroaten und Moslems. Ebenso glücklos wie zuvor.

Der von ihm und dem UN-Vermittler Cyrus Vance ausgeklügelte Friedensplan für Bosnien-Herzegowina scheiterte am Widerstand der bosnischen Serben.

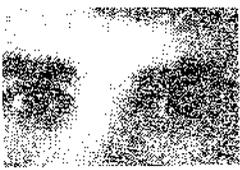
Die ohnehin angeschlagene Einheit der Gemeinschaft wurde weiter untergraben, als die Deutschen gegen den erklärten Willen Lord Owens Hand in Hand mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton einen Militärschlag forderten. Mit Blick auf ihre in Bosnien stationierten UN-Truppen lehnten London und Paris Luftangriffe gegen serbische Stellungen ab, verweigerten auch der Militärlieferung für die unterlegenen Moslems ihre Zustimmung.

Heute steht die EG vor den Trümmern ihrer „Jugoslawien-Politik“: Noch immer herrscht kein Frieden auf dem Balkan, Millionen von Menschen mußten fliehen, über 200.000 sind ermordet worden, Tausende wurden gefoltert und vergewaltigt.

Weder das Problem der serbischen Rebellion in Kroatien, noch die bange Frage nach der Zukunft Bosnien-Herzegowinas ist gelöst. Die von Jacques Poos großmäutig verkündete „Stunde Europas“ ist fast zweieinhalb Jahre nach dem Ausbruch des grausamen Bürgerkrieges zur „Schande Europas“ geworden.

dank  
des Em-  
b a r g o s  
prächtige Ge-  
schäfte.

*Gabriel Gräner, geboren 1963 in  
Mals, arbeitet seit 1991 als Auslands-  
redakteur des STERN in Hamburg.*



## Die Europäische Union will Frieden, bringt aber Weltkonflikte

### *Nur eine entpolitisierte Wirtschaftsordnung kann zur globalen Entspannung beitragen*

Wenn Produktion und Handel unter normalen geschäftsmäßigen Bedingungen nur für zivile Zwecke und ohne störende politische Nebenabsichten betrieben werden, können sie zum Frieden auf Erden beitragen. Dies weiß eigentlich jeder denkende Mensch, aber in der Weltpolitik wird es immer wieder vergessen – oder besser: ignoriert. Unter Umständen kann gewöhnlicher ziviler Handel sogar eine drohende Kriegsgefahr abwenden oder jedenfalls dämpfen. Dies soll hier zunächst mit einem wenig bekannten Beispiel aus einem anderen Weltteil veranschaulicht werden.

### *Wassermelonen im Dienste des Friedens*

Nach dem Zusammenbruch der chinesisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1960/61 war ein totaler Kernwaffenkrieg zwischen den Riesenstaaten so nahe wie vielleicht niemals in der Geschichte der heutigen Zeit. Millionenarmeen lauerten schußbereit an beiden Ufern des Amur, und auf dem Eise des Nebenstroms Ussuri gingen im Frühjahr 1969 Soldaten mit Bajonetten, Automaten und schwerer Artillerie aufeinander los (mehrere Hundert wurden getötet). Diese ständige Kriegsbereitschaft war natürlich ungeheuer kostspielig und für fast alle Beteiligten sehr belastend. In den 70er und 80er Jahren wurden tatsächlich Teile der Armeen wieder zurückgezogen. Aber das Mißtrauen auf beiden Seiten verblieb abgrundtief. Die Grenzen waren nach wie vor strengstens gesperrt. Da ergriffen im September 1987 Chinesen in der Grenzstadt Heihe eine eigene Initiative. Die Ernte von Wassermelonen war gut

gewesen. Es bestand ein Überschußlager von 208 Tonnen, womit keiner etwas anfangen konnte. Jemand kam auf eine gute Idee. Eine rote Flagge wurde gehißt, und aus dem einen Kilometer entfernten russischen Blagowestjensk am anderen Ufer kam ein Antwortsignal. Danach wurden Melonen in Booten herübertransportiert. Der Kommerz ging ausgezeichnet. Das kleine Ereignis wurde zum Startpunkt für einen Verkehr, der lawinenmäßig wuchs und von den beidschigen Behörden nicht verhindert wurde – oder nicht verhindert werden konnte. Bald fingen sie an, ihn zu fördern. Aus dem russischen Gebiet kamen Holz, Düngemittel und Einkaufswaren für den täglichen Bedarf. Die Chinesen lieferten Textilien, Elektronik und – natürlich – die beliebten Wassermelonen. Man begann mit Tauschhandel, dann kam immer öfter Geld zur Verwendung. Mehr und mehr Touristen überquerten den Fluß. Russen und Chinesen fingen an, einander zu „entdecken“. Seitdem hat der Handel zwischen Rußland und China immer mehr zugenommen und damit auch das gegenseitige menschliche Verständnis.

Wenn man sich nun vorstellt, daß die Russen die chinesische Initiative als vom Spionagedienst inspiriert aufgefaßt hätten – etwa um die militärischen Anlagen in Blagowestjensk näher zu besichtigen –, hätte die Affäre selbstverständlich eine andere Wendung genommen. Die Beziehungen können nur dadurch fruchtbar werden, daß sie zunächst als „politisch unbelastet“ empfunden wurden und auch später wenigstens vorläufig in Ruhe sich weiterentwickeln dürfen.

### *Die Ursprünge der Europäischen Gemeinschaft*

Entwicklungen dieser Art haben sich bekanntlich in allen Zeiten und in aller Welt vollzogen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist die Aufnahme der Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Bedürfnis der französischen Industrie nach Ruhrkohle und

das der deutschen Industrie nach Eisenerz aus Lothringen bestand schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, aber die eigentlich selbstverständlichen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Völkern wurden immer wieder erschwert durch Zollschranken, Kriege, Okkupationen, militärische Übergriffe, politisch geschürten Völkerhaß und andere unproduktive staatliche Aktivitäten. Erst in der Zeit nach 1945 wurde der Handel wieder erlaubt und von politischer Seite energisch gefördert.

Jean Monnet, der „Vater Europas“, und seine mächtigen politischen Gesinnungsgenossen in Frankreich und in den Nachbarländern, wirkten nach dem Zweiten Weltkrieg energisch und erfolgreich für eine große und vielversprechende Idee, nämlich die vollständige wirtschaftliche Integration der europäischen Völker. Endlich, nach diesem schrecklichsten der vielen furchtbaren europäischen Kriege, sollte der geplagte Kontinent durch vernünftige ökonomische Initiativen zur Ruhe kommen. Der Anfang kam durch die „Kohle- und Stahlunion“ im Jahre 1951. In den kommenden Jahren wuchs der gegenseitige Handel mit erstaunlicher Schnelligkeit. Im Kielwasser der wirtschaftlichen Beziehungen folgten der Tourismus, der Kulturaustausch und ein wachsendes gegenseitiges Verständnis.

Das Tempo des Stimmungswechsels kann an Hand französischer Opinionsuntersuchungen studiert werden. Eine „gute Meinung“ von der Bundesrepublik hatten 1954 nur 9 Prozent der befragten Franzosen. Zehn Jahre später war die Zahl auf 53 Prozent gestiegen. „In der jungen französischen Generation schwand jenes traditionelle, so nachhaltig von der deutschen Frage bestimmte Geschichtsbild; gegenüber dem Nachbarn setzte sich, wie man die Umfrageergebnisse realistisch interpretieren sollte, ein Gefühl der Indifferenz durch, das sich sicherlich, im Kontrast zur eigenen Situation, mit einer gewissen Bewunderung für die Stabilität des westdeutschen Wirtschafts- und Regierungssystems mischte.

Die Männer, die zusammen für den Anschluß der Benelux-Länder und Italiens wirkten, und dann am 25. März 1957 auf dem Capitol in Rom den Vertragstext der werdenden Gemeinschaft unterzeichneten, waren der für sie selbstverständlichen Überzeugung, daß Garantien für einen dauerhaften europäischen Frieden niemals durch eine bloße wirtschaftliche und kulturelle Integration der teilnehmenden Nationen erbracht werden könnten, und daß das einzige Mittel zur Vermeidung neuer schwerer Konflikte ein möglichst baldiges politisches Zusammengehen sei.

Bis zur Verwirklichung dieser Pläne hatte die Europäische Gemeinschaft bekanntlich einen langen Weg mit ständigen politischen Krisen zu gehen. Aber ganz unabhängig von diesen Schwierigkeiten besserte sich – wie wir eben sahen – das Verhältnis zwischen den „Erbfeinden“, den Franzosen und den Deutschen, ganz erheblich schon Jahrzehnte vor dem Vertrag von Maastricht.

Gegenseitige staatliche Initiativen waren selbstverständlich nötig, um einigermaßen unbehinderte wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen überhaupt zu ermöglichen. Aber als die Menschen einmal angefangen hatten, die erweiterten Freiheiten auszunutzen, trieben sie ganz von selbst die Entwicklung voran – in Richtung eines schrittweise vertieften Friedens zwischen den Völkern.

## Immer mehr Bestimmungen

„Zuerst eine Zollunion, dann eine Wirtschaftsunion und dann eine politische Union“ – so beschrieb Walter Hallstein, der erste Präsident der EWG-Kommission, die Reihenfolge der in den Römischen Verträgen vorgesehenen drei großen Schritte.

Eine Zollunion mit niedrigen, stufenweise abzubauenen Tarifen für den gemeinsamen Binnenmarkt und etwas höheren Zollschranken nach außen wurde am 1. Juli 1968 verwirklicht. Dieser erste Schritt war noch verhältnismäßig am einfachsten zu absolvieren und verlangte kein Übermaß an gesetzlichen Bestimmungen.

Viel schwieriger wurde es, eine reale Wirtschaftsunion durch die Standardisierung von Maßen und Gewichten, Formaten, Materialien, Qualitäten und Verpackungen von Handelsprodukten und gemeinsame Bestimmungen für beispielsweise Grenzpassagen und Umsatzsteuern auszuarbeiten. Als notwendige Folge dieser Bemühungen ergaben sich gemeinsame Vorschriften für Polizeikontrollen und für den Empfang bzw. Nichtempfang von Flüchtlingen aus anderen Weltgebieten. Es handelt sich um eine Riesearbeit, die beispielsweise in der Welt der Industrie schon jetzt zu durchgreifenden Konsequenzen geführt hat. Im vergangenen Herbst wurde berechnet, daß an 400.000 Produkte die von der Kommission verlangten Standardisierungsprozeduren durchgemacht hatten.

Die bisherigen Verordnungen und Direktiven sollen angeblich etwa 80.000 Druckseiten umfassen. Viele dieser Bestimmungen sind unglaublich detailliert. In den europäischen Witzblättern haben sich Journalisten zur Entrüstung führender Kommissionsmitglieder sattsam mokiert über die präzisen Regelungen der Krümmung von Gurken und den erlaubten Mindestdurchmesser von Äpfeln. Namhafte Nationalökonomien haben von diesem bürokratischen Gigantismus Abstand genommen und kämpfen innerhalb der EG energisch für eine liberalere Ordnung (bzw. in Nichtmitgliedstaaten gegen einen Anschluß an die EG).

Von anderen Seiten wird die jetzige Gesetzgebung deshalb kritisiert, weil sie in gewisser Beziehung zu fahrlässig ist. Die Grundidee des ganzen Systems ist ja, alle Hindernisse für die Freiheit des Verkehrs und des Handels aus dem Wege zu räumen. In Fällen, wo es noch keine gemeinsamen Bestimmungen gibt, gilt das „Cassis de Dijon-Prinzip“, nach dem eine Ware, die in einem der EG-Länder erlaubt ist, auch in allen übrigen Staaten verkauft werden darf (Beispiel: Weil in Spanien DDT verwendet werden darf, soll dies wenigstens vorläufig auch im ganzen Gemeinschaftsgebiet möglich sein). Gründlich durchdachte nationale Bestimmungen zum Schutz gegen Luft- und Wasserverschmutzung, chemische Bekämpfungsmittel, Arzneien mit gefährlichen Nebenwirkungen usw. sind in manchen Fällen einfach als „Handelshindernisse“ aus dem Wege geräumt und durch toleranteren Verordnungen ersetzt worden. Dies dürfte zum Teil damit zusammenhängen, daß die Kommission in Brüssel sich für die Wünsche und Ratschläge der Großindustrien – die durch Tausende von fest angestellten Lobbyisten dort vertreten sind – in vielen Fällen als äußerst heilhörig erwiesen hat. Ideelle Bewegungen mit besonders hohen gesundheitlichen Ambitionen und – meistens – einem sehr erheblichen Mangel an Geldmitteln haben sich dagegen öfters vergeblich mit ihren Problemen an die Kommission gewendet.



## **Frieden nach innen – Konflikte nach außen**

Trotz aller berechtigter Kritik, die gegen die jetzt vorliegende Gesetzgebung der EG gerichtet werden kann, muß betont werden, daß die Organisation in einer grundlegenden Hinsicht ihr bisheriges Hauptziel mit aller Wahrscheinlichkeit erreichen wird. Wenn alle rechtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind, daß die Einwohner frei wählen können, wo sie wohnen, studieren und arbeiten wollen, wenn Waren, Dienstleistungen und Kapital ohne weiteres im ganzen Gebiet unbehindert ausgetauscht werden können, und wenn die Angehörigen der verschiedenen Nationen durch Wohnort, Tätigkeit, Familienbildungen und andere menschliche Beziehungen in der vielfältigsten Weise miteinander verbunden werden – dann erscheint es unvorstellbar, daß Deutsche und Franzosen oder andere Unionsvölker wieder gegeneinander in den Krieg ziehen können.

Aber dies kann schon innerhalb der jetzigen Organisationsform erreicht werden. Um den Frieden zwischen den Mitgliedsländern zu erhalten und zu fördern, braucht es keine Union.

Eine europäische Staatsbildung mit 330 Millionen Einwohnern (vielleicht noch viel mehr, wenn neue Staaten hinzukommen), einer gewaltigen industriellen Kapazität und einem enormen Rüstungspotential wird sich fast sofort zum Rang einer neuen „Supermacht“ erheben und als solche betrachtet werden.

Es kommt hinzu, daß in der Verfassung dieser kommenden Union eine außerordentlich starke, mehr oder weniger autoritäre politische Führung verankert ist.

Wenn eine solche Union mit einem solchen Regierungssystem zustandekommt, dann sprechen – tragischerweise – die bisherigen geschichtlichen Erfahrungen eindeutig dafür, daß eine Staatsbildung dieser Art einfach durch ihre Existenz zu schweren außenpolitischen Konflikten Anlaß geben kann.

## **Staatsfusionen sind selten – und haben große Wirkungen**

Im Wirtschaftsleben sind Fusionsierungen relativ häufig. Sie kommen normalerweise dadurch zustande, daß einer – oder beide – der in Frage kommenden Partner sich in einer finanziellen Notlage befindet, und daß die Verantwortlichen damit rechnen, durch ein Zusammengehen die Wirtschaftlichkeit des eigenen Unternehmens entscheidend zu verbessern. Einige der führenden Leute müssen sich dann meistens damit begnügen, zurückzutreten oder eine – formal gesehen – etwas bescheidenere Position als bisher einzunehmen. Wenn die ursprünglichen Berechnungen stimmen, werden diese Verzichtse aber dadurch belohnt, daß das gesamte neugebildete Unternehmen nicht nur ein jährliches Plusausstoß, sondern auch einen weiteren Tätigkeitsbereich und ein höheres Prestige erhält, als einer der Partner für sich allein jemals hätte erreichen können.

In der Welt der Staaten kann es ähnlich zugehen. Nur sind hier Fusionierungen relativ ungewöhnlich, weil es sich dann in so sehr hohem Maße um Machifragen handelt, und weil die Befugnisse der betroffenen Regierungen so spürbar eingeschränkt

werden müssen. Aber wenn ein Zusammengehen stattfindet, dann kommt, falls es sich um größere Staaten handelt, eine ungeheure Zusammenballung von wirtschaftlicher und politischer Macht zustande.

In der Geschichte der neueren Zeit gibt es, in der westlichen Welt, drei hauptsächlich Beispiele: die Bildung der Vereinigten Staaten 1783, die Einigung Deutschlands 1871 und die Gründung der Europäischen Union 1991–1993. Eine Fusion pro Jahrhundert.

Die dominierende Rolle der USA in der Weltpolitik braucht hier nicht besonders beschrieben zu werden. Weil es sich in diesem Fall um Europa handelt, liegt der Vergleich mit dem wilhelminischen Deutschland wohl näher zur Hand. Die Ähnlichkeiten dieser Staatsbildung mit der geplanten europäischen Union sind größer, als man sich beim allerersten Nachdenken vielleicht vorstellen könnte.

## **Die Einigung Deutschlands und ihre weltpolitischen Wirkungen**

Seit Jahrhunderten hatten scharfsinnige und erfahrene Staatsmänner von Richelieu bis Metternich prophezeit, daß eine eventuelle Einigung Deutschlands die politischen Verhältnisse in Europa vollständig revolutionieren würde. Sie bekamen recht. Nach der Ausrufung des neuen deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 erfolgte ein schneller Abbau aller Gesetze, die das Anblühen des Handels und des Industrialismus innerhalb des neuen Staatsgebietes hätten verhindern können: „Der Staat, autoritär im Politischen, aber liberal im Wirtschaftlichen, gibt dem Kapitalismus, was er haben will: Aktien- und Wechselrecht, einheitliche Handelsgesetzgebung, Konzentration der Banknotenausgabe, Vereinfachung des Münzwesens, der Maße und Gewichte. Tolle Erwerbsgier erfaßte breite Schichten des Bürgertums und der Aristokratie. Es sind die Gründerjahre 1871 bis 1874, während derer nicht weniger als achthundert-siebenundfünfzig Aktiengesellschaften mit einem Kapital von über vier Milliarden Mark gegründet wurden ... Die deutsche industrielle Gesamtproduktion überfüllt in den siebziger Jahren die französische, erreicht die englische etwa um 1900, übertrifft sie 1919 um ein Beträchtliches; damals steht sie nur der nordamerikanischen nach. In Deutschland leben um 1830 vier Fünftel der Bevölkerung auf dem Lande und von der Landwirtschaft; 1860 drei Fünftel, 1882 zwei Fünftel, 1895 kaum mehr als eines. In dem Staatswesen, dem man nie auch nur die Kraft industrieller Organisation zutraute, welche Frankreich bewies, ist binnen vierzig Jahren die zweitstärkste Energiequelle der Erde entstanden. Das ist der Kern der deutschen Geschichte in jener Zeit.“ So wurde die deutsche Industrie zu einer Weltmacht, und für die Gipfelgestalten des autoritären deutschen Staatswesens war der Aufbau einer globalen Großmacht nur die notwendige logische Folgerung dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Die Serienproduktion von U-Boot und ungeheuren Schlachtschiffen war in erster Linie eine Symbolhandlung, um die „Seegeltung“ Deutschlands zum Ausdruck zu bringen und gab außerdem Wilhelm II. die Gelegenheit, sich als „Admiral des Atlantiks“ zu proklamieren. Weder der Kaiser noch seine Minister wollten ei-



China, 1990

gentlich einen großen Krieg provozieren – sie wollten nur damit drohen. Aber gerade dadurch wurden sie an seinem Ausbruch beteiligt.

Die gewaltige Produktionskapazität der deutschen Kriegsindustrie und das ständige Waffengeklirr der deutschen Führerschicht gaben den konkurrierenden Großmächten den Anlaß (oder den Vorwand, wie man es will) zur Bildung von ganz neuen weltpolitischen Konstellationen. England, Frankreich und Rußland, die immer, in Krieg und Frieden, durch ihre gegenseitigen Feindschaften für ein labiles militärpolitisches Gleichgewicht in Europa und der ganzen Welt gesorgt hatten, gingen schrittweise nach diffizilen und komplizierten außenpolitischen Kursveränderungen zum ersten Mal in der Geschichte zusammen, um die neu hinzugekommene und gefährlich werdende deutsche Weltmacht gemeinsam bekämpfen zu können.

Von den zwei Weltkriegen und von den anderen katastrophalen Folgen, die sich dadurch ergaben, wissen wir alle genug und übergenug.

## Zukunftsperspektiven

Es ist wahr: Von der EG hat niemand bisher ein Waffengerassel vernommen. Aber die Großmachtambitionen sind um so deutlicher spürbar.

Im „Spiegel“ Nr. 42/1991 erschien, kurz vor dem Vertrag von Maastricht, ein bemerkenswertes Interview mit Jacques Delors, „der nach Aussage von Untergebenen die EG-Behörde mit ihren 17 Kommissaren und rund 10.000 (nunmehr 18.000!) Beamten aus zwölf Ländern so unerbittlich befehligt wie ein Offizier der Fremdenlegion sein Wüstenfort“ (dies war das begleitende Urteil der Zeitschrift). Delors äußerte:

„Nicht nur Europa, die ganze Welt schaut auf uns. Der Aufbau eines großen Europa ist nur sinnvoll, wenn wir bereit sind, uns der historischen Verantwortung zu stellen. Aus der dynamischen Wirtschafts- und Handelsmacht, die wir schon sind, muß eine politische Großmacht hervorgehen. Sonst ist zu befürchten, daß sich die Gemeinschaft am Ende auflöst. Ich (!) bin

nicht bereit, kommenden Generationen ein schwaches, von der Geschichte an den Rand gedrängtes Europa zu hinterlassen.“ In dieser Bemerkung braucht man nur das Wort „Europa“ gegen „Deutschland“ auszutauschen – und man hätte eine Äußerung, die ebensogut von Kaiser Wilhelm II. hätte herrühren können (wahrscheinlich hat er in Wirklichkeit immer wieder ähnliche Formulierungen verwendet).

Daß eine politische Einigung in Europa gewaltige Wirkungen in der Welt hervorrufen wird, steht außer jedem Zweifel.

In arabischen Staaten, wo frühere Taten und Untaten der Westmächte immer einen besonders wirksamen Agitationsstoff gebildet haben, wird das Gefühl der Bedrohung vielleicht am stärksten sein. Auch im Fernen Osten gibt es, seit den Zeiten der europäischen Kolonialherrschaft, tiefe Ressentiments, die leicht zu neuem Lebens erweckt werden könnten.

Aber es ist – letzten Endes – gar nicht sicher, daß die Großmachtsvisionen von Delors und anderen Gleichgesinnten verwirklicht werden. Die Europäer sind heute anders als vor hundert oder zweihundert Jahren; individualistischer, viel weniger geneigt als früher, sich einem autoritären Großmachtregime zu unterwerfen.

Wenn die geplante europäische Union zuletzt an der Uneinigkeit der beteiligten Politiker und vor allem an dem wachsenden Widerstand der Bürger scheitert, dann besteht vielleicht die Aussicht auf eine schrittweise „Entstaatlichung“ des ganzen Projektes. Damit könnte die Europäische Gemeinschaft wieder an ihre ursprünglichen und primären Ziele anknüpfen. Durch eine bloße Handels- und Wirtschaftsunion, die sich ohne Großmachtambitionen nach und nach über immer weitere Gebiete ausdehnt, könnte Europa tatsächlich einen kraftvollen Einsatz für den Weltfrieden leisten. Denn nur eine „entpolitisierte“ Wirtschaftsordnung kann zur globalen Entspannung beitragen.

*Mit freundlicher Zustimmung des Autors dem „Goeitheatrum“ (Wochenschrift für Anthropologie) Nr. 2/1993 entnommen.*

*Frans Carlgren aus Schweden hat einige interessante im Goeitheatrum veröffentlichte Artikel zur EG geschrieben.*



## L'EUROPA DELLE DONNE, L'EUROPA DEI MERCANTI



Affronterò qui il tema dell'Europa Unita da un punto di vista delle donne in Europa, e specificamente delle donne nell'Europa del lavoro. Attualmente, dopo Maastricht, vi è un clima di ufficiale euforia e generale attenzione verso le finalità economiche, politiche e monetarie del progetto, mentre lo stesso non si può dire per le politiche sociali, quelle appunto che riguardano direttamente tutte e tutti coloro che "mercanti" non sono. Insomma, osservata da questo punto di vista, sembra che si stia costruendo la Comunità "senza i lavoratori" e senza le donne. In tutta Europa continua a crescere la presenza femminile nel mondo del lavoro, ma l'aspetto che caratterizza ovunque il fenomeno sta nella concentrazione femminile soprattutto nei settori più dequalificati dell'industria, del terziario e dei servizi che dopo il c.d. mercato unico di Maastricht saranno, e già sono, fortemente sconvolcati da nuove crisi e riduzioni di posti di lavoro. Si profila così per le donne un aumento della precarietà, del lavoro sommerso e nero.

E c'è un altro fenomeno da tenere sotto osservazione, che consiste nell'addensamento di sempre più donne nelle nuove fasce di povertà (si pensi alle famiglie monoparentali, separate-divorziate con figli a carico, anziane più longeve con la sola pensione di reversibilità etc.). E la politica della CEE cosa fa con tutto questo? Ha adottato strumenti efficaci per contrastare la gigantesca operazione di redistribuzione del potere economico portata avanti dai grandi gruppi padroni della produzione industriale affinché questa non venga fatta sulla pelle delle donne, lavoratrici e non?

## **NORMATIVA CEE SU DONNA ...**

Segue un breve excursus della normativa comunitaria che si occupa specificatamente della donna trattando espressamente la parità-uguaglianza.

Già nel **Trattato di Roma del 1957** l'articolo 119 sancisce il principio della parità di retribuzione fra uomo e donna. Pensando all'epoca in cui è stato formulato tale articolo e soprattutto allo spirito che allora permeava l'intero progetto CEE (obiettivo prioritario il libero mercato e la libertà della concorrenza pura) si possono capire i limiti della parità ivi sancita che riguarda solo la parità di retribuzione, riferita ad uno stesso lavoro, neanche a lavori della stessa qualità. Comunque dalla citata disposizione ha preso le mosse la successiva normativa comunitaria (attraverso sentenze C.d.G., regolamenti e soprattutto direttive) sulla parità-uguaglianza fra uomo e donna. Ne illustro brevemente le più importanti:

**DIRETTIVA 75/117:** Armonizzazione delle normative statali in relazione al principio dell'uguaglianza di retribuzione fra lavoro uomo e donna;

**DIRETTIVA 76/207:** Uguaglianza di trattamento fra uomo e donna in relazione all'accesso al lavoro, alla formazione, promozione professionale e alle condizioni di lavoro;

**DIRETTIVA 79/7:** Uguaglianza fra uomini e donne nella materia della sicurezza sociale;

**DIRETTIVA 86/378:** Uguaglianza uomo-donna nel regime professionale della sicurezza sociale;

**DIRETTIVA 86/613:** Applicazione del principio di uguaglianza uomo-donna che esercitano attività indipendenti, agricole;

**DIRETTIVA 92/6826:** In materia di maternità.

Le direttive 75/117 e 76/207 riprendono il principio di uguaglianza nelle retribuzioni sancito dall'art.119 del Trattato, estendendolo al lavoro di eguale valore e affermandolo per le varie fasi di un rapporto lavorativo dall'assunzione al licenziamento.

Inoltre la dirett. 76/207 mira a promuovere, nei settori nei quali si applica, la pari opportunità tra uomini e donne al fine di porre rimedio alle disuguaglianze di fatto che colpiscono le donne. Troviamo pertanto nel 1976 a livello comunitario un primo espresso riferimento alle azioni positive sulle quali tornerò appena finito di illustrare per grandi linee le citate direttive.

La direttiva 79/7 che sancisce l'uguaglianza uomo-donna in materia sociale comporta che il principio di parità di trattamento implica l'assenza di qualsiasi discriminazione, direttamente o indirettamente fondata sul sesso, in particolare mediante riferimento allo stato matrimoniale o di famiglia, specificatamente per quanto riguarda: il campo di applicazione dei regimi e le condizioni di ammissioni agli stessi, l'obbligo di versare i contributi ed il calcolo degli stessi, maggiorazioni per assegni familiari, durata e mantenimento delle prestazioni.

La direttiva 92/6826 che regolamentando la maternità delle lavoratrici detta norme che in comparazione con quelle italiane e di altri stati europei (p.e. Germania, GB) sono estremamente peggiorative. Di questo però vi parlerò nella fase conclusiva

della presente relazione, quando cercheremo di capire quali vantaggi e svantaggi può portare la CEE per le cittadine dei singoli stati membri.

## **PARITÀ - UGUAGLIANZA - DIFFERENZA - PARI OPPORTUNITÀ**

L'analisi di come i diritti relativi alle donne sono stati e saranno prevedibilmente iscritti nel quadro giuridico comunitario riporta immediatamente al dibattito sul concetto di parità, di discriminazione e di differenza che è in atto fra le donne di vari paesi europei.

Qual'è oggi il concetto di uguaglianza presente nelle Carte Costituzionali e nelle legislazioni dei diversi paesi? E qual'è d'altra parte il significato che si vuole attribuire alla valorizzazione delle differenze?

### **... NEL DIRITTO**

È non dimentichiamo che l'annoso dibattito su parità-uguaglianza-differenza assume nel diritto un significato particolare come hanno molto efficacemente illustrato le giuriste della Libreria delle donne di Milano, con il loro libro del 1989 "Non credere di avere diritti". E infatti, non credere di avere diritti in questo sistema di diritto, nazionale o sovranazionale che sia, che è sin dalle origini stato pensato, scritto, riscritto da uomini e che tuttora in gran parte è applicato da uomini. Il tanto lodato diritto "neutrale" e per ciò stesso giusto, non esiste. Non vi è un neutro nel diritto, né potrebbe esserci visto che la società non è formata da esseri neutri, ma da uomini e donne. Pertanto il diritto attualmente non è neutro, ma di parte, precisamente per le ragioni storiche e culturali a cui ho accennato sta dalla parte degli uomini. È frutto e parte del sistema patriarcale dominante, che ne influenza la creazione, interpretazione ed applicazione. Ed è pensato per risolvere i conflitti fra uomini, e non quelli affatto diversi delle donne.

Le donne non hanno nella storia del diritto (e non solo lì) creato o trovato un luogo per le loro parole e per questo motivo i desideri e bisogni specifici delle donne non hanno trovato voce e spazio, soprattutto in un ambito così marcatamente patriarcale come il diritto. Per le donne (basta seguire i risultati dei processi) la legge spesso equivale a ingiustizia, perché ancora oggi si applica la legge in nome di un artificioso presunto "neutro" (che di fatto corrisponde al sistema di valori maschili) senza alcuna considerazione delle differenze esistenti fra uomo e donna.

### **... NELLA CEE**

Il dibattito tuttora ancora molto vivo sulle predette questioni, che qui ho illustrato veracemente in modo molto sintetico, ovviamente si riflette su tutto il diritto, compreso quello comunitario.

La Carta Sociale è un chiaro esempio di come enunciazioni di diritti fondamentali dei cittadini (neutri) rimangono sulla



carte se non si considera la differenza di genere. Se la Carta Sociale deve tutelare gli interessi del lavoro dipendente, non potrà farlo in modo neutro. La forte presenza femminile nel mondo del lavoro non può essere appannata o ricondotta come sempre al diritto dei "lavoratori", genericamente comprensivo di tutti i soggetti, ma deve essere pienamente riconosciuta. La CEE deve dare esplicito spazio al diritto delle lavoratrici. Altrimenti succede quello che già conosciamo dalle legislazioni nazionali che, nonostante l'espressa previsione in termini di pari opportunità o parità di una parte dei diritti per le donne, continua a lasciare queste nella parte più svantaggiata della società, in senso non di vittimismo, ma di reale condizione all'interno del sistema di svantaggio economico e politico.

Comunque bisogna dire, e le direttive sopra illustrate lo confermano, che la Comunità Europea ha già dagli anni settanta emanato provvedimenti di vario grado di diritto comunitario che hanno puntato sul principio della parità sostanziale riconoscendo i limiti impliciti di una produzione di normative di parità che non tenessero conto della diversità dei ruoli dei soggetti ai quali esse si rivolgono.

Il diritto comunitario egualitario e le sue interpretazioni attraverso la C.d.G. hanno di certo influenzato l'interpretazione e l'applicazione del diritto nazionale, ma di certo si può e si deve auspicare di più.

Uno dei concetti introdotti dal diritto comunitario nei sistemi legali degli stati membri è quello della "discriminazione indiretta". Il concetto lo troviamo esplicitamente nella direttiva sull'uguaglianza di trattamento, in quella relativa alla sicurezza sociale e in quella relativa ai progetti occupazionali. E' innegabile che il concetto di discriminazione indiretta pone non pochi problemi, sia perché le legislazioni dei singoli stati non vietano espressamente tali discriminazioni, sia perché non vi è una definizione chiara negli strumenti comunitari di tali fattispecie. A differenza della discriminazione diretta, che può essere descritta come un trattamento di solito meno favorevole di una persona basato sul sesso, la discriminazione indiretta è molto più difficile da distinguere e da stabilire. Comunque la C.d.G., dopo alcune iniziali reticenze ed incertezze, ha fissato le pietre angolari in una sentenza (caso Bilka) che così può essere riassunta:

*"L'uso di un criterio "neutrale" può toccare in maniera consistente persone di un sesso piuttosto che di un altro. Questo può produrre discriminazioni indirette, a meno che le persone che hanno attivato tale criterio non provino che il comportamento è obiettivamente giustificato. L'obiettiva giustificazione include due separate "sub prove". In primo luogo, l'obiettivo perseguito dovrebbe legittimare tale comportamento; in secondo luogo, una volta stabilito che l'obiettivo è legittimo, i mezzi utilizzati per raggiungerlo dovrebbero essere appropriati e necessari. Se l'obiettivo può essere raggiunto attraverso altri metodi, meno o non discriminatori, non ci sarà giustificazione."*

Quindi inversione dell'onere della prova che così viene adossato a chi sembra attuare la discriminazione indiretta. A

prima vista sembra facile ed efficace. Ma si pensi alla molteplicità di comportamenti che possono attuare una discriminazione indiretta: limiti di età, forza fisica, mobilità geografica, licenze di lavoro part-time, livelli di formazione professionale per accedere a posti più qualificati, trattamenti di sicurezza sociali inferiori perché commisurati a salari (di media più bassi per le donne) etc. etc. ...

L'estrema indeterminazione dei comportamenti e la più varia valutazione degli stessi lascia ampio gioco ai giudici nazionali e la mancanza di chiare indicazioni da parte della C.d.G. sugli interventi concreti lascia nuovamente sulla carta ciò che dovrebbe entrare nella pratica (si pensi alla L.125/91 italiana che sinora, nonostante l'inversione dell'onere della prova ha avuto scarsissima applicazione).

Quindi si positività che inizi ad apparire a livello comunitario, e sia poi recepito a livello nazionale, il concetto di discriminazione indiretta. Esso comporta una soluzione mediata al problema del rapporto esistente tra normative antidiscriminatorie e normative di parità, alla tensione tra l'affermazione della uguaglianza come parametro generale di riferimento per giustificare le azioni positive verso i soggetti colpiti da discriminazioni e la necessità di interpretare dinamicamente quello stesso concetto di uguaglianza per poter valorizzare le differenze.

A tale scopo le azioni positive hanno l'obiettivo non solo di colpire le discriminazioni, ma anche di promuovere attraverso interventi attivi l'uguaglianza di opportunità per rimediare alle ineguaglianze che di fatto limitano la scelta delle donne.

Ed inoltre questo porta all'eliminazione delle norme di tutela a favore delle donne che ostacolano la parità di trattamento nel campo del lavoro e della sicurezza sociale: in particolare le donne cittadine devono poter godere di diritti individuali e di prestazioni sociali dirette, che fanno capo a loro in quanto soggetti titolari di diritti propri che tengono conto della loro specificità. Senza dipendere dalla posizione sociale del marito, capofamiglia etc. p.c. o da considerazioni unilateralmente maschie della loro posizione all'interno della società.

Ma attenzione: oltre alle difficoltà sopra viste in termini di efficace applicazione del prospettato schema delle azioni positive, vi è un ulteriore grave pericolo: il rischio, cioè, di forzare a tal punto l'ambito formale delle azioni tese a rimuovere le discriminazioni dirette e indirette rispetto al principio di parità di trattamento che ciò che si afferma concretamente è poi solo la eliminazione delle norme di tutela del lavoro femminile, nel senso di tutela della situazione particolare propria della donna, situazione diversa da quella dell'uomo.

Le sentenze della C.d.G. rispecchiano questa difficoltà: il principio della parità dei trattamenti a cui si ispira con grande coerenza porta a definire come discriminatori numerosi aspetti del rapporto di lavoro considerati finora "neutri" (ad es. part-time, lavori pesanti, divieto lavoro notturno), a introdurre rilevanti novità procedurali (inversione dell'onere della prova), ma anche al rischio di definire la maternità come l'unica differenza tra la condizione delle lavoratrici e quella dei lavoratori.

La sentenza del luglio 1991 sul lavoro notturno è a questo proposito esemplare: La C. d. G. ritiene infatti che le legislazioni nazionali (nel caso de quo quella francese) che vietano il ricorso al lavoro notturno femminile siano in contrasto con la direttiva sulla parità di opportunità del 1976. La sentenza, che ha portato ad un'azione della Comunità anche nei confronti dell'Italia (che a sua volta vieta il lavoro notturno femminile) non specifica in realtà la soluzione da dare al problema ma si limita a prevedere la necessità di norme uguali per uomini e donne.

Questo lascia libero spazio a diverse soluzioni, a seconda delle diverse culture di parità esistenti nei singoli stati: o cancellazione del divieto con conseguenze gravi di liberalizzazione del ricorso al lavoro notturno (e conseguente discriminazione indiretta nell'assunzione), o norme più restrittive per tutti, che contemplino esoneri dal lavoro notturno per uomini e donne con responsabilità familiari non delegabili.

Quindi soluzioni diverse a seconda di una cultura della parità che si basa sulla valorizzazione della differenza di genere e della specificità femminile, che interpreta quindi anche le norme di tutela come il prodromo di una politica a favore delle donne; al contrario una cultura della parità che scommette sino in fondo sul cambiamento generale per uomini e donne e fa dell'eliminazione delle discriminazioni la leva della costruzione di un nuovo orizzonte di parità ed uguaglianza.

Anche la recente direttiva sulla maternità dimostra quanto sopra detto, e cioè il pericolo di un appiattimento della differenza, tanto da vedere la maternità come unico elemento di differenza tra un lavoratore uomo e una lavoratrice donna: e questo ha portato a una gravissima (soggettivamente e simbolicamente per la donna!) parificazione della gravidanza alla malattia! Infatti il deterioramento oggettivo grave delle condizioni della donna lavoratrice è perpetrato con la suddetta parificazione. E questa parificazione altro non è che la cancellazione dell'altra attraverso la omologazione del corpo femminile a quello del maschio inteso come soggetto unico. Il legislatore ed il giudice leggono/governano la realtà attraverso il proprio corpo/mente di maschi che nega il principio cardine per cui esistono al mondo (e lo determinano a propria misura) due soggettività distinte e asimmetriche portatrici di valori diversi.

Analizzando per grandi linee la direttiva si vedrà che essa contiene una regolamentazione della maternità per le lavoratrici molto più svantaggiata che quella dei singoli stati membri (Italia, Germania, GB e altri). Vediamo le differenze in peggio rispetto alla legge italiana (l. 1204/71): astensione obbligatoria 14 settimane anziché 20; in Italia la retribuzione corre nella misura dell'80% del suo valore normale ed è posta a carico dell'INPS e molti contratti di lavoro pongono il residuo 20% a carico dell'imprenditore; per la CEE vi è una parificazione di quest'indennità a quella di malattia! che è di misura variabile e certo inferiore; la CEE non prevede l'astensione facoltativa (24 settimane in Italia con il 30% della retribuzione entro il primo anno di età del bambino); non figurano riposi giornalieri (2 ore al giorno retribuite per chi lavora più di 6 ore entro il primo anno di vita del bambino)

e per malattia del bambino (entro i tre anni, giorni di permesso non retribuiti). Ancora: nessun diritto è previsto per le madri adottive che in Italia sono equiparate a quelle naturali ed, infine, molto grave la delega ai singoli stati della decisione riguardo al divieto di licenziamento o di lavoro notturno, che in Italia è sancito in entrambi i casi!

L'impatto di questa direttiva – seppur nei sopra illustrato dubbio sulla diretta applicabilità delle direttive – è evidente. Basti pensare all'effetto che il libero mercato ha sul costo del lavoro per immaginare come gli imprenditori degli stati più garantisti in questo campo premeranno per una uguaglianza (di fatto appiattimento verso il basso) della legislazione sulla maternità nei singoli stati con gravissimo pericolo per le donne che vedono rimessi in discussione posizioni guadagnate con fatica in anni di lotta.

Questa direttiva emanata nel 1992 (dopo 6 anni di inattività) dimostra purtroppo che negli ultimi anni soprattutto l'Unione Europea è stata voluta, ma soprattutto portata avanti dai "mercanti" (per la stragrande maggioranza maschi) con il loro sistema di valori. L'accordo di Maastricht impone ai singoli stati impegni talmente gravosi sulla finanza pubblica, che comporterà e già comporta la riduzione della spesa sociale con conseguente ridimensionamento dei servizi sociali (che come al solito saranno addossati all'intervento "volontario" delle donne) cosicché l'Europa rischia di essere vissuta come arretramento per la condizione complessiva delle donne.

Ciò porta a concludere che vi è urgente bisogno di rimettere mano ad alcune direttive che giacciono oramai da tempo nei cassetti della Commissione e del Parlamento quali: l'introduzione dell'onere della prova, la realizzazione dei servizi all'infanzia, l'introduzione del reddito minimo quale diritto di cittadinanza.

Così come le donne, i loro movimenti e associazioni, devono far pressione sui governi – nell'attuale quadro politico sempre più ridottosi a norme innovative per le donne – affinché si attuino politiche di discriminazione positiva a favore delle donne, il diritto alla parità di opportunità mediante l'attivazione di una fase generalizzata di azioni positive che redistribuisca non solo il lavoro, ma anche i posti di responsabilità a tutti i livelli, nel campo del lavoro e della formazione, delle garanzie di utilizzo mirato alle donne dei programmi del Fondo Sociale Europeo, della normativa sugli orari di lavoro e dei servizi, e molto importante, che venga riconosciuto in termini retributivi ed previdenziali, il lavoro di cura.

Ed infine va resa più accessibile, attraverso un'informazione più capillare, la possibilità del ricorso alla Corte di Giustizia ove attraverso la pratica del processo (nazionale e sovranazionale) si potrà conferire efficacia alle pretese delle donne iscrivendole negli enunciati delle sentenze.

Marcella Pirrone (Bozen), *Anwältin und Präsidentin des Vereins „Für Frauen, gegen Gewalt – Per le donne, contro la violenza“.*



## EURO-PARAT FÜRS PATRIARCHAT?

Mein mangelndes Interesse an einem österreichischen EG-Beitritt ließe sich allenfalls durch folgende Aussichten wecken: Erstens – ich bekäme einen besoldeten, immensanten Spitzenjob außerhalb meiner Landesgrenze angeboten, der nicht an die Schwierigkeit von Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung gekoppelt ist. Zweitens – ich würde mich über alle Grenzen hinweg verlieben, sodaß mein weibliches Wiener Herz oder das Objekt meiner Begierde, ohne die Fremdenpolizei am Hals zu haben, hinziehen könnten, wohin auch immer, das aber ohne Sichtvermerk. Oder drittens – Milch und Butter, die in Berlin einige Groschen billiger sind als in Wien, wären wirklich so gravierend – nicht nur preis –, sondern genußfähiger und gartüberhinaus in einer Frauenkooperative nach besten ökologischen Grundsätzen produziert, daß ich für ein Packerl meilenweit gehen, nicht autofahren würde ...

Da sich diese Ausblicke aller Wahrscheinlichkeit nicht für mich auf tun, hält sich mein Interesse an einem EG-Beitritt Österreichs in jenen bescheidenen Grenzen, die zu überwinden wir mit großem Werbeaufwand (jährlich 35 Millionen Schilling und künftig ein vielfaches von dieser Summe) aufgerufen sind.

Daß sich unter den EG-Skeptikern ausnehmend viele Frauen finden, hat seinen Grund: Die positive Bilanz der 36jährigen EG-Geschichte fällt für Frauen trotz anderslautender Absichten reichlich mager aus. Auch wenn beispielsweise in den Gründungsverträgen, den sogenannten „Römischen Verträgen“ von 1957, im Artikel 119 die gleiche Entlohnung von Mann und Frau festgeschrieben und in den EG-Richtlinien von 1975 die gleiche Entlohnung verankert wurde – das Einkommensgefälle zwischen den Geschlechtern wurde damit nicht beseitigt.

Wie in der Lohnfrage fehlt es auch in anderen Bereichen keinesfalls an Gremien und Richtlinien für eine Gleichstellungspolitik. Etwa die Richtlinien zur Gleichstellung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz (1976), jene zur Sozialen Sicherheit (1978), zur Gleichbehandlung in den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit (1986) oder zur Gleichbehandlung bei selbständiger Erwerbsarbeit (1986).

Ebenso gibt es den EG-Frauenministerat, den ständigen Ausschuß für die Rechte der Frau beim Europa-Parlament, das Büro für Probleme der Frauenbeschäftigung, die Aktionsprogramme zur Durchsetzung von Gleichstellung, den EG-Sozialfonds usw. usf.

Viele Worte, viele Gremien, viele Absichten, viel Papier. Die Hoffnung, daß die Europäische Gemeinschaft ein Motor sein könnte für die Gleichstellung der Frauen, hat sich bisher nicht bestätigt. Ganz im Gegenteil. Ein nüchterner Blick auf die Situation der Frauen in den zwölf EG-Ländern läßt bei allen regionalen Unterschieden keinen Zweifel daran, daß das projektierte „Gemeinsame Haus Europa“ sich – insbesondere mit zuspitzender Krise – als Herrenhaus entpuppt, in welchem die Frauen die Putzkolonnen sind.

Besonders drastisch bekommen das die Frauen im wiedervereinigten Deutschland zu spüren: Die Kosten dieser großdeutschen „Familienzusammenführung“ werden durch den sogenannten „Solidarpakt“ der sozialen Seite (die ja noch immer eine Frauensache ist) abgeluchst. Konkret heißt das: Frauenförderung, Frauenbeschäftigung und begleitende Maßnahmen, etwa Kinderbetreuungsmöglichkeiten fallen dem Rotstift zum Opfer. Für das kommende Jahr werden in der BRD sieben Millionen Arbeitslose hochgerechnet, davon fünf Millionen in den neuen Bundesländern. Im März vergangenen Jahres waren im EG-Land

Deutschland über 60 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen Frauen – eine Entwicklung, die sich trotz diverser EG-Richtlinien zur Gleichbehandlung von Frauen nicht nur in unserem Nachbarland weiter zuspitzen wird.

Nach Schätzungen arbeitet insgesamt bereits ein gutes Drittel der EG-Erwerbstätigen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Und diese wiederum sind zwischen 75 und 92 Prozent frauendominiert. Flexible, ungeschützte Arbeit sichert keine zureichende Existenz. Gerade diese „prekären Beschäftigungsverhältnisse“ aber werden zunehmend als „Normalarbeitsverhältnisse“ ausgegeben. Zwischen 75 und 85 Prozent der Frauen, die in der Europäischen Gemeinschaft leben, sind ökonomisch abhängig, das heißt, sie können nicht von ihrem Einkommen leben. Von den über 50 Millionen, die in der EG unterhalb der Armutsgrenze leben, sind über die Hälfte ältere Frauen und alleinerziehende Mütter. (Fakten und Zahlen aus: Florence Hervé (Hrsg.): „Frauenzimmer im Haus Europa“, Papyrossa Verlag, 1991).

EG-Schlaglichter einer angestrebten Zweidrittel-Gesellschaft. Sie zeugen von angebrochenen Selbstverständnis einer gesellschaftlichen und internationalen Arbeitsteilung, die das Oben und Unten, das Gegeneinander und das „Zu-Tode-Konkurrenzieren“ als Motor für wirtschaftliche Entwicklung benötigt. Ein Prinzip, das nicht nur auf die EG beschränkt ist, wie ein Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in Österreich bestätigt.

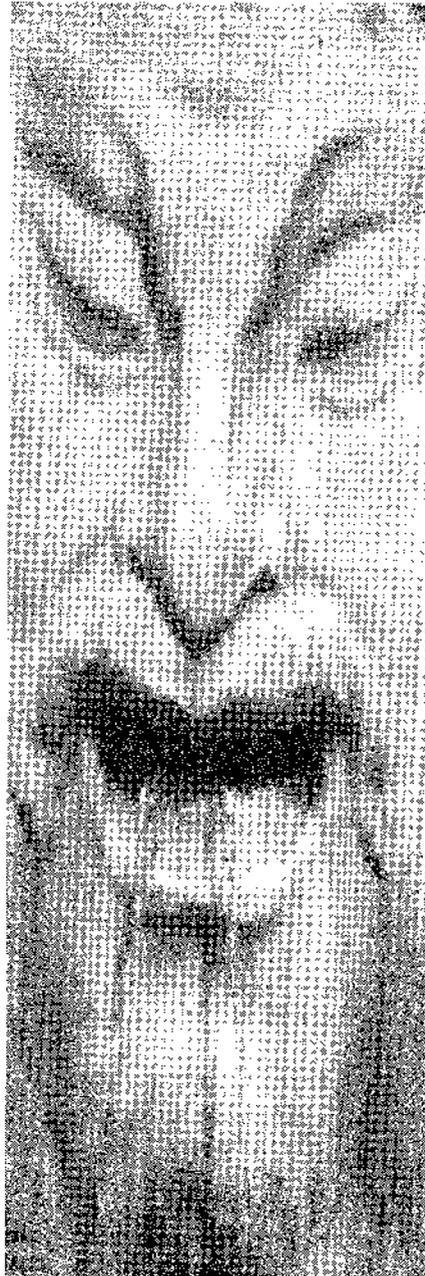
Gerade deshalb aber stellt sich für mich die Frage, was wir Frauen in einer Europäischen Gemeinschaft zu gewinnen hätten. Könnte unsere Mitgliedschaft ein frauenpolitischer Schritt hin zu mehr Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit sein? Oder machen das die Brüder wieder unter sich aus – wie so oft in der Geschichte?

Österreich ist ein Land mit ausgeprägter wohlfahrtsstaatlicher und sozialdemokratischer Tradition und Kultur. Davon haben auch die Frauen in den letzten Jahrzehnten profitiert, wenngleich nicht in jenem Maß, das möglich gewesen wäre. Aber immerhin gibt es einige gesetzliche Regelungen und sozialpolitische Absicherungen, um die uns andere (EG) Länder (noch) beneiden.

Das Sozialdumping, das sich mittlerweile unter den EG-Mitgliedsstaaten abzeichnet, macht jedoch nicht Halt vor unseren Grenzen, wie die immer schärfer werdenden Angriffe auf sozial- und frauenpolitische Rechte zeigen. Tatsächlich geht es schon jetzt um eine schrittweise Angleichung an EG-Normen, ob es sich nun um die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen handelt, um das Hinansetzen des weiblichen Pensionsalters oder die beabsichtigten Kürzungen beim Karenzgeld. Die österreichischen Fleißaufgaben werden, so ist zu befürchten, mit den jüngsten Beispielen nur den Auftakt darstellen. Was das etwa für den straffreien Schwangerschaftsabbruch hierzulande heißen kann, hat uns die deutsche Wiedervereinigung ja erst kürzlich anschaulich vorexerziert. Es geht nicht darum, die für die Mehrheit der Frauen günstigeren Regelungen durchzusetzen, sondern durch Ausschalten der Konkurrenz (und Ideologien) eine Angleichung nach unten zu erzwingen.

Und genau an diesem Punkt zeigt sich die Unlogik der Logik: Wenn unsere wirtschaftliche, also gesellschaftliche Entwicklung als treibender Motor die Konkurrenz benötigt, dann ist es sicher nicht zielführend, diese auszuschalten. Es sei, sie verständigt sich auf einem immer niedriger werdenden Level. Denn auch unter faulen Äpfeln kann es noch immer zu einer Konkurrenz des weniger verfaulten, aber doch schon angefaulten Obstes kommen. Wo aber Bäume vorhanden sind, wird das Bedürfnis nach weniger faulen, aber eben faulen Äpfeln steigen.

Den wichtigen Beitrag Österreichs als Nicht-EG-Mitgliedsland könnte ich also darin sehen, daß dem wirtschaftlichen Einheits- (also Expansions-)drang und der damit verbundenen Demokratie und Sozialdemokratie ein relativ selbstständiges Gegenüber erhalten bleibt, das unter anderem die positive Konkurrenz auch in Sozialbelangen neu belebt.



Nun darf Frauenwirklichkeit ja nicht nur in arbeits- und sozialrechtlichem Zusammenhang gedacht werden. Wird sie aber, wie ein Blick auf die bisher verabschiedeten EG-Gleichbehandlungsrichtlinien zeigt: Sie beschränken sich auf die formal-juristische Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Erwerbssphäre und nehmen damit den Charakter eines „patriarchalen Reglements für Frauenrechte“ an. „Es darf uns also überhaupt nicht verwundern, daß die Brüsseler Experten die Bedeutung der familiären Aufgaben für die benachteiligte Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt völlig unterschätzen und kurzerhand aus dem Regelungsbezug der Richtlinien ausgegrenzt haben: das fällt in die Entscheidungskompetenz der Mitgliedsstaaten...“ (Susanne Schunter-Kleemann in „Putzkolonne für's Herrenhaus“, STIMME DER FRAU Nr. 4/92).

So ist es auch kein Zufall, daß die EG-Kommission in ihrem dritten Aktionsprogramm zur Chancengleichheit (1991-1995) von den Mitgliedsstaaten Maßnahmen fordert, die es ermöglichen die Pflichten der Kinderbetreuung und -erziehung in Einklang mit der Erwerbstätigkeit sowie der Aus- und Fortbildung der Eltern (trotz fortschrittlicher Sprachregelung ist aber die Adresse der Mütter gemeint) zu bringen.

Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen, insbesondere unter den Frauen, greifen diese Intentionen aber zu kurz. Auch wenn die Versorgung der Kinder für berufstätige Eltern (meist jedoch für die Mütter) eines der gravierendsten Probleme bei der Berufsausübung ist, wird die Bereitstellung von mehr Kinderkrippen und Kindergärten nicht die grundsätzlicheren Fragen beantworten: Wieshalb gibt es einen geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarkt? Wer hat Interesse an der Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse nicht nur in der Berufswelt? Welche Programme sind vorhanden oder wären notwendig, um die Machtverhältnisse zugunsten der Frauen zu verändern? Welche Möglichkeiten haben Frauen überhaupt, die EG-Maschinerie in ihrem Interesse zu nutzen?

Zunächst muß noch einmal genannt werden, was allgemein bekannt sein sollte: Zwar hat die EG-Richtlinien zur Gleichbehandlung bei Beschäftigung und Be-



zahlung der Geschlechter sowie bei den sozialen Systemen erlassen, sie kann aber in keiner Weise die Einhaltung dieser Richtlinien garantieren. Staaten, die diese Richtlinien nicht erfüllen, können lediglich vom Europäischen Gerichtshof gerügt werden. Dies ist die einzige Sanktionsmöglichkeit – und diese kommt erst dann zum Tragen, wenn die Klage nicht nur eingebracht wurde, sondern die Betroffenen auch Recht bekommen haben. Brüsseler Bürokratie ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein Schlagwort. Was niemals erwähnt wird, sind jene Richtlinien, die niemals erlassen worden sind, weil sie ein einziges Land nicht akzeptieren wollte. (Gerlinde Diensthuber in: „EG: Herrliche Aussichten“. STIMME DER FRAU Nr. 5/92).

Dennoch darf nicht unerwähnt bleiben, daß es im EG-Raum eine Reihe frauenpolitischer und feministischer Initiativen gibt, die sich diesen Problemen zu stellen versuchen.

NOW – New Opportunities for Women – etwa ist ein besonderes EG-Förderungsprogramm, das die Chancengleichheit für Frauen erreichen will. Unterstützt werden Unternehmensgründungen von Frauen ebenso wie solche, die Arbeitsplätze für Frauen schaffen, Aktionen im Bereich der Berufsberatung und Berufsvorbereitung von Frauen, Begleitmaßnahmen hierzu, wie etwa die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen in der Nähe von Unternehmen und Bildungseinrichtungen sowie Schaffung von Informationszentren für Frauen in Angriff nehmen. EUROFORM wiederum nimmt sich des Aufgabengebietes neuer Berufsqualifikationen, neue Fachkenntnisse und neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen an. Hierbei wird vor allem der Gründung von überstaatlichen Partnerschaften hinsichtlich der Berufsausbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen geschenkt. HORIZON will die Förderung von Behinderten und bestimmten benachteiligten Gruppen durchsetzen und bildet mit NOW eine Ergänzung zu den gemeinschaftlichen Förderkonzepten, die Mittel für gefährdete Gruppen auf dem Arbeitsmarkt in unterentwickelten Regionen bereitstellen will.

IRIS, ein Europäisches Netzwerk von Ausbildungsmaßnahmen für Frauen, soll als europäisches Netzwerk über Ausbil-

dungsmaßnahmen und -angebote für Frauen informieren und dazu beitragen, die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Weiters soll eine stärkere Beteiligung von Frauen an den allgemeinen EG-Bildungsprogrammen gewährleistet werden.

Auch in anderen Bereichen mangelt es nicht an Initiativen, deren Arbeit von der Gleichstellungsabteilung der EG-Kommission entweder in Auftrag gegeben und/oder finanziell unterstützt werden.

Etwa GRIF, eine Gruppe für feministische Forschung und Information, die eine Bestandsaufnahme von feministischen Studien und Forschung erstellt. Die gesammelten Informationen führen zur Gründung der ersten europäischen Datenbank für feministische Studien, GRACE. Das erste Netzwerk für Austausch feministischer Studien wiederum stellte der Verein WISE dar, der sich zur Aufgabe machte, „das Wissen zugunsten der Verbesserung der Lebensqualitäten von Frauen zu fördern und Aktivitäten und Gruppen zu ermutigen, welche die Einrichtung und Entwicklung feministischer Forschung und Lehre fördern“. Die WISE-Idee geht auf die UN-Frauenkonferenz von Nairobi 1989 zurück und konnte durch EG-Subventionen im Rahmen des Erasmus-Programms konkretisiert werden. Unter Schirmherrschaft des Europa-Rates entstand auch ENWS, das European Network for Women's Studies 1989, das eine Initiative der niederländischen Regierung ist, und dessen Hauptzweck die Einbeziehung und Forschung feministischer Studien und Studien über Frauen in politischen Entscheidungsprozesse ist.

Diese lückenhafte – weil diverse andere EG-protégierte, insbesondere auch nationale Initiativen ausklammernde – Aufzählung soll nur eines verdeutlichen: An Ideen, an Fraueneinsatz und investierter Frauenenergie fehlt es nicht. Es fehlen vielmehr jene gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Input von Frauen nicht nur auf der ökonomischen Ebene des Managements und der Karriereleiter wachstumsgeseelter Wirtschaftskonzepte benötigen. Und fehlen die finanziellen Mittel, die im Vergleich zu anderen EG-Projekten bei Frauenprojekten bescheidenst dotiert sind, und deren Ergebnisse vielfach in Schubladen schmoren.

Das Wissen von Frauen ist umfangreich. Jedoch kommt meist nur jener Bereich auf den Markt, also zum Tragen, der sich perspektivisch einfügt in die Logik der abtötenden Konkurrenz. Insofern sind Feministinnen gefordert, ihren Anspruch auf übergreifende Zusammenhangserkenntnis einzulösen und sich nicht bestechen zu lassen von Teilnöglichkeiten innerhalb EG-gepuschter Programme, deren Wirksamkeit bislang den Beweis schuldig bleibt. (Oder wenn, dann lediglich für einen kleinen Teil der Frauen.) Das aber kann es wohl nicht sein? Während aber all die Frauenprogramme und -initiativen innerhalb der EG-Länder einen großen Teil an schöpferischer Frauenenergie binden, werden ganz andere Programme durchgezogen, etwa jene im gen- und reproduktionstechnischen oder militärischen Bereich.

Mir kommt die Diskussion „Österreich im EG – Ja oder Nein“ ungefähr so vor wie jene der linken Teil-68er Generation, die den Marsch durch die Institutionen als Möglichkeit gesellschaftspolitischer Veränderungen sah. Hier zumindest haben wir das bürokratisch angepaßte Resultat ehemaliger „Revolutionäre“ – oder im Marx'schen Sinn: Das Sein bestimmt ihr Bewußtsein.

Ähnlich verläuft die Debatte zwischen „Institutionen- und Parteifrauen“ und „Autonomen Frauen“. Daß die autonome Frauenbewegung Österreichs ein wichtiger Faktor war und ist (und wenn letzteres nicht mehr in dem Maß zutreffen sollte wie in den vergangenen Jahrzehnten, dann zumindest sein könnte), um Themenbereiche zu formulieren, von denen manche dann auch in Gesetzestext flossen, bestätigt nicht nur Frauenministerin Dohnal. Eine Bereicherung also für alle, die der Differenziertheit von Sichtweisen etwas Positives abgewinnen können.

Wieso also sollte Österreich als (noch) neutrales Land nicht diesen Part eines bereits bestehenden europäischen Gebäudes übernehmen können: Themen aus einem nicht gleichgeschalteten Blickwinkel einzubringen? Denn wirtschaftlich sind wir ohnehin „angeschlossen“. Politisch auch. Militärisch zum Glück noch nicht. Vermutlich geht es aber letztlich um das letztere. Und nicht um das Frauen.

# **FLOSKELE \***

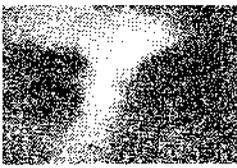
\*lat. \*; "Blümchen"! die; - m: nichtsagende Redensart,  
formelhafte Redewendung

**Ist der Skolast eine Blümchenwiese ?  
Deine Meinung interessiert uns !**

**SKOLAST Redaktion  
Schlernstraße 1**

**39100 BOZEN**

**SCHREIBE UNS !**



## Das Frauen und Müll-Syndrom

Das Thema „Frauen und Müll“ ist nach der Einführung des Dualen Systems Deutschland (DSD) in der Öffentlichkeit der BRD ein „Thema“ geworden.<sup>1)</sup> Dafür ist die Politisierung des Müllthemas und seine „Lösung“ durch neue politische Rahmenvorgaben verantwortlich, die eine tiefgreifende Umstrukturierung des gesamten Gefüges der politischen Ökonomie erkennen lassen. Tendenziell wird eine Neuzusammensetzung der gesellschaftlichen Arbeit deutlich, die das Ineinandergreifen von bezahlter Marktproduktion und unbezahlter Hausarbeit betrifft. Im folgenden möchte ich diskutieren, warum dies vor allem für die nicht bezahlte Arbeitskraft von Frauen und auch für die weibliche „Moral“ Konsequenzen hat.

### ***Kreislaufwirtschaft – die Ökonomie soll vom Müll aus gelenkt werden***

Mit der Diskussion über das Müllproblem entdeckte man den Bereich einer „umweltpolitischen Produktpolitik“ als Aufgabengebiet politischer Regulierung. Auf der letzten Nordseekonferenz 1991 formulierten Umweltschützer die inzwischen auch in Parteien und Industriekreisen zitierte Parole: „Nicht die chemische Industrie, sondern ihre Produkte sind das Problem.“ Sie meinen damit: Nicht die Belastung von Wasser und Luft durch die Emissionen der Herstellungsprozesse, die inzwischen durch Filter und andere „End-of-Pipe“-Techniken gesäubert werden, verursachen die schwersten Umweltprobleme, sondern der Müll der aus den Produkten selbst kommt. Deshalb fordern sie eine ökologische Produktleitung und Produktgestaltung unter dem Gesichtspunkt der Müllvermeidung „Beginning of the pipe“.

Als politisches Instrument einer Vorabprüfung wurden verschiedene Modelle eines staatlichen Prüfungsverfahrens diskutiert, die der Produktion eine Marktfähigkeit oder Markterlaubnis bescheinigt. Sie erfordern ein Ausmaß an staatlicher Planung, Kontrolle und Bürokratie, das etwa auf den Hintergrund neuer und realistischer Einblicke in den ehemaligen

DDR-Staaten, auch in Umweltschützer-Kreisen abgelehnt wird. Deshalb hat sich die Diskussion stark auf Fragen einer ökologischen Produktbewertung konzentriert. Als Instrumente der Berechnung von Schadstoffen und Müllmengen wurden verschiedene Modelle einer Ökobilanzierung entwickelt. 1987 haben Mitarbeiter des Öko-Instituts Freiburg solche Bewertungs-Ausätze zu einer „Produktlinienanalyse“ systematisiert. Diese bezieht auch Kriterien sozialer Verträglichkeiten mit ein, wie beispielsweise Arbeitsteilungsstrukturen zwischen First- und Dritter Welt.

Den Produktbewertungsanalysen ist gemein, daß sie das einzelne Produkt in seinem Lebenszyklus „von der Wiege bis zur Bahre“ darstellen und die einzelnen Lebenszyklusphasen (Rohstoffgewinnung – Vorproduktion – Produktion – Vermarktung – Konsumtion – Entsorgung oder stoffliche Wiederverwertung) getrennt und danach abschließend das Produkt insgesamt bewerten. In der Praxis der letzten fünf Jahre wurden solche Ökobilanzen vor allem für Verpackungsmaterialien erstellt. Da die Bewertungsmethoden nicht normiert sind, lassen einige Firmen inzwischen ihre Produkte auch für Werbezwecke bilanzieren. So kam die Firma Procter & Gamble in einer Ökobilanz über den Vergleich zwischen Höschenwindeln und Baumwollwindeln zum Ergebnis, daß beide Windelarten gleichermaßen umweltbelastend sind. Eine Produktionsanalyse, die in der Technischen Hochschule Darmstadt zum Vergleich derselben beiden Produkte erstellt wurde, kam hingegen eindeutig zum Ergebnis, daß den Baumwollwindeln unter ökologischen Gesichtspunkten unbedingt der Vorzug zu geben ist. Sinnvoll sind daher aktuelle Bestreben in Industrie wie Gewerkschaft, solche Ökobilanzen als zentrales Instrument zur ökonomischen Kreislaufführung zur Pflicht zu machen und die Methoden der Umweltbilanzierung zu normieren und zu standardisieren.

Der Grundgedanke der „Kreislaufwirtschaft“ ist, daß die „Bahre“ des Produkts – z. B. die Entsorgung der Wasserglasflasche nach dem Gebrauch – wieder zur „Wiege“ eines neuen Produktkreislaufs wird. Dieser neue „Kreislauf“ ist jedoch nur im Falle der Wiederverwendung ein wahres Re-Cycling: Wasserglasflasche läuft wieder als Wasserglasflasche. In der Praxis der Wie-

derverwertungsindustrie jedoch tritt zum zweiten Kreislauf ein völlig neues Produkt mit zum Teil neuen oder neu hinzugefügten Materialien an: Das Glas wird umgeschmolzen und als Behälter für Marmelade verwendet. Der Prozeß des Umschmelzens benötigt neue Energie, neue Stoffe etc. Das Recycling von Produkten zeigt sich bei genauerem Hinschen als ein Re-Cycling von *Stoffen*. Der Müll wird zur Zusatzquelle von Rohstoffen, die als Sekundärrohstoffe bezeichnet werden. Das ist der Kern der „Kreislaufführung.“

## **Abfallarbeit – Eine neue Sicht auf die Zusammensetzung gesellschaftlicher Arbeit**

Betrachtet man Produkte lebenszyklisch, so ist die Konsumtion des Produkts nur eine Zwischenphase vor dessen Wiederaufbereitung in Sekundärrohstoffe. Die traditionelle Gegenüberstellung einer gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtions-sphäre wird damit obsolet.

In der Diskussion über Möglichkeiten und Strategien der Vermeidung von Abfällen ist darüberhinaus die „Konsumtionsphase“ als eine Kette unterschiedlicher Arbeiten am und mit dem Produkt ins Bewußtsein getreten: das Einkaufen, dem die Arbeit des sorgfältigen Informierens vorausgehen soll, das Transportieren, die Verarbeitung des Produkts zur Konsumreife, die Formen des Gebrauchs (Mehrheitsgebrauch oder Wegwerfen, Reparieren etc.) und die Arbeiten des Abfallvorsortierens, des Lagerns und schließlich des Wegtransportierens. Alle diese Arbeiten bieten verschieden weitreichende Möglichkeiten zur Abfallvermeidung oder Abfallreduzierung.

Die Endockung der verschiedenen Konsumarbeiten als eine Möglichkeit zur Abfallvermeidung ist in der wissenschaftlichen Diskussion der BRD zum Teil mit einer Neubestimmung der unbezahlten Hausarbeit als gesellschaftlicher Arbeit begleitet. Eine solche Sicht war in der sozialwissenschaftlichen Diskussion unter dem Stichwort der „Eigenarbeit“ in den Diskussionsansätzen über die Dualökonomie (Gorz/Ullich) in der ersten Hälfte der 80er Jahre formuliert worden. Unter dem Begriff der Eigenarbeiten privater Haushalte wird heute unter Bezugnahme auf diese Theorien verstanden:

- die Hausarbeiten,
- die Do-it-yourself-Arbeit,
- die Eigenleistungen bei Renovierungen, Reparatur und Hausbau,
- die Transportleistungen im genutzten PKW und
- die Konsumarbeit.

Alle diese unbezahlten Arbeiten im Haushalt haben sich in den letzten zwanzig Jahren entschieden ausgeweitet. Entgegen den Prognosen der Theoretiker eines Postindustrialismus (Belli), die eine Tendenz zur „Dienstleistungsgesellschaft“ ausmachten, wird von den Theoretikern der Eigenarbeit eher eine Tendenz zur „Selbstbedienungsgesellschaft“ (Gershuny) festgestellt. Die Eigenarbeit in den privaten Haushalten wird als ein Komplement der Erwerbsarbeit und nicht als deren Substitut beschrieben. Sie ist gekennzeichnet durch eine enge Verflechtung mit Markt- und Staatsleistungen

Wolfgang Glatzer und Gisela Dörr haben an der Frankfurter Universität in einem Forschungsprojekt über die Technologisierung privater Haushalte diesen neuen Blick auf das gesellschaftliche Produktionsgefüge systematisiert und theoretisiert. Gisela Dörr zeigt dort, daß der überwältigende Großteil der sogenannten Eigenarbeiten immer noch von Frauen verrichtet wird. Trotz nachhaltiger Elektrifizierung und Technisierung der Haushalte ist die Zeit, die zur Verrichtung für Hausarbeit aufgewendet werden muß, in diesem Jahrhundert (!) nicht um eine einzige Stunde kürzer geworden. In historischer Perspektive gesehen, hat die Ausstattung der Haushalte mit technischen Geräten eine gerechtere Arbeitsverteilung zwischen Mann und Frau im Haushalt verhindert: Frauen bekamen beispielsweise eine elektrische Waschmaschine oder Spülmaschine geschenkt, damit der Mann nicht auch die Wäsche waschen, das Geschirr spülen mußte. Mit der Theoretisierung der Haushaltsproduktion als zunehmend wichtigerem Faktor im gesellschaftlichen Produktionsgefüge taucht auch die unbezahlte Frauennarbeit als Thema wieder auf.

## **Frauen & Müll – Das Abschleichen von Müllverantwortung auf die Frauen**

Der Aufbau eines Systems der getrennten Müllsammlung in den Kommunen seit Mitte der 80er Jahre ist vom Aufbau einer öffentlichkeitswirksamen „Müllmoral“ begleitet. Diese wird über die neuen kommunalen Institutionen der Abfallberatung und Umweltaufklärung verbreitet, aber auch durch Kirchen, Ökologie-Gruppen, durch Volkshochschulkurse, Verbraucherverbände, durch Frauenzeitschriften und seit etwa drei Jahren auch massiv durch Rundfunk und Fernsehen. Ihr Adressat ist das „Müllbewußtsein“ der Frauen. Ihr Mittel ist das Wecken eines schlechten Gewissens bei Frauen, die nicht ordentlich den Abfall nach Materialien trennen und zur richtigen Tonne bringen. Es gibt Kommunen, die inzwischen acht (!) verschiedene Abfallarten im Haushalt trennen und sammeln lassen. Die Herstellung einer Trenn- und Sammel-disziplin, die sowohl die Sauberkeitserziehung der Kinder als auch das gesamte Haushaltsmanagement der Frauen zutiefst tangiert, ist das Ziel dieses großen pädagogischen Aufwandes.

Ein verblüffendes Charakteristikum dieser „Müllaufklärung“ ist jedoch, daß die gemeinten Subjekte der vielen Ratschläge und Tips zur praktischen Müllvermeidung im Haushalt (die nach allen Erkenntnissen der Sozialwissenschaften wie des gesunden Menschenverstandes die Hausfrauen sein müßten) als Adressatinnen in den Broschüren nicht vorkommen. Nach Sichtung von Aufklärungsmaterial aus über 30 Kommunen aus der Zeit zwischen 1985 und 1990 wird deutlich, daß nicht ein einziges Mal „die Verbraucherin“ oder „die Hausfrau“<sup>(2)</sup> etwa mit Tips zum abfallenden Einkauf angesprochen wurde. (Schultz/Weiland 1991) Die Vorschläge richten sich an den Verbraucher oder an „den Haushalt“ oder gar in einem Beispiel an „die Küche“. Frauen als Subjekte, die den Haushalt managen, kommen in diesen Broschüren sprachlich genauso wenig vor wie die Frauennarbeit, die der abfallarme Einkauf erfordert. Ausgeblendet wird damit auch das Material-



und Erfahrungswissen der Frauen, das aus dem praktischen Umgang mit den Produkten resultiert, auf das diese Müllpädagogik jedoch rekurriert. Diese Paradoxon wird verständlich, wenn der Mainstream der Abfallaufklärung als Verschiebungsstrategie interpretiert wird, in der die Hausfrauen als letzte in einer Kette der Verschiebung von Müllverantwortung herhalten müssen. Sie suggeriert, daß der Abfall ein Problem der Haushalte sei und nicht ein Problem der einpolig auf Verkaufsmengen ausgerichteten Markproduktion.

Angesichts der Tatsache, daß der Hausmüll im Durchschnitt nur etwa zehn Prozent des Gesamtmüllaufkommens der Kommunen ausmacht, muß die Konzentration der Abfallpädagogik auf „die Haushalte“ als Verschiebung des Problems und seiner Ursachen gesehen werden. Da die viel größeren Bereiche der Industrieabfälle, des Bausechens und der Gewerbeabfälle, der Altlasten und der Klärschlämme in den Aufklärungskampagnen über den Abfall systematisch nicht vorkommen, müssen diese als eine Strategie begriffen werden, die der Entlastung der Verursacher dient. Da darüberhinaus die Müllaufklärung sich ausschließlich auf Verhaltensänderungen in der Haushaltsführung richtet, die im Bereich der Frauverantwortlichkeiten liegen (Beispiele aus Kochen, Putzen, Körperpflege), muß diese Strategie ferner als eine Moralierungsstrategie gegen Frauen gesehen werden. Die Umwertung der Müllfrage zum Problem von Frauemoral dient einer scheinbaren Lösung des Problems, indem sie auf das schlechte Gewissen von Frauen zielt, das die Frauen zu mehr und neuen Arten von Hausarbeiten anspornen soll. Dieses „Frauen & Müll“-Syndrom ist ein ideeller Ausdruck der Neuzusammensetzung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die auf Kosten der Frauen geht.

## **Die Polarisierung der deutschen Frauenbewegung an der Frage von Müllverantwortung und Ökomoral**

Das Mehr an Müllarbeit, das eine abfallvermeidende Haushaltsorientierung verlangt, bedeutet für die Frauen schlicht mehr Arbeit. Mithin ist es ein Mehr an Mehrarbeit. Es verschärft das Hauptcharakteristikum der Frauenarbeit, das in der neueren Hausarbeitforschung klar als Belastung und Überlastung der Frauen beschrieben wird. Es kommt zu den vielen anderen Mehrs hinzu, die eine Orientierung an einer ökologischen sowie einer gesunden Lebensorganisation verlangen. Das Mehr des Müllsortierens ist nicht zu trennen etwa von dem Mehr, das der abfallarme Einkauf verlangt, der häufig als Möglichkeit der Müllvermeidung propagiert wird. Der abfallarme Einkauf erfordert nach einer Berechnung allein schon rund zwanzig Prozent mehr Zeit an Abfallarbeit für einen Zwei- bis Drei-Personen-Haushalt.

Das ist allerhand, wenn dann noch der Mehraufwand fürs abfallarme Kochen hinzukommt, die Zeit, die zur sorgfältigen Planung und Konservierung nötig ist, das Öfter-Einkaufen, weil Konserven und Convenience-Produkte vermieden werden sollen und weil Obst und Gemüse ohne Verpackung nur frisch am Gemüsestand oder gar bei der Bäuerin geholt werden sol-

len. Das kostet Zeit, Nerven, Vorsorge und Planung. Und diese Kosten gehen – das wird von einigen Feministinnen ganz klar so gesehen, auf die Zeit, Nerven und Kraft der Frauen mehr Planungsdruck und noch mehr Zeitnot.

Deshalb gibt es eine starke Fraktion in feministischen Kreisen, die strikt alle Getrenntsammlansätze im Haushalt ablehnt. Sie sagt, daß Frauen diese Muster der Privatisierung sozialer und ökologischer Folgekosten langsam zur Genüge kennen. Männer veranstalten, konstruieren, planen und verwalten immer mehr großtechnische Produkte, deren Folgeschäden, deren Müll dann die Frauen mit ihrer Privatarbeit wegräumen sollen. Spätestens seit dem Atomunfall in Tschernobyl sei dieses Privatisierungsmuster den Frauen verschärft und radikal bewußt geworden. 1986 haben Frauen auf unterschiedlichen Kundgebungen in Deutschland dieses Muster, ohne voneinander zu wissen, übereinstimmend als „Trümmerfrauensyndrom“ benannt.

Wie die Trümmer des Krieges so haben Frauen 1986 die Folgen der Atomkatastrophe in Tschernobyl mit ihrer Arbeit, Kraft und Phantasie auffangen müssen, um so etwas wie einen normalen Alltag wieder herzustellen. 1946 Trümmerfrauen – 1986 Strahlenfrauen – 1992 Müllfrauen? Nein Danke, sagt diese frauenpolitische Position. Sie sieht in den Aufforderungen zu Getrenntsammlen, zu müllvermeidendem Einkauf wie zu ökobeußtem Haushalten eine Verschärfung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilungen.

Dieser Fraktion stehen seit den erregten Diskussionen nach Tschernobyl 1986, die erstmals eine Spaltung der Frauenbewegung in eine Gleichberechtigungspolition und die Ökoposition erkennen ließen, die Vertreterinnen einer Ökomoral gegenüber. Sie rufen die Frauen dazu auf, ihren Beitrag zur Lösung des Müllproblems zu leisten. Sie plädieren für eine „Konsumwende“ und wenden sich damit an die Frauen, da Frauen oft das Haushaltsgeid verwalten, und sie folglich über eine große Konsummacht verfügen. Der Kaufverzicht und der bewußte, ökologische Einkauf seien effektivste Mittel zur Abfallvermeidung und diese lägen in der Hand von Frauen. Dieses Argument ist problematisch. Es verengt das Müllproblem einerseits auf ein Hausproblem. Darüberhinaus ist das Argument von der Konsummacht der Frauen nicht stimmig. Die empirische Konsumforschung zeigt, daß Frauen bestimmte Schwerpunkte der „Konsummacht“ haben, zu denen der Nahrungsmiteileinkauf, Damenbekleidung, Artikel der täglichen Körperpflege einschließlich Kosmetika gehören. Es gibt frauen- und männerdominierte Produktgruppen.

Die Konsumforscherin Ulrike Froeschauer laßt die Ergebnisse dahingehend zusammen: „Deutlich ist zu erkennen, daß Frauen für Wohellichkeit und Haushaltsführung zuständig sind, fürs Auto und Freizeitechnik dagegen Männer, wobei bereits die Kinder diese typischen geschlechtsspezifischen Rollen übernehmen. Beim Kauf von Unterhaltungstechnik und beim Autokauf übt der Sohn mehr Mitbestimmung aus als die Mutter.“<sup>3)</sup> Unterhaltungstechnik, Auto- und Freizeit- bzw. Hobbyartikel machen einen immer größeren Anteil am Sondermüllaufkommen aus, insbesondere Farbe, Lacke, Elektromüll. Sie sind entschieden verpackungsintensiver (die Styroporverpackungen der Videogeräte) als die immer wieder in der Umwehaufklärung bemühte Einkaufsstätte für Lebensmittel. Dennoch ist zu fragen, warum sich de facto die Mehrzahl

der Fräulein in der BRD nicht so verhält, wie es die harte Position etlicher Feministinnen vorschlägt, die im ökologischen Haushalt ausschließlich die Mehrarbeit für Frauen sehen und empfehlen, die ganzen Anforderungen zu ablehnen, indem Haushalt zu ignorieren?

Im Rahmen unserer „Frucht- und Müll-Studie“ wurden Frauen dazu befragt. Die aus den Interviews ableitbare Antwort ist ganz einfach: Frauen sind vor allem mit dem schlechten Müll-Gewissen erpresst, weil sie sich für die Gesundheit ihres Mannes verantwortlich fühlen. Aus Gesundheitsverantwortung sind sie massenhaft in die Anti-Müll-Kämpfe eingegangen! Aus Angst vor Krebs haben sie versucht, durch intensiven Prozess Müllverbrennungsanlagen zu verhindern. Zwei Drittel der Aktiven in den Kollisionsfeldern sind Frauen. Sie engagieren sich, weil sie es sind, die die Langzeitkranken pflegen und die Kurzzeitkranken assistieren.

Nach dem Atomunfall in Tschernobyl wurde auch schon vorher in Ehrsting bei sich die grübelnde, existenzielle Wiedermahnung von Isotomarbeit zu verantwortung um deutlicher gezeigt. Müllarbeit ist ein wenig, notwendig, vorwiegend, wenn die Arbeitstätigkeiten weniger informiert sind, zeigen. Insofern eine „dunkle“ Arbeit. Das moralische Gewissen der Frauen den Kindern gegenüber, wegen der Schmutzbelastungen des Erbes, wegen der Krankheitserregern, Wohnung und gefährliches Spielzeug, ist für alle Müllbearbeitungsstrategien wichtig, umzusetzen. Deshalb funktioniert das Frauen und Müll-System bei so vielen Frauen.

Seine gesellschaftliche Funktion geht weit über das Müllproblem und den Ökologiekampfen hinaus und zielt ein Licht auf zukünftige soziale Tendenzen in der Neuzusammensetzung der gesellschaftlichen Arbeit. Das wird schlagartig deutlich, wenn versucht wird (was in der Müllbehalte in Deutschland niemand tut), das „Neue“ der Müllarbeiten einmal in den Kategorien der gesellschaftlichen Arbeit zu fassen. Schon in den siebziger Jahren gab es in der BRD Ansätze zur Wiederverwertung von Abfällen mit einer technischen Trennung des vermischungsgeprägten Mülls operierten. Sie funktionierten nicht, weil eine ausschließlich technische Abfalltrennung nicht funktioniert. Erst der Arbeitsgang der sortenreinen Vorsortierung erlaubte es, verfahrenstechnische Methoden zur Wiederaufbereitung zu entwickeln. Das mit Gemischtesten vermischte Altpapier war beispielsweise nicht dafür geeignet. Die technischen Verfahren der Wiederaufbereitung sind also an den ersten Arbeitsgang einer sortenreinen Vorsortierung gebunden. Hier – und dies bedingt einen neuen Stellenwert der unbezahlten Hausarbeit – in die Haushalte verlegt worden ist. Das

heißt: Wo bisher die unbezahlte Hausarbeit für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft notwendig, wird sie jetzt erstmals direkt als erster Arbeitsgang in den Prozess der Produktionszugang einbezogen. Die nunmehrige Hausarbeit wird damit direkt zum Bestandteil des industriellen Produktionsprozesses. Täglich arbeiten tausende von Frauen gratis als Sortierkräfte, Packerrinnen und Zulieferantinnen für die Recycling-Industrie. Sie tun dies – das haben die Befragungen in den Frauen und Müll-Studien ebenfalls ergeben – weil sie einen Beitrag zur Minimierung der Abfallmengen leisten wollen. Sie tun dies, weil die Wiederverwendung von Abfällen zum Teil immer nicht in der Logik der industriellen Wertschöpfung liegt. Sie tun dies, weil ihnen diese Arbeit als sinnvoller Beitrag zur Abfallvermeidung erscheint.

Dass diese Einschätzung problematisch ist, zeigen die Angaben den Produktionsstatistiken von Verpackungsmaterialien.<sup>1)</sup>

Dr. Ingeborg Schulte arbeitet am Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt a.M. Sie befasst sich konzeptionell und praktisch mit dem Aufbau einer sozialökologisch-ökonomischen und sozialökologisch-inhaltlich orientierten Umweltbewusstseinsbildung.

Dieser Artikel ist die gekürzte und überarbeitete Fassung einer im Jahrbuch zum sozialökologischen Forschungsergebnis der Arbeitsgemeinschaft für Umweltökologie, Frankfurt 1991.

1) Eine gewisse Menge an Müll hat die von der Bundesregierung im Jahr 1980 durchgeführte Studie „Umwelt und Wirtschaft“ in Frankfurt 1980.

- 1) Ingeborg Schulte: Müll und Wohnung, Frankfurt und Müllmarkt.
- 2) Froschmann, Ulrike (1987): Konsumveränderung und Konsumverhalten. Göttingen, Kassel, in: Kisch, Manfred, Der neue ökonomische Blick auf den Göttinger, Reinbek 1987, S. 27.
- 3) Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 19. 11. 1987 hat die Produktion von Verpackungsmaterialien im Vergleich 1987/1986 um 1,1 Milliarden Mark zugenommen (1987: 31 Milliarden Mark, 1986: 29,9 Milliarden Mark).



## EXPO'S JAZZ & JOY

„Expo's Jazz & Joy“ (any/vBr 2122 2)



Hip Hop aus Deutschland – ja, den gibt's, und dies dürfte inzwischen auch hinlänglich bekannt sein. Aber Expo's Jazz & Joy ist mehr. Es ist ein musikalisches Projekt das die Wuppertaler Hip Hop-Formation EXPONENTIA!, ENJOYMENT zusammen mit den beiden deutschen Free Jazz-Legenden Peter Brötmann und Peter Kowald, sowie der Sängerin Sainkho Namtchylak gestartet haben.

*This is a projekt between jazz & rap, sie singen und meinen es auch so.*

Überhaupt geben sie in den insgesamt 15 Titeln einige Statements ab. In *OVERTURE* und *UNDERTURE* zum Beispiel (beide Titel unterscheiden sich nur dadurch, daß letzterer noch mehr in Richtung dancefloor getrimmt ist) rappen sie auf Teufel komm raus: *Der kreative Geist, aus Krach, Geräusch und Dissonanz, Musik zu erschaffen liegt uns gleichermaßen. Wir meinen es ernst, denn Jazz ist eine ernste Musik, ein Teilbestand der uns liegt, denn wir wollen komponieren, Neues kreieren mit verschiedenen Stilmitteln jonglieren...*

Es bleibt nicht nur bei den Lippenbekanntnissen: sie tun es – kompromißlos. Die Symbiose aus Free-Jazz-Klängen, groovenden Rhythmen und Schnellsprechgesang ist geglückt, tendenziell kommen besonders Tanzfreaks auf ihre Kosten.

Bestimmte Südtiroler Politiker, die seit Jahren das Schreckensgespenst der Sprachvermischung verfolgt, und die sich ständig mit fadenscheinigen Argumenten gegen mögliche gemischtsprachige Kindergärten oder gemischtsprachige Schulversuche aussprechen und

querlegen, sollten sich diese CD ruhig anhören.

Denn Duke T aus Nigeria, General GG, Peter Kowald aus Deutschland und Goldlover D aus Jugoslawien rappen in Englisch, Deutsch, Pidgin, Yoruba, Serbo-Kroatisch etc., und das klingt nicht nur gut weil sie Schnellsprecher sind, sondern sehr hip und überhaupt nicht ex und hop.

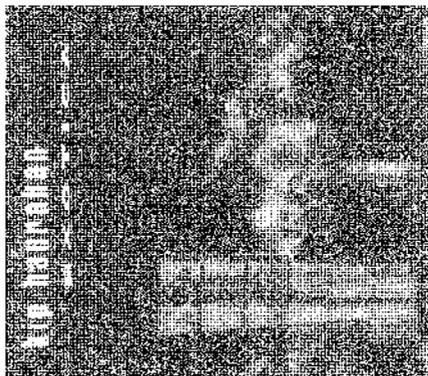
*Ja, es gibt einige Dinge, es gibt einige Dinge..... da könnte man von EJ&J so einiges lernen, in diesem Fall sind es auch die musikalischen Ansichten, die sie verpflichten weiterzuführen was zuvor erdacht und hervorgebracht.*

*Neue Ideen, andere Stufen zu erreichen, Kategorien zu überspringen (WELCOMME), es gelingt ihnen scheinbar mühelos. Multikulturell? – sind wir ohnehin und diese Art von Musik wäre für die Szene ein Gewinn meinen sie selbstbewußt. Hinnehmen und sich dafür nicht zu schämen, wäre das Selbstverständnis welches sie erstreben. Wie Recht sie haben!*

Anderer Jazz-Hop Formationen mögen im Gesamtbild zwar homogener klingen, weil sie auf traditionellere Jazz-Formen zurückgreifen oder einfach alte Jazz-Platten samplen, schräger und innovativer aber ist die Musik von EJ&J.

## KIP HANRAHAN

„Exotica“ (american clavé VMG 1027)



Wäre Kip Hanrahans letztes Album „Exotica“ eine Leinwandproduktion, es ließe sich trefflich als „Monumentalwerk“ umschreiben. Monumentalwerk einmal der monströsen, endlangen, wortgewaltigen Titel wegen. Titel wie *You can tell Someone Who'll Never Fulfill Their Potential by the Way They Measure the Evening* oder *As in the Bronx*

*(You Can Tell Where Someone Comes From by What They Laugh At)* gehören nun einmal nicht zum gängigen Standard.

Zweitens ist auch die Vielzahl der mitwirkenden Musiker beachtlich.

Mag es auch zunächst den Anschein erwecken, dieser Vergleich zur Filmbranche sei an den Haaren herbeigezogen, so beweist ein Blick auf Kip Hanrahans Biographie das Gegenteil: Kip Hanrahans künstlerisches Interesse beschränkt sich eben nicht nur auf musikalische, es umfaßt durchaus auch filmische Projekte.

Lange Zeit war Kip Hanrahan in der Filmbranche als Assistant Director tätig; zudem „inszeniert“ er auch heute noch gerne seine, oder vielmehr die Bühnenauftritte seiner Musiker – denn meistens tritt er selbst dabei auf der Bühne nur sprosodisch in Erscheinung. Lieber steht er am Bühnenrand und lauscht, was aus seinen Songs gemacht wird; da und dort gibt's ein paar geheime Handzeichen und nur selten erklimmt er die Bühne um einige Anweisungen zu geben ...

Nicht umsonst wird Hanrahan deshalb treffend als „Musikregisseur“ bezeichnet.

Der New Yorker, der selbst produziert (auch für andere), ist Gründer und Direktor des Labels „american clavé“. Der daherrührende künstlerische Freiraum ist auf „Exotica“ spürbar.

„Exotica“ ist aber wie gesagt kein Film, es ist Musik – ungewöhnliche Musik zugegebenermaßen. Dieses Album ist – um es vorwegzunehmen – ein komplexes Werk, mit anderen Worten: keine leicht verdauliche Kost.

Es herrscht eine eigenwillige Stimmung vor: Ungewohnte, oft exotisch angehauchte Klänge ergeben einer im Gesamtbild eigentümlichen Sound. Akzentuierende Pianotupfer, eine pulsierende Hammondorgel und verhaltene Bläser lockern die unaufdringliche, trotzdem sehr dichte, teilweise eben „exotisch“ angehauchte Perkussion auf. Hervorzuheben sind die tollen Baßsequenzen! Dazu kommt Hanrahans phrasiert kühler Sprechgesang, der teilweise schon fast monoton einwickelnd – trotzdem aber nie einschläfernd klingt.

Die Lieder gehen scheinbar schwerelos ineinander über. Ein kleines Highlight der CD ist sicherlich *G-d Is Great*. Fantastisch dabei vor allem der Baß von Jack Bruce.

Kip Harrahan würde ich als einen sehr bunten Vogel bezeichnen. Die vorherrschenden Farben sind zwar grau und schwarz, diese dafür aber in ungewöhnlich vielfältigsten Schattierungen.

„Exotica“ taugt sicher nicht zum Haarruck-Konsum. Im Fachjargon würde dies wohl heißen, „ist nicht kommerziell radiofähig“. Der Hörgenuß wird deshalb keineswegs geschmälert.

### THE ROYAL MACADAMIANS

„Experiments in Terror“ (Island)



Die zwei spielenden Stoffbären des Albumcovers deuten es bereits an: THE ROYAL MACADAMIANS treiben hemmungslose musikalische Spielchen. Man nehme die Bruchstücke von sieben verschiedenen Puzzles, vermische sie und füge alles zu einem großen Ganzen zusammen: Musikalischer Dadaismus. Die Titel werden teilweise abrupt unterbrochen um dann variiert fortzufahren. Computerisierte Stimmen in *BABY*, elektronische Klänge divergieren mit arabischen.

Eine Frau rezitiert aus einem, die Schönheit des Libanon anpreisenden Werbespektakel. Einkaufen, Strände, Night-Clubs, Casinos ... und dazu dann mittendrin Maschinengewehrsalven, Bombenexplosionen, Schüsse, Schreie: *RELAX IN LEBANON*.

Ein schräges Gitarrenriff zieht sich als Leitmotiv durch *ARBEIT MACHT FREI*. Englischer (Galgen)Humor in *WHATSOEVER*.

In *HOUSEBOY* hört man feurig-jazzige Bläser und die wahrlich „lebenschte“ Stimme einer Raucher- und Säuferin die mitten im Satz hustend und würgend aufgeben muß.

Schade nur, daß der Spaß nach knapp 37 Minuten zu Ende ist. Deshalb meine Forderung: Wir brauchen mehr Experimente und noch mehr Terror! Aber zum Glück gibt's eine Repeat-Taste.

### MC SOLAAR

„Qui sème le vent récolte le tempo“

Frankreich hat mehr zu bieten als Crépes, Croissants und Chansons. Paris als



Schmelztiegel der Kulturen macht es möglich. Claude M'Barali, 23, in arte MC Solaar aus Villeneuve St. Georges (eine Vorstadt von Paris) ist das Kind senegalesisch-französischer Eltern.

*Solaar vous invite dans le rap party. Il rappe – soweit sogut – aber auf französisch! Que dire? que faire? Rap auf französisch ist mehr als do re mi fa sol la si & trallalalala. Zum Charme der wunderschönen Sprache kommen die in atemberaubendem Tempo vorgetragenen Texte mit sozialen – politischen Inhalten.*

Ob die traurige Lebensgeschichte von le pauvre Armand oder der Aufstand der chinesischen StudentInnen auf dem Tien Anmen Platz: Gewalt, Rassismus, Arbeitslosigkeit sind die Themen.

Musikalisch ist dieses Debutalbum auch nicht ohne: Tunz bis zum Umfallen ist angesagt. DJ Jimmy Jay sorgt für die scratches. Marvin Gayes Intro zu „Inner City Blues“, unterlegt von einem sattem langsamen Schlagrhythmus, ein klagendes Sax: Le pauvre ARMAND IST MORT. Überhaupt finden sich einige Anleihen bei alten Soulnummern.

Auch eine Liebeserklärung an *CAROLINE* ist zu finden: *Elle était ma vitamine / Elle était ma drogue ma dope, ma coke, mon crack / Mon amphétamine, Caroline.*

Leider nicht auf dem Album, aber sehr empfehlenswert ist ein Titel den MC Solaar als Duett mit Gangstarr Rapper GURU aufgenommen hat. *LE BIEN, LE MAL*, zu finden auf „Jazzmatazz Vol I“ ist ein wahres Rap-Feuerwerk.

In seinem Heimatland kennt ihn inzwischen (fast) jeder Mensch. Solaar? *Sev hématomes étaient plus gros que les seins de Samantha Fox.* Oh la! Jetzt wird's aber *3, 4, 3, 2, 1 tempo!*

Alexander Larch

### „The Piano“ von Jane Campion Eine Poesie

„The Piano“ ist ein Film, in dem die Bildsprache die zentrale Rolle hat, ein Film der auch gänzlich ohne Worte auskommen würde. Nicht nur daß die Hauptdarstellerin stumm ist, und Dialoge schon aus diesem Grunde fast nicht vorhanden sind, auch auf die wenigen Worte, die fallen, könnte verzichtet werden. Es gelingt der Regisseurin Jane Campion und dem Direktor der Fotografie Stuart Dryburgh hervorragend, die Gemütszustände der Hauptdarstellerin durch Bilder und Musik auszudrücken und den Zuschauer in eine phantastische Welt zu entführen. Die herrlich gesättigten Aufnahmen und die märchenhafte Fotografie sprechen den Zuschauer auf faszinierende Weise an. Herrliche Kamerafahrten und -bewegungen erlauben schon am Anfang des Filmes ein Eintauchen in die Geschichte, die den Zuschauer fesselt, und deren Entwicklung ihn immer wieder aufs Neue überrascht und fasziniert. Die Aufnahmen einer rauen, wilden und alles überragenden Natur tun ihr weiteres. Campion gelingt es immer wieder, mit Bildern aus der Natur den Gemütszustand der Hauptdarstellerin auszudrücken. Die schon für sich wirkenden Aufnahmen verstärkt sie mit der fast durchgehend vorhandenen Begleitmusik und durch die Beschränkung der Dialoge. Der Zuschauer hat so oft den Eindruck durch diesen Film Einblick in eine andere, poetische, der Zeit entrückte Welt zu haben. Es ist verständlich, daß dieser Film die Jury von Cannes dermaßen beeindruckt hat, sodaß ihm die „Goldene Palme“ verliehen wurde – wahrhaft ein meisterhafter Film – der Film einer Frau, über das Leben einer Frau.

Willy Stricker



## Umweltschutz in der EG

Wir leben im Zeitalter der globalen Umweltprobleme: Der Ausstoß von Treibhausgasen nimmt nach wie vor zu, die Zerstörung der Ozonschicht, der Artenvielfalt, der Bodenfruchtbarkeit und der tropischen Regenwälder schreitet voran.

Allzu lange wurde auf Kosten des ökologischen Gleichgewichts an der Idee festgehalten, daß dem Wirtschaftswachstum unerschöpfliche Naturreserven unentgeltlich zu Verfügung stehen.

### Umweltpolitik der EG

Die Umweltpolitik der EG verfolgt ein dreifaches Ziel: Schutz der menschlichen Gesundheit; Sicherstellung der dauerhaften Verfügbarkeit aller lebenswichtigen Ressourcen in ausreichender Menge und Qualität; Wasser, Luft, Raum, Klima, Rohstoffe, Freiräume für Tiere und Pflanzen.

Die Umweltpolitik der EG konzentriert sich auf zwei Hauptgebiete: Die Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Umweltbelastung, die bessere Nutzung des Raumes, der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.

### Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch die EG:

- **Saubere Gewässer:** Mehrere Richtlinien der Gemeinschaft betreffen den Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer. So wurden Qualitätsziele für Badegewässer, für Wasser für den menschlichen Gebrauch, für Binnengewässer zur Erhaltung des Fischbestandes festgelegt.

- **Saubere Luft:** Richtlinien der Gemeinschaft stellen Grenzwerte für die Luftverunreinigung durch Kraftfahrzeuge, durch den Schwefelgehalt von Heizöl und den Bleigehalt von Benzin auf.

- **Weniger Lärm:** Gemeinschaftliche Richtlinien legen den zulässigen Geräuschpegel für Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Krafträder, Zugmaschinen, Überschallflugzeuge, Hubschrauber, Rasenmäher, Preßlufthammer und andere Baumaschinen fest und sehen Meßverfahren hierfür vor.

- **Recht auf Umweltinformationen:** Ziel dieser Richtlinie ist es, den freien Zugang zu den bei den Behörden vorhandenen Informationen über die Umwelt sowie Verbreitung dieser Informationen zu gewährleisten.

**Die Umwelt und der EG-Binnenmarkt**  
Das Ziel des sogenannten Binnenmarktes heißt Wirtschaftswachstum. Zweifelsohne begeistert das Stichwort

„Wirtschaftswachstum“ Geschäftsleute, Politiker und Ökonomen, weitausweniger jedoch die Umweltschützer.

Denn ganz offensichtlich hängt quantitatives Wirtschaftswachstum mit ökologischer Zerstörung zusammen.

Sogar die Experten der EG (Task Force Report) haben diese Tatsache in ihrem Bericht zur ökologischen Verträglichkeit des Binnenmarktes zugegeben.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind alarmierend.

### Einige konkrete Angaben aus diesem Bericht:

\* **Transport:** Durch die Aufhebung der Zollkontrollen und durch den freien Wettbewerb ist mit einer Zunahme des grenzüberschreitenden Lastwagenverkehrs in der Höhe von 30 bis 50% zu rechnen.

Neben den zusätzlichen Schadstoffbelastungen der Luft (Zunahme der Emissionen um 10 bis 20% bis ins Jahr 2006, bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 4,5%) und zusätzlichem Lärm wird dies weiteren großflächigen Landverbrauch für die notwendig werdenden Infrastrukturen nach sich ziehen.

Der große Verlierer ist die Eisenbahn.

\* **Abfall:** Die Abfallberge werden weiter wachsen: Heute produziert die EG 2 Milliarden Tonnen Abfall pro Jahr. Davon sind 150 Millionen Tonnen Industrieabfälle und 20 bis 30 Millionen Tonnen gefährliche Abfälle. Die bestehenden Entsorgungskapazitäten für gefährliche Abfälle bewältigen bloß 2 Millionen Tonnen pro Jahr, das ist weniger als 10% der anfallenden Menge. Die Gefahr besteht, daß ein regelrechter Sonderabfall-Grenzverkehr in Gang kommt.

\* **Landwirtschaft:** Im Landwirtschaftsbereich wird eine weitere Industrialisierung vorausgesagt, verbunden mit einer Zunahme von Chemikalieneinsatz und einer fortschreitenden Verdrängung der Kleinbetriebe im freien Wettbewerb.

\* **Tourismus:** Eine weitere Zunahme des Massentourismus vor allem im Süden wird vorausgesagt.

Es muß jährlich mit zusätzlichen 10 Millionen Touristen in Spanien und 8 Millionen in Griechenland gerechnet werden.

Dies bedeutet eine massive Erhöhung des Straßen- und Luftverkehrs und schließlich die Zerstörung der letzten natürlichen Zufluchtsstätten.

\* **Energie:** Zunahme um 25% bis 2010 mit der Folge einer 20prozentigen Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen der EG gegenüber

1987. Der EG-Bericht hält des weiteren fest, daß das Binnenmarktprogramm im Energie-Bereich den ökologischen Kosten kaum Rechnung trägt.

### Forderungen der Umweltschützer

Angesichts solcher Bedrohungen nehmen die Umweltschützer eine kritische Stellung ein. Es ist schwierig, sich ein Urteil über die EG-Umweltschutzpolitik zu bilden.

Einerseits gibt es interessante Expertenberichte, die relativ fortschrittliche Studien verfassen. Auf der anderen Seite ist nur relevant, was der EG-Ministerrat konkret beschließt.

Was wir brauchen ist ein ökologisches und soziales Europa.

Das bedeutet konkret:

- \* Verbesserung des öffentlichen Verkehrs (Ausbau des Eisenbahnnetzes)
- \* Herstellung umweltgerechter Erzeugnisse
- \* Einrichtung umweltgerechter Produktionsverfahren
- \* Förderung alternativer Energiegewinnung
- \* Maßnahmen zur Sanierung von Umweltproblemen
- \* Umweltfreundliche Bewirtschaftung in Land- und Forstwirtschaft.

Wir sehen aber auch für Südtirol folgende Fragestellungen, die im Rahmen der Binnenmarktwirkungen zu prüfen wären:

— Welches sind die Auswirkungen des Binnenmarktes auf Südtirol in bezug auf den Verkehr, auf die Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden und auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen (Landschaft, Boden usw.).

— Welches sind die Sozialkosten oder externen Effekte der Markt deregulierung? Es wäre der Versuch zu unternehmen, im Rahmen einer Ökobilanz und einer Folgekostenrechnung von Umweltschäden die positiven und negativen Effekte gegenüberzustellen.

— Welches sind die nutzwirtschaftlichen Wirkungen auf die Übernutzung des Alpenraumes und die Gefährdung der alpinen Biosphäre?

— Welches sind die ökologischen Folgekosten des geplanten Strukturwandels in der Landwirtschaft?

*Willi Erschbaumer ist Mitarbeiter des Dachverbands für Natur- und Umweltschutz, Kornplatz 10, Bozen*

# Tourismus: Auswirkungen auf die Umwelt

Jedes Jahr erwandern, durchreisen und befahren mehrere Millionen Touristen das Land Südtirol. Dies bringt nicht nur Vorteile, sondern auch arge Belastungen mit sich. Segen und Schäden liegen somit oft sehr nahe beieinander, und in unserer Lebenswelt im sensiblen alpinen Bereich sind diese Schäden bereits derart sichtbar und spürbar, daß sich bei der Mehrheit der Bevölkerung Angst und Sorge vor der Zukunft breit macht.

Eine Transitalawine von Süden und Norden, aber auch durch das Pustertal und den Vinschgau überrollt das ganze Jahr über (mit Ausnahme weniger Wochen) das Land. Bis über die Waldgrenzen in die hintersten Seitentäler hinein und über die Dolomitenpässe hinweg wälzen sich oft Kolonnen von Blechkisten, und dies nicht nur an Wochenenden, wobei Einheimische wie Gäste gleichermaßen daran beteiligt sind.

**Alpine Erschließung:** Es ist nicht nur der viele Verkehr, der uns Sorgen bereitet, sondern auch die zunehmende alpine Erschließung durch Skipisten, Wanderloipen, Almtourismus (der vor allem südtirolspezifisch ist) und Massenwanderung bis in hochalpine Bereiche. Unter dem Schlagwort der „qualitativen“ Verbesserung werden zwar zunehmend weniger Neuerschließungen, aber vielfach Erneuerungen und Erweiterungen durchgeführt, welche bei besserem Hinsehen wiederum eindeutig ein großes quantitatives Wachstum ergeben. Alte Infrastrukturen (Lifte, Piston, Zufahrtswege u.a.) werden durch neue und bessere ersetzt, womit aber immer auch gleichzeitig das Transportvolumen erhöht wird, mit den uns wohlbekannten Folgerschneidungen. Mancherorts stieg die Ueberbergungskapazität von 1973 bis 1990 um mehr als 100 % (z. B. Wolkenstein, Lajen, Meransen-Vals usw.), und der Urlaubsverkehr erhöhte sich gleichzeitig um 200 bis 300 %. Fast jeder Urlaubsgast kommt mit dem eigenen Auto bis vor die Herbergstür und findet oft fast keinen Stellplatz mehr. Unter dem Vorwand der Arbeitsplatzhaltung öffneten und öffnen noch Raumordnungsbehörden und kommunale Verwalter

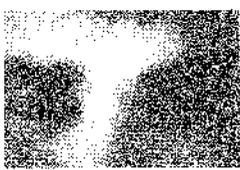
Tür und Tor für zweifelhafte Erweiterungen und Aufstockungen unter Aufopferung bester Kulturgüter und für sie wertloser Biotope.

Was schon vor zwei Jahrzehnten unüberlegte Blumenspflücker wegen des Abreibens von ein paar Anemonen bestraft wurden, haben wenige Monate oder Jahre später dieselben Gesetzgeber und Verwalter großflächige Planierungen und die Entfernung von Pistonengässen mit dem Hinweis auf die Sicherheit der Skifahrer großzügig genehmigt, ohne Rücksicht auf Landschaftsschäden und die schwerwiegenden Folgen für den Wasserhaushalt der Gebiete. Skipisten wurden geschaffen und werden immer noch erweitert, nötigenfalls auch durch Rodung vieler Hektar Wald bis hinunter ins Tal. Schneit es nicht, werden neuerdings energiefressende und wasserverbrauchssintensive Schnockkanonen frühzeitig für die Weihnachtszeit bereitgestellt. Daß dafür wiederum mehr Atomstrom eingeführt oder im Lande irgendwo ein neues Kraftwerk erbaut werden muß, scheint zwar weit hergeholt zu sein, es ist aber so. Daß sich aber durchaus nicht alle Skigebiete als solche eignen und es besser wäre die dort vorhandenen Skifahrer ins benachbarte Skikarusell zu bringen, um dort die Kapazität auszufüllen, um aus den roten Zahlen zu kommen, diese Überlegungen würden manchmal der Wirtschaftlichkeit und der Umwelt mehr nutzen.

Die Flächenbeanspruchung durch touristische Infrastrukturen im alpinen Bereich war mancherorts bereits schon vor 15 Jahren am Limit und nimmt immer noch zu. Aufstiegsanlagen, Abfahrtskipisten, Loipen, Ferienhütten, Golfplätze und andere Einrichtungen für den Fremdenverkehr werden immer noch mehr und größer, obwohl die Übernachtungszahlen stagnieren und die Auslastung abnimmt. Derzeit (ISTAT 1989) gibt es allein in Südtirol mindestens 450 Aufstiegsanlagen, 654 km Skipisten und 1400 km Langlaufloipen. Weitere Einrichtungen wie Beschneiungsanlagen, Speicherseen, Imbißbetriebe, Kanalisierungsstränge nehmen zusätzlich Fläche in Anspruch und greifen in das sensible

alpine Ökosystem bis weit über die Waldgrenze hinauf so ein, daß diese Eingriffe in Vegetation, Pflanzenwachstum und in das hydrogeologische Gleichgewicht kaum noch zu überblicken sind. Vor allem die Zubringung vieler Menschen in diese sensiblen Räume und die ständige intensive Bearbeitung und Veränderung durch Einbringung von Stoffen, die an diese Bereiche nicht angepaßt sind und in ihrem Einfluß auf das vorner ausgewogene System von Tier, Pflanze und Boden kaum mehr eindeutig bewertbar sind, geben arge Probleme auf, die dann bei der Lösung und der Behebung der Schäden sehr viel Aufwand erfordern. Dies bringt trotz bedeutsamer Einnahmen durch Massentourismus bei Miteinbeziehung aller mittel- und langfristigen Schäden, wie Neuschaffung von Erosionsrinnen, Abtragung von Vegetationsdecken, Zerstörung von Lebensräumen kleinster Lebensformen von sonst schon gefährdeten Tier- und Pflanzenarten und somit der Entfernung ihrer selbst, Verluste und unter dem Strich bilanzmäßig keine Profite, wenn man nicht Teile solcher Räume vor jeglicher Erschließung, Massenzertampfung und Intensivbenutzung, abschließt.

**Tourismus und Verkehr:** Wenn um 1860 auf der Brennerroute nach Süden wenige Straßeneisende meist hoch zu Pferd oder in der Kutsche des Weges kamen, so bildete dies für das Land keine Belastung. Aber schon im Jahre nach der Eröffnung der Südeisenbahn (Brennerseisenbahn) um 1868 kamen zweihunderttausend Personen über den Brenner. Auch die Güterbeförderung nahm stark zu, und damit begann auf der Hauptstrecke durch das Eisacktal die Belastung. Bei der Eröffnung der Brennerseisenbahn fuhren zwei Zugpaare täglich, um 1900 verkehrten bereits fünf Schnellzugpaare und zahlreiche Sonderzüge. Heute (1993) fahren 90 bis 95 Züge über dieselbe Strecke. Während zu Beginn dieses Jahrhunderts noch sehr wenig Gäste des zu dieser Zeit in einigen Ortschaften Südtirols aufblühenden Fremdenverkehrs (in Bozen, Meran, Brixen, Toblach



u.a.) mit dem Auto anreisen, kommen heute fast 94% mit dem eigenen Auto angereist und kaum 7% mit der Bahn oder dem Bus. Dies bedeutet, daß allein über den Brenner heute jährlich fast 10 Millionen PKWs (110.000 Busse), über den Grenzübergang Wincebach etwa 3,2 Millionen PKWs (fast 15.000 Busse) fahren, während über den Reschen immerhin noch 1,8 Millionen PKWs (15.200 Busse) ein- und ausreisen. Davon entfallen mindestens 50 bis 60 % auf Ausflugs- und Urlaubsverkehr. Wie stark der Verkehr wirklich vom Tourismus beeinflusst wird, zeigen allein schon die Staus an manchen Sommer-Weekenden an den Mautstellen, an den Aus- und Einfahrten der Autobahn und an den Grenzstellen. So muß die Brennerautobahn an Spitzentagen im Juli und August (diese beiden Monate sind die Hauptferienmonate) mehr als hunderttausend Fahrzeuge pro Tag schlängeln, die Staatsstraße hat an Spitzentagen immerhin noch ca. 25.000 Fahrzeuge zu bewältigen. Was dies bezüglich Entwicklung und Abgang von Schadstoffen bedeutet, können folgende Zahlen belegen. Allein an der Brennerautobahn zwischen Brenner und Bozen werden jährlich von den dort fahrenden Verkehrsteilnehmern etwa 65.000 Tonnen Kohlenmonoxid (CO), 1.200 Tonnen unvorverbrannte Kohlenwasserstoffe (C<sub>7</sub>H<sub>16</sub>) und 5.100 Tonnen Stickoxide (NO<sub>x</sub>) abgegeben. Dazu kommen noch ca. 180 Tonnen Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), mehrere Tonnen Blei, Cadmium, Ruß und organische Partikel sowie ein paar tausend Tonnen an Streusalz jährlich. Zu all diesen Werten müssen noch etwa 1/4 bis 1/3 der obengenannten Schadstoffmengen durch den Verkehr auf der Staatsstraße dazu gezählt werden, wobei die Schadstoffe vom stehenden Verkehr (Staus) noch gar nicht mit einberechnet sind.

Auch auf den Nebenstraßen, wo sich neben dem hausgemachten Verkehr (Berufsverkehr) noch sehr viel Ausflugs- und Urlaubsverkehr abwickelt, ist ein starkes Ansteigen der Schadstoffe und eine enorme Flächenbeanspruchung bemerkbar. So kann man sehr gut aus einer Untersuchung des Geographischen und des Bodenkundlichen Institutes der Universität Gießen (M. Meurer und H. Wegener - „Verkehrsbelastungen im Alpenraum und ihre Auswirkungen auf den Naturhaushalt“) im Vergleich zwischen

dem Grödnertal und dem Villnößertal ersuchen, wie sich unterschiedliche Entwicklungen im Fremdenverkehr bezüglich Lärmemissionen sowie Luft- und Bodenbelastungen auswirken.

Das Grödnertal, Kastelruth, die Seiseralm und die Dolomitenpässe sind typisch für eine äußerst intensive Fremdenverkehrsnutzung mit Sommer- und teilweise auch starker Wintersaison. Das Villnößertal dagegen ist noch ziemlich bergbäuerlich ausgerichtet mit dem Hauptgewicht auf dem Sommertourismus.

Während der Fremdenverkehr in Gröden, Kastelruth, Seiser-alm und über die große Dolomitenstraße bis kurz nach dem zweiten Weltkrieg diese Gebiete noch mehr punktuell als flächenhaft belastete, kam es in der Folgezeit durch den Übergang vom Individualtourismus zum Massentourismus mit massanter Erschließung von bisher noch unberührten Gebieten außerhalb der großen Hauptstraßen zur flächenhaften Belastung des alpinen Ökosystems. Villnöß wurde bis in die 70er Jahre vom Fremdenverkehr nur individuell berührt. Es gibt aber in den letzten Jahren auch dort im Sommer immer öfter Binzeltage, an denen Autokolonnen bis zur Zanser-alm im hintersten Talgrund hinkriechen und dort Massen von Touristen und Tagesausflügler ausspucken, die dann noch einen starken Vertritt der Alm- und Weidegründe mit neuer Formung von Erosionsrinnen herbeiführen.

Im Vergleich der Beherbergungs- und Bettenkapazität zu den Übernachtungszahlen im Fremdenverkehr, sind ganz leicht aus den Resultaten der Lärm-, Luft- und Bodenuntersuchungen und aus dem Flächenbedarf des Verkehrs und der Verbauung eindeutige Zusammenhänge zu erfassen. Dabei kann man auch klar aus der unterschiedlichen jahreszeitlichen und tageszeitlichen Erfassung des Verkehrs eine Aufgliederung des Verkehrsaufkommens, verursacht durch die ortsansässige Bevölkerung, durch Tages- und Wochenfahrten zur Naherholung (PKW und Busse), durch Urlaubsgäste (PKW und Busse) und durch den Durchgangsverkehr auf der Großen Dolomitenstraße (hoher Busanteil) vornehmen. So liegt die mittlere Lärmbelastung im Grödnertal mit 62 und 68 dB(A) deutlich doppelt bis viermal so hoch wie im Villnößertal mit 58 bis 59 dB(A).

Ebenso ist die Bodenbelastung durch Blei im Grödnertal sehr hoch, sogar in Zonen mit Fahrverbot (Langental), während im Villnößertal fehlende bis geringe Bleibelastung zu erkennen ist. Die Bleiwerte lagen laut Universität Gießen im Jahre 1985/86 in Gröden zwischen 33 und 275 mg/1000 g Boden (= ppm) und zwischen 14 und 67 mg/1000 g Boden im Villnößertal. Im Eisacktal, an der extrem stark befahrenen Brennerautobahn, steigen die Werte noch weiter bis auf 700 mg/1000 g Boden an. Böden von 0–35 ppm gelten als unbelastet und solche über 100 ppm als hoch belastet.

Die Luftbelastung ist gerade im Winter bei häufigen Inversionenlagen in Tälern in Gröden hoch, im Sommer ist durch den Ausstoß von Photooxidanten und die Bildung von Ozon an Hanglagen eine Gefährdung des Naturhaushaltes von Pflanzen, Tieren und Menschen vorhanden. All diese Belastungen, wie sie im obigen Vergleich zwischen den beiden Tälern vorhanden sind, lassen sich in Südtirol recht leicht auch auf andere Täler, Gebiete und Ortschaften übertragen. Die Folgen davon sind häufig fatal: Mehr Hirschschließung – zwar mehr Geld – aber auch mehr Belastung im Boden, in der Luft, im Wohnbereich – Einschränkung der Lebenswelt – schwierige soziale Verhältnisse. In der Gesamtbetrachtung bedeutet dies im Moment gesehen zwar materiell mehr Einkommen, insgesamt auf die Dauer aber bei Einberechnung der Lebensgrundlage Natur und Umwelt als Kapital eine Verarmung. Eine Lösung kann nur in der starken Einschränkung des Individualverkehrs Auto/Motorrad und in der Verbesserung und der Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Fahrradverkehrs liegen. Dies verbietet wiederum, daß Megastrukturen wie Hochgeschwindigkeitsbahnen (TAV-ICE-Basistunnel) geschaffen werden. Vielmehr muß der örtliche und regionale Verkehr besser organisiert und an die lokalen Bedürfnisse angepaßt werden und das Lebensumfeld im eigenen Wohnbereich lebenswert sein. Somit haben die Menschen weniger das Bedürfnis, häufig mit dem eigenen Auto weit wegzufahren zu müssen, um sich dort zu erholen.

*Gregor Beikircher ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Umwelt im Eisacktal*

## Alemagna: Eine Denkübung

Der Leser kommt sicherlich das Spiel, das in verschiedenen Zeitschriften sehr beliebt ist. Dabei geht es darum, in einer Zeichnung logische Fehler zu entdecken; fündig ist man geworden, wenn man z. B. auf Pferde stößt, die von hinten aufzubrechen wollen, oder Kanonen sieht, die auf Fliegen zielen. So oder ähnlich kann das folgende Statement zur Alemagna-Autobahn verstanden werden. Die Fehler sind gut oder weniger gut im Text versteckt, oft ist nicht einmal klar, ob es sich um einen Fehler handelt: Es kommt auf den Betrachtungswinkel an. Ein Tip: Betrachten Sie das Bild aus Ihrer persönlichen, individuellen Sicht, nicht aus der Sicht einer Institution oder Gruppe, welche vorgibt, für Sie Fehler zu suchen.

Eine weitere Hilfestellung bieten kursiv gedruckte Worte, für welche verschiedene Definitionen im Umlauf sind und deren verschiedene Bedeutung vor Augen zu halten, es sich lohnt. Der Autor erlaubt sich, zu den genannten Begriffen einen Literaturverweis zu geben, in dem eine weitere Definition versucht wird, aus der Sicht des Autors eine durchaus dankbare und für die Lösung des Rätsels Vorteil bringende.

**Warum wir die Alemagna oder Alemagnas im allgemeinen brauchen.**

Das Pustertal braucht die Alemagna (oder die Pustertaler Schnellstraße oder großräumige Ortsumfahrungen oder eine ordentlich ausgebaute Straße oder wie immer man sie auch nennen will), um endlich seine Verkehrsprobleme zu lösen. Denn *Verkehr* heißt im Pustertal Autoverkehr, und die Verkehrsprobleme entstehen durch den Autoverkehr. Es ist also nur folgerichtig, an der Wurzel des Übels anzupacken und den Autoverkehr zu verflüssigen, eben durch leistungsfähigere Straßen.

Das Cadore braucht die Alemagna, weil ein unterentwickeltes Gebiet durch eine Autobahn nur profitieren kann. Verkehr ist

Leben: Günstige Verkehrsverbindungen erhöhen die Attraktivität des Standortes, und die Ansiedlung neuer Betriebe bringt neue Arbeitsplätze und *Wohlstand*.

Der *Tourismus* braucht die Alemagna, denn durch den bestehenden Trend hin zu Kurzurlauben öfters im Jahr besteht die Notwendigkeit einer schnelleren An- und Abreise. Nur durch ordentliche Straßenverbindungen kann dies erreicht werden, und nur dadurch kann die eingeschlagene Richtung hin zum *Qualitätstourismus* gehalten werden.

Die *Adria* bzw. seine Häfen brauchen die Alemagna, weil günstige Verkehrsverbindungen in den süddeutschen Raum die Konkurrenzfähigkeit erhalten und somit die Häfen am Mittelmeer nicht noch mehr von den Atlantikhäfen wie etwa Rotterdam ausgebootet werden. Die Alemagna ist somit ein Beitrag für die Erhaltung national wichtiger Strukturen wie die Adria-häfen.

Die *EG* braucht die Alemagna, denn EG heißt ein großer Markt mit freiem Güter- und Personenverkehr, und dazu braucht es die notwendigen Verkehrsverbindungen.

Die *Bauwirtschaft* braucht die Alemagna. Gerade in Rezessionszeiten muß der Staat versuchen, die *Wirtschaft* anzukurbeln, und dies kann mit Bauvorhaben wie der Alemagna vorzüglich geschehen.

Aber auch der *einzelne* braucht die Alemagna. Denn der freie Markt, der auf dem freien Warenaustausch basiert, bewirkt, daß wir für die Produkte weniger bezahlen müssen; damit können wir uns mehr leisten, wir können unsere *Bedürfnisse* erfüllen, es geht uns damit besser, und unser *Wohlstand* wächst.

Als *Arbeiter und Angestellte* brauchen wir die Alemagna, weil sie zu einer florierenden Wirtschaft beiträgt und damit unsere *Arbeitsplätze* sichern hilft.

Also auf, über Autobahnen wie die Alemagna, ins nächste Einkaufszentrum, in den Wochenendurlaub, in den freien Markt, zu mehr Wohlstand und einem guten Leben.



*Arbeitsplätze*: Rauten, E. A.: Wofür arbeiten wir eigentlich? Rasch und Röhring, Hamburg 1988.

*Bedürfnisse, Wohlstand*: Sachs, W. (Hg.): Wie im Westen so auf Erden. Rowohlt Taschenbuch, Reinbeck 1992.

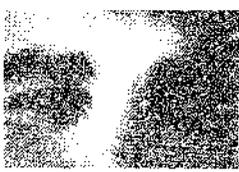
*Qualitätstourismus*: Krippendorf, J., P. Zimmer, H. Glauber (Hg.): Für einen anderen Tourismus. Fischer Taschenbuch, Frankfurt 1985.

*Verkehr*: Schweizerischer Werkbund SWB: Risse im Lack. Auf den Spuren der Autokultur. Unionsverlag, Zürich 1985.

Sachs, W.: Die Liebe zum Automobil. Rowohlt, Reinbek 1984.

*Wirtschaft*: Swasser, J., K. Traube: Die Zukunft des Fortschritts. Dietz Taschenbuch, Berlin 1984.

*Fortschritt*: Kafka, P.: Das Grundgesetz vom Aufstieg, Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt. Hanser, München 1988.



## „Der grüne Adolf“

### ÖKO-Rassismus – ÖKO-Faschismus: Die braune Gefahr hinter der grünen Maske

Sommer 1993: In einem von der Duisburger Polizei an AusländerInnen verteilten Flugblatt heißt es: „Lassen Sie sich nicht provozieren“, „Überschätzen Sie (...) nicht Ihre Kräfte“ sowie „Halten Sie einen Feuerlöscher griffbereit, und machen Sie sich mit seiner Handhabung vertraut.“

Die Brandstifter machen inzwischen Sommerpause, aber die Mordbrenner von Solingen, Mülh, Rostock, Hoyerswerda haben erreicht was sie wollten: sie haben Angst unter AusländerInnen verbreitet. Geschürt wird diese Angst jetzt von vielen – wie das Beispiel zeigt – auch von „offiziellen“ Seiten.

Faschisten und Rassisten – meist assoziieren wir mit diesen Begriffen sofort die mentalischen Bilder der „Glatze“ – der kahlköpfigen jungen Männer mit Springerstiefeln und Bomberjacke, die Parolen wie „Sieg heil“, „Ausländer raus“ rufen. Mensch kennt sie inzwischen zur Genüge – diese Bilder, die letztlich in keiner Medien-Reportage fehlen dürfen. Wohliges Grinsen und das Gefühl, mit diesen „Naziskin“-Chaoten nichts, aber auch gar nichts zu tun zu haben, überfällt uns. Zack – Klappe zu – abgehackt. Im nächsten Gedankengang lenken wir uns schon wieder ab, verfallen in gemächliche Lethargie, „So schlimm wird's schon nicht kommen!“.

Dieses Pathos gilt aber nicht mehr! Ausländerfeindlichkeit, mit einem Wort Rassismus/Faschismus, ist zu einem – leider in jeder Hinsicht – brennenden Problem geworden. Erklärungsansätze der ExpertInnen, PolitikerInnen und Medien beschränken sich vor allem auf die sozialen „Randgruppen“ bzw. auf eingeschränkte „extreme“ Kreise. Wie schön, wenn sich die Welt so leicht in gut und böse einteilen läßt.

Außer acht gelassen wird, daß sich seit Ende der 80er Jahre eine neue Rassismusvariante immer mehr ausbreitet und AnhängerInnen findet. Ökofaschistische, ökodiktatorische und ökorassistische Tendenzen sind heute in immer stärkerem Ausmaß feststellbar. Und dies nicht etwa nur in den Köpfen „einiger weniger“, sondern sie schleichen sich fast unbemerkt in unseren Alltag, vielleicht auch bereits in Deinen Kopf ein.

Was ist eigentlich Ökofaschismus? Die Erklärung ist im Grunde einfach und banal: Faschismus bzw. Rassismus, wird immer öfter mit scheinbar „ökologischer“ Argumenten modernisiert und begründet. Konkret: Ein afrikanischer Flüchtling kommt nach Europa. Er läßt sich in Deutschland nieder, findet eine Arbeit und lebt dort. ÖkofaschistInnen argumentieren nun, daß dieser Afrikaner, da er aus einer klimatisch wärmeren Gegend stammt, in Deutschland schlichtweg frieren muß, daß er zu kalt habe. Deshalb müsse er im Winter mehr heizen – ergo steige dort die Umweltbelastung. Weiters steige dort – eben durch die ZuwanderInnen – der Flächen- und Ressourcenverbrauch ...

Klingt doch im Ansatz einleuchtend. Oder? Ja?! Liebe LeserInnen, sollten Ihnen diese „Argumente“ einleuchten, dürfen Sie ruhig Angst bekommen, Sie befinden sich in „besten Gesellschaft“.

Ein weiteres Beispiel gefällig? Nehmen wir eine Plakat-Werbekampagne der Firma Esprit: „Wir könnten alle in Harmonie mit der Natur leben, wenn die Überbevölkerung nicht wäre.“

Es ist doch kein Wunder, wenn BürgerInnen solchen Sprüchen zunehmend mit Zustimmung begegnen. Seit Jahren bombardieren uns die Medien durch die Bank mit aggressiven Balkenüberschriften über die „Bevölkerungsexplosion“, die „Bevölkerungsbombe“, über das „vernichtende Wachstum der Weltbevölkerung“, „Die gelbe Gefahr“, die uns zu überschwemmen droht, oder „Menschenlawinen“, „Menschenfluten“ aus dem Osten und aus dem Süden, die unseren Wohlstand bedrohen. „Die werden uns zu den Schornsteinen, Dachluken und Kellergeschossen hereinsteigen“, so der Trierer Politologie-Professor Claus Kernig. Der Bioethiker Demographie-Professor Herwig Birg prophezeit „bestialische Gesellschaften mit Kriminalität als Dauerzustand“.

Die Problematik der wachsenden Weltbevölkerung soll hier keineswegs herabgespielt werden, aber unterschwellig schwingen diese Botschaften natürlich die Angst der Menschen, auch vor den „Fremden“.

Nach Meinung der Ökofaschisten tragen vor allem die „niederwertigen Menschen“ im Trikont (= die drei „tri“ Kontinente Asien, Lateinamerika und Afrika) Schuld an der Zerstörung der

Natur. Der Mensch sei genetisch und biologisch determiniert – praktisch alle Verhaltensweisen des Menschen seien angeborren. Der Mensch sei in seinem Wesen aggressiv und egoistisch, er hasse das „Fremde“. Der Naturbegriff wird mythologisiert, der Mensch als Parasit in der Natur verstanden. Der „ewige Daseinskampf“, die Evolutionstheorie Darwins, der Stärkere merzt den Schwächeren aus, dies seien die eisernen, unabwehbaren Gesetze der Natur. Gesellschaftliche Rangunterschiede lassen sich so „natürlich“ erklären. Es brauche wieder einen starken Staat oder einen „starken Mann“, sonst seien die globalen Umweltprobleme nicht lösbar.

Öko-Rassismus baut auf das alte Paradigma des Verstehens und des Handelns. Längst haben Rechtsextremisten und Neofaschisten den Umweltschutz – den „Schutz des Lebens“, so sagen sie – für ihre Interessen vereinnahmt bzw. verformt. Sie haben erkannt, daß die Ökologie heute gesellschaftsfähig geworden ist und nutzen dies geschickt für ihre Zwecke aus. Der Lebensschutz des „biologisch Höherwertigen“ gilt aber nur für die „weiße“, die „arische Rasse“. Die anderen, die „biologisch Minderwertigen“, sollten am besten zwangssterilisiert, selektiert oder demnächst neu „gezüchtet“ werden. Tür und Tor dazu öffnet ihnen die Gentechnologie. Es werden wieder „Rassentheorien“ in Umlauf gebracht, Kriegsverbrechen geleugnet („Auschwitzlüge“).

In den Programmen der Rechtsextremisten und Faschisten ist die Rede davon, daß Umweltschutz vor allem eine nationale Frage sei. Umweltschutz wird als neuer Patriotismus definiert. Zunehmend schreiben sich Neofaschisten Argumente wie das Recht auf Unterschied, das ursprünglich in guter Absicht von den antirassistischen multikulturellen Bewegungen geprägt wurde, auf die Fahnen. Ob Le Pen in Frankreich, der Neofaschist Maurizio Boccacci in Italien („Ci battiamo che ogni popolo abbia la sua autodeterminazione.“) oder Haider in Österreich – alle haben begriffen, daß das Recht auf Unterschied für die „Anderen“ auch (und vor allem!) für sie selbst gilt. Sprüche wie, man habe eigentlich nichts gegen Ausländer, nur sollten sie bleiben wo sie sind, sind keine Seltenheit.

Für die rechtsgerichteten Republikaner in der BRD ist die Überbevölkerung Deutschlands durch Flüchtlinge und MigrantInnen schuld an der Umweltzerstörung. Mit anderen Worten, AusländerInnen raus, und schwuppdiwupp sind die (Umwelt-)Probleme im eigenen Land gelöst.

„Einwanderungsstopps aus ökologischen Gründen“ fordert auch Herbert Gruhl (ehemaliger CDU Bundestagsabgeordneter, Gründer der ÖDP, „Ökologisch demokratische Partei“, Buchbestsellerautor), und deshalb mag „für einige überfüllte Populationen dann Gewalt oder sogar die Atombombe eines Tages keine Drohung mehr sein sondern Befreiung“ (aus seinem Buch *Himmelfahrt ins Nichts*).

Eine klare Fehleinschätzung wäre es, dies nur als die Hirngespinnste von einigen wenigen abzutun. Der amerikanische Biologe Garrett Hardin etwa, vertritt die These der „Lifeboat-ethics“. Die besagt, daß die Menschheit nur dann überleben wird, wenn die in den sicheren Rettungsbooten sitzenden Völker diejenigen, die im Wasser treiben, absaufen lassen. Die Menschheit wird sich, so der französische Forscher und Umweltschützer Jacques-Yves Cousteau, „letzter Hemmnungen entledigen,

der allgemeine Groll wird Haß erzeugen, und dieser Völkermord könnte Milliarden Menschen treffen.“

Vielsagend ist auch ein letzthin gebräuchliches Schimpfwort, mit dem neuerdings nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Obdachlose und Linke belegt werden: Sie alle sind „Zecken“ – *lästige Schmarotzer, die sich unbemerkt im Volkskörper festgesetzt haben und ihm nun munter das Blut absaugen ... Wer im Dreck lebt, ist selbst nichts als Dreck, den zu beseitigen schon die Hygiene gebietet.*

Solche Sichtweisen erfreuen sich zunehmend nicht nur in Stammtischgesprächen immer größerer Beliebtheit.

Die einfachsten Botschaften sind naturgemäß die attraktivsten, da sie verständlich klingen. Wer sich ein klein wenig kritisch damit auseinandersetzt, wird aber auf eine Vielzahl von Widersprüchen stoßen. Diese zahlreichen Widersprüche sind oft nur unterschwellig vorhanden, schwer durchschaubar – und zumeist hinter einem Wortschwall verborgen. Zudem muß mensch sich mühsam durch eine Unzahl von konstruierten Thesen – um nicht zu sagen, gedanklichen Schrott kämpfen.

Jutta Dittfurth widmet dem Öko-Faschismus in ihrem Buch „Feuer in die Herzen“ ein ganzes Kapitel. Sie spricht vom *explosiven Potenzial der ökofaschistischen Szene*. Diese Szene und ihre Vorfeldorganisationen sei *kaum durchschaubar, bzw. hätten früher verfeindete rechtsextremistische und neofaschistische Organisationen begonnen, sich anzunähern. Man braucht sich, man trifft sich, schult gemeinsam*. Und sie wartet weiter: *Biologisches, rassistisches emanzipationsfeindliches Gift hat sich längst in liberalen und linken Kreisen verbreitet. Wir finden es in der Alltagssprache, in Lehrinhalten und in den Medien.*

Noch ein paar Beispiele gefällig?

„Der grüne Adolf wäre ein völlig anderer Adolf als der bekannte“, meinte Rudolf Bahro (Lehrstuhl für soziale Ökologie an der Humboldt-Universität Berlin) in einem Gespräch von 1990. Er gehört zu den prominentesten Figuren, die ökofaschistischem Gedankengut nahestehen. (Überhaupt gibt es an vielen Universitäten Professoren, die faschistischem Gedankengut nahestehen, ihre Vorlesungen entsprechend gestalten. So auch der Dortmunder Professor Bernhard Klysz, der dort Betriebswirtschaft und Marketing bzw. respektive „Hitlers gutes Marketing“ lobt und lehrt. Übrigens verteidigt er seine Lehrmethoden, denn er erwarte sich von Erstsemestrigen, daß sie in der Lage wären, seine Hitlerbeispiele in ein gesamtgesellschaftliches Umfeld einzuordnen. Schließlich sitze hier ja die „Elite der Nation“. Aber zurück zum Öko-Faschismus.)

Der Lieblingswissenschaftler der rechtsextremistischen Szene ist der Nobelpreisträger Konrad Lorenz. Er, der österreichische Vorzeigebiologe, den ganze Generationen von Fernsehkindern aus seinen zahlreichen Fernsehsendungen als lieben Naturwunder kennen, er meinte „die Menschheit degeneriere, weil sozial Ausfallbehaftete nicht mehr selektiert würden.“

Der Verhaltensforscher schloß allzugerne von der Tierwelt auf den Menschen. „Soziale Parasiten“ seien „möglicherweise genetisch bedingt“. Überhaupt kann er alles ganz *natürlich* erklären. In einem Interview mit der Zeitschrift *Natur* äußerte sich



Lorenz, daß er „wegen der Überbevölkerung eine gewisse Sympathie für Aids habe“ und, „daß die ethisch wertvollen Menschen nicht so viele Kinder bekommen wie die Gangster in der Dritten Welt, die sich hemmungslos vermehren.“

Generell wird bereits heute ausländischen MitbürgerInnen ein schlechtes Zeugnis im Umgang mit der Natur ausgestellt. In einer vom Institut für Demoskopie in Allensbach 1992 durchgeführten Befragung von 2174 Deutschen (davon 1105 in den neuen Ländern) waren 49 Prozent der Meinung, AusländerInnen würden schlechter mit der Natur umgehen als sie selbst. Entlarvend jedoch die Antworten auf eine andere Frage. Auf die Fragestellung „Was ist den Deutschen wichtiger als allen anderen Nationen?“, antworteten 80 Prozent „das Auto“, 66–65 Prozent „soziale Sicherheit, Arbeit, Sauberkeit, Ordnung, Reisen“ und erst 36 Prozent „Wald und Natur“, bzw. 10–11 Prozent „Berge“ oder „Meer“.

### **Was können wir gegen ökofaschistische Tendenzen unternehmen?**

Die ökofaschistische Gefahr wird erstens nicht oder zu spät erkannt und zweitens von den meisten Seiten unterschätzt. Notstandsrhetorik ist an den Platz von gezielter Aufklärung und Erziehung getreten. Wie schlimm es darum steht, verdeutlicht sich beispielsweise, wenn Politiker oder Wirtschaftsvertreter davon sprechen, die Wirtschaft könne sich Rassismus nicht erlauben, weil sie auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sei und brennende Flüchtlingsheime internationale Investoren abschrecken. So wird das Feld für künftige Morde bereitet: Selektiert man die Menschen nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit, differenziert und unterscheidet man zwischen dem „nützlichen Arbeitsimmigranten“ und dem „nutzlosen Flüchtling“, ist der Terror vorprogrammiert. Und doch gilt dieses Denken heute schon fast als „normal“, denn der gesellschaftliche Konsens scheint durchaus gegeben. Welche AusländerInnen sind denn wohl nützlicher, die AfrikanerInnen, die SüdamerikanerInnen oder gar die AsiatInnen? Gedacht wird nach dem Motto: Solange der Mohr heute nützlich ist ... Morgen hat er seine Schuldigkeit getan und darf froh sein, wenn man ihn gehen läßt, statt ihn gleich rotzuschlagen. Der (Unternehmer-) Club of Rome sieht generell die Möglichkeit „einer deutlichen Verschärfung des defensiven Rassismus

in den Zielländern“. Defensiv ist er also nach Meinung dieser Herren, der neue Rassismus.

Die Herren (und wenigen Frauen) Politiker maßen sich „Lösungskompetenz“ an. Und dann fürchten sich Leute wie Edmund Stoiber vor einer „durchrassten Gesellschaft“, oder andere Politiker fürchten, „daß es uns ans Eingemachte geht.“ Öko-Rassismus ist zu einem politischen Trend geworden. Nach einer Studie des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung dürfte dieser Rassismus, der von scheinbar plausiblen Verknüpfungen lebt, künftig vor allem auf die sog. „politische Mitte“ übergreifen.

In einem Flugblatt der Grenzpolizei in Süddeutschland heißt es: „Immer wieder, versuchen Ausländer die Grenze zur Bundesrepublik Deutschland illegal zu überschreiten. Sie haben dafür verschiedene Gründe.“ Bei diesen AusländerInnen handelt es sich oft um Menschen, die „in der Hoffnung kommen, bei uns Arbeit und Brot zu finden. Die letzteren fallen auf falsche Versprechungen von gewissenlosen Geschäftsmachern herein und opfern sehr oft ihr Ersparnis und auch das ihrer Familien.“ „Die Bayrische Grenzpolizei bittet Sie deshalb um Ihre Mithilfe. Sie könnten durch sofortiges Mitteilen von Beobachtungen entscheidend zur Sicherung unserer Grenze beitragen. Haben Sie dabei keine Hemmungen; lieber zu oft als zu selten. Treten Sie aber bitte auf keinen Fall selbst mit verdächtigen Personen in Kontakt!“ Passen Sie gut auf, sie könnten womöglich angesteckt oder gar gefressen werden!

Das Bestützende und Bestemmende am Ökorassismus ist das bereits eingetretene Moment der Normalität. Der Absturz in die Barbarei ist fast geschafft – die Bankrotterklärung an die Menschlichkeit scheint unterschrieben. Packen wir's an, es gibt nicht mehr viel zu tun.

#### Anmerkungen:

##### Verwendete Unterlagen:

- die tageszeitung (taz), Berlin
- Jutta Dittforth: „Feuer in die Herzen“, Carlsen Verlag
- Spiegel Spezial 4/93
- Natur-magazin
- Die Zeit, Hamburg

ZEITSCHRIFT  
F Ü R  
LITERATUR

INN

# **Die A-Soziale Dimension des Binnenmarktes oder: „Wie heißt's in der EG?“ Alles ist möglich! – Nur keine Verbesserung der Sozialgesetzgebung**

Im Gegensatz zur starken Regelungsdichte der EG im Bereich der Ökonomie ist der Bereich Soziales auf Gemeinschaftsebene nur spärlich ausgebildet. Offiziell ist Sozialpolitik nach dem Subsidiaritätsprinzip Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten. Von der vielpropagierten „Sozialen Dimension des Binnenmarktes“ fehlt jede Spur. Daß das auch weiterhin so bleibt, beweist nicht zuletzt das Abkommen über die Sozialpolitik im Vertrag von Maastricht, das von Großbritannien und Irland nicht einmal unterschrieben wurde.

Bereits im EWG-Vertrag von 1957 und in der darauf beruhenden Rechtsprechung des EuGH (Europäischer Gerichtshofes) wurde der Vorrang ökonomische Ziele vor sozialen (oder umweltpolitischen) festgeschrieben: Die Art. 117–128 EWGV beinhalten unter dem Titel „Sozialpolitik“ zwar das „Ziel der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte“, aber nur „durch Abstimmung auf das, eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigende Wirken des gemeinsamen Marktes“. Ein Tätigwerden der Gemeinschaft auf sozialem Gebiet wurde also bereits damals so ziemlich ausgeschlossen. Es wurde zwar Zusammenarbeit in sozialen Fragen vereinbart, sozialer Fortschritt sollte aber quasi „automatisch“ als indirekte Folge ökonomischen Fortschritts das Nebenprodukt bilden (oder auch nicht).

## ***Angleichung der Lebensbedingungen durch das Wirken der Marktkräfte***

An dieser Sicht des Binnenmarktes hat sich bis heute nichts geändert. Die EG vertraut immer noch auf das Wirken der

Marktkräfte, die für die Angleichung der Lebensbedingungen der EG-Länder sorgen sollen. Daß das so nicht funktioniert, müßte eigentlich bei einem Blick auf die starken regionalen Disparitäten und das ausgeprägte Nord-Süd-Gefälle innerhalb der EG klar werden. Die Wachstumsgewinne sind ungleich verteilt denn je: Zwei „wirtschaftlichen Kraftfeldern“ mit hohen ökonomischen Aktivitäten stehen die landwirtschaftsdominierten Regionen des Südens, Griechenland, Spanien, Portugal, und Süditalien gegenüber. Das durchschnittliche Einkommen liegt hier bis zu 60 % unter dem EG-Durchschnitt und die Arbeitslosigkeit beträgt das Doppelte bis Dreifache.

## ***Die spärliche EG-Regionalpolitik setzt die Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd fort***

Die EG rühmt sich für ihr umfangreiches Regionalförderungsprogramm. Tatsächlich existieren einige Fonds zur Förderung ökonomisch unterentwickelter Gebiete bzw. des Arbeitsmarktes (EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, EAGFL – Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, die EIB – Europäische Investitionsbank und der Europäische Sozialfonds), deren Mittel jedoch trotz ständiger Erhöhung lächerlich gering sind. Überdies dürfen die Fördermaßnahmen nicht gegen die Wettbewerbsregelungen der EG verstoßen und sollten möglichst schnell wirksam werden. Von langfristiger Planung also keine Spur. Im Gegenteil: Die bisher unterstützten Projekte nehmen zum größten Teil nicht nur keine Rücksicht auf mögliche Umweltauswirkungen,

sondern perpetuieren darüber hinaus die Ungleichgewichte, die es zu bekämpfen gilt: Da die Kosten der Produktionsfaktoren Lohn und Boden in diesen Gebieten sehr gering sind, werden vor allem Betriebe mit niedrig qualifiziertem Personal oder überdurchschnittlichem Platzbedarf angesiedelt („verlängerte Werkbänke“). Im Gegensatz zu Betrieben mit anspruchsvoller Produktion, die durch die bessere Infrastruktur eher verdichtete Gebiete bevorzugen, erzeugen Betriebstypen dieser Art keine intraregionale Wachstumsdynamik, was die regionalen Disparitäten nur verfestigt, statt sie zu beseitigen.

## **Das „Europa der freien Bürger“ ist eine reine Erfindung – Tatsächlich geht es um die Mobilität der „Ware Arbeitskraft“**

Dech auch in anderen, die soziale Dimension des Binnenmarktes betreffenden Bereichen sieht es nicht so rosig aus, wie es EG-EuphorikerInnen gerne behaupten. Ein gutes Beispiel dafür ist das vielzitierte „Europa der Bürger“, das im Rahmen der Freiheit des Personenverkehrs verwirklicht werden soll. Es stimmt zwar, daß die bereits in Art. 48 EWGV verankerte „Freizügigkeit der Arbeitnehmer“ die Abschaffung jeder auf Staatsangehörigkeit beruhender Diskriminierung am Arbeitsmarkt beinhaltet, d. h. daß ein/e EG-Staatsbürger/in – und mit Inkrafttreten des EWR auch jede/r EWR-Staatsbürger/in – im gesamten

EG (EWR) Gebiet ohne Aufenthaltsgenehmigung leben und ohne Arbeitsbewilligung arbeiten und keine sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche nach dem „Huckepackprinzip“ mitnehmen darf. Soweit gut und schön, aber all diese Begünstigungen gelten jedoch ausschließlich für Arbeitskräfte mit fixem Arbeitsplatz und deren Familie. Für Nichterwerbstätige (ausgenommen PensionistInnen und Studierende) bleiben die „offenen Grenzen“ auch weiterhin geschlossen. Arbeitslose dürfen sich nur 3 Monate zum Zwecke der Arbeitsplatzsuche im EG-(EWR) Ausland aufhalten. Überdies müssen ausreichende Existenzmittel nachgewiesen werden, deren Höhe von jedem Land selbst definiert werden kann, sowie ein Krankenversicherungsschutz. Die Intention der EG-Kommission im Falle der Freizügigkeitsregelungen liegt auf der Hand: Förderung der Mobilität gesunder Arbeitskräfte und deren, die einmal wirtschaftlich verwendbar sein werden (Stu-

dicierende). Ein Zitat aus dem EG-Weißbuch von 1985, das die für die Vollendung des Binnenmarktprojektes erforderlichen Maßnahmen enthält, macht dies deutlich: „Es soll sichergestellt werden, daß dieser große Markt sich ausdehnt und flexibel ist, sodaß Ressourcen, sowohl menschliche als auch materielle, den wirtschaftlich rentabelsten Bereichen zufließen.“

Der EuGH schlägt mit seiner Rechtsprechung zur Freizügigkeit in dieselbe Kerbe: „Übergeordnetes Ziel der Freizügigkeitsregelungen ist nicht die sozialpolitische Besserstellung der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft, sondern die Förderung der Freizügigkeit. Die sozialpolitische Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die im EWGV enthalten ist, ergibt sich gleichsam als indirekte Folge aus der Freizügigkeit.“



## **„Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aus finanziellen Gründen nicht möglich“**

Zum Ausdruck kommt diese Haltung insbesondere in der Frage der Zusammenarbeit der EG-Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit. Derzeit existieren im EG-Raum hinsichtlich ihres Aufbaus und ihrer Finanzierung höchst unterschiedliche Sozialversicherungssysteme. Noch größer als die organisatorischen Unterschiede sind jedoch die Unterschiede im Leistungsniveau: Während die Staaten mit hohem BIP ein relativ gut ausgebautes Netz an Sozialleistungen aufweisen (vor allem Dänemark, Holland und Deutschland), ist die soziale Absicherung in den ärmeren Staaten Griechenland, Spanien und Portugal äußerst mangel-



haft (keine gesetzliche Versicherung, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.). Zur Frage einer eventuellen Angleichung der Sozialversicherungssysteme zur Hebung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen in den benachteiligten Regionen äußerte sich das Europäische Parlament 1989 (das als links dominiert gilt) in einer Entschließung folgendermaßen: „Wir bekräftigen die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften im Bereich der sozialen Sicherheit. Aufgrund der Finanzierungsprobleme halten wir eine Angleichung jedoch für wirklichkeitsfremd und nicht sinnvoll. Sie läge auch nicht im Interesse der Mitgliedsstaaten.“

## **Abstimmungstrick legt Sozialpolitik der Gemeinschaft lahm**

Doch selbst wenn das prinzipielle Interesse einzelner Mitgliedsstaaten an einer verbesserten Sozialgesetzgebung vorhanden wäre, rechtlich durchsetzbar wäre diese in den gegenwärtigen Entscheidungsstrukturen der EG vermutlich nie.

1987 ließ sich die EG-Kommission in der BEA (Einheitlichen Europäischen Akte) nämlich einen für die Sozialpolitik verhängnisvollen „Abstimmungstrick“ einfallen. Einerseits änderte sie das Einstimmigkeitserfordernis bei allen Entscheidungen in ein für Abstimmungen, die das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand haben, gültiges Prinzip der „Qualifizierten Mehrheit“ (54 von 76 Stimmen). Die Intention dazu war, den 1986 in die EG aufgenommenen Spaniern und Portugiesen nicht dieselben Rechte wie den „Großen“ (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien) zukommen zu lassen, die befürchten, nun von den ärmeren Ländern zur Kasse geboten zu werden. Der besondere Trick daran war nun (und ist es bis heute), daß dieses Mehrheitsprinzip „nur“ für Abstimmungen, die den Binnenmarkt betreffen, gilt, und für Bestimmungen, die die „Steuern, die Freizügigkeit und die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer betreffen, auch wenn sie zur Errichtung des Binnenmarktes erforderlich sind“ (Art. 100a Abs. 2 EEA/EWGV), weiterhin Einstimmigkeit verlangt wird. Sozialpolitische Fortschritte der EG, wie sie von den Sozialdemokratischen in unserer Regierung propagiert werden, sind also rein institutionell bereits ausgeschlossen – denn ein Land stimmt immer dagegen (siehe Großbritannien, das nicht einmal die Sozialcharta 1989, die nichts weiter als eine lose Empfehlung ohne jegliche Verbindlichkeit darstellt, unterzeichnete).

Von diesem Einstimmigkeitsprinzip in der Sozialpolitik gibt es nur eine Ausnahme: Bei der „Verbesserung der Arbeitsumwelt“ reicht die qualifizierte Mehrheit aus. Im Laufe der 70er Jahre wurden auch tatsächlich einige Richtlinien zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz erlassen, die unsere euphorischen Sozialdemokratischen nun als den großen sozialpolitischen Fortschritt bei einem EG-Beitritt Österreichs werten. Meiner Meinung nach ist es jedoch nichts anderes als ein Armutszeugnis für die Regierung eines Landes, das sich Sozialstaat nennt, in Zeiten, in denen Studien ergeben, daß die Hälfte der Männer und ein Viertel der Frauen in Österreich in Frühpension gehen müssen, auf die EG warten zu müssen, um einen flächendeckenden Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu ermögli-

chen! (Abgesehen davon, daß all diese Richtlinien mit dem EWR sowieso bereits übernommen werden).

## **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die größte sozialpolitische Herausforderung der 90er Jahre**

Die größte sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre wird jedoch der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit infolge der von den USA mit einiger Verzögerung nach Europa übergreifenden Rezession sein. Sogar Jacques Delors, der Vorkämpfer des Binnenmarktes zur Überwindung der Wirtschaftskrise in den 80er Jahren, spricht schon von einer zweiten „Eurosklerose“ (die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt bereits 13 %), auch in Österreich steigt die Arbeitslosigkeit vor allem in den wirtschaftlich gefährdeten Gebieten wie Kärnten und Vorarlberg (Textilindustrie) rapide. Die Insolvenzen, vor allem von Klein- und Mittelbetrieben (in Österreich sind 99,7 % aller Betriebe KUMs), erreichen Rekordstände, ein Nachfrageboom ist nicht in Sicht.

## **In der Währungspolitik lautet die Devise: „Deutschland, Deutschland über alles!“**

Die EG – allen voran die Deutsche Bundesbank – ist für die Überwindung der Rezession alles andere als gerüstet. Statt einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik zur Ankurbelung des Wirtschaftsmotors (wie es z. B. Österreich unter Kreisky in den 70er Jahren zur Überwindung der beiden Ölshocks erfolgreich angewandt hat), zieht die DBB die Bremse und hält die Zinsen hoch, um die Inflationsgefahr in Deutschland in Folge der Wiedervereinigung zu dämpfen. Daß Italien und Großbritannien aus diesem Grunde aus dem EWS (Europäisches Währungssystem) austreten mußten, war Deutschland in diesem Fall egal. Europäischer Geist hin, Nationalstaatserei her – die Devise scheint hier zu lauten: „Deutschland, Deutschland über alles!“

Schuld daran ist der große Traum des großen Helmut Kohl von der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die er bis 1999 vollendet haben will. Als europäische Einheitswährung soll der ECU (European Currency Unit) dem Dollar Konkurrenz machen und ihn als Weltwährung ablösen. Konvergenzkriterien, die zur Teilnahme am exklusiven Club der Hartwährungsländer berechtigen, wurden schnell aufgestellt. Maßzahlen sind Inflation, Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit in Prozent des BIP – alles gemessen an den drei wirtschaftlich stärksten Ländern. Von Arbeitslosenzahlen, Einkommensverteilung oder sonstigen, „für den sozialen Zusammenhalt erforderlichen“ Kriterien (Wit der Europäischen Parlaments in den 70er Jahren) ist keine Rede. Zur Erfüllung der Aufnahmebedingungen muß man in den einzelnen

Mitgliedstaaten eisern gesparrt werden, denn kein Land will schließlich fehlen oder gar als „Nachzügler“ gelten. Daß im Moment überhaupt nur drei Länder die Kriterien erfüllen würden und der Termin 1999 von fast allen Wirtschaftsfachleuten als völlig utopisch bezeichnet wird, interessiert die Regierungschefs und Finanzminister der EG scheinbar nicht. Im Wettlauf um die harten Währungen übertreffen sie sich gegenseitig im Budgetsparen und damit im Sozialabbau (siehe Sozialkürzungen in Italien, Griechenland, Spanien).

### **Im Wettlauf um die Wirtschafts- und Währungsunion übertreffen sich EG-Staaten und Beitrittskandidaten gegenseitig im Sozialabbau.**

Der Trend zum Abbau von Sozialleistungen zugunsten der Budgetkonsolidierung im Run auf die WWU hat aber nicht nur die EG-Länder selbst erfaßt, sondern auch bereits die Beitrittskandidaten. Schweden hat seine Sozialstaatsidee zu Grabe getragen, und auch in Österreich geht es mit neuen Vorschlägen der Bundeswirtschaftskammer, die „sozial-schmarotzenden“ ArbeitnehmerInnen zur Kasse zu bitten, Schlag auf Schlag.

Wie der in den letzten Jahren immer gemäßiger werdende Streit zwischen den Sozialpartnern ausgeht, bleibt abzuwarten. Daß die Gefahren für das Sozialleistungs-niveau in Österreich zu einem großen Teil nicht unmittelbar von der EG ausgehen, sondern von anderen Faktoren hervorgerufen werden (Östöffnung mit billigen Märkten, weltweite Rezession), ist Tatsache. Daß die Derogulierung der Wirtschaft im EWR (und damit die Gefahren von Betriebsumsiedlungen in Regionen mit niedrigen Sozialabgaben – siehe Grundig und Hoover) bereits vollendet ist und durch einen Nicht-Beitritt Österreichs zur EG nicht aufgehoben werden kann, ebenfalls. Die EG braucht gar nicht selbst im Sozialabbau tätig zu werden – sie muß nur ihrem Prinzip des „Wirkens der Marktkräfte“ folgen.

Dieses steht fest – der wirtschaftspolitische Spielraum Österreichs (und damit trotz Subsidiarität auch der sozialpolitische) als EG-Mitglied wird durch die Wirtschafts- und Währungsunion noch geringer sein. Zudem gibt es auf europäischer Ebene keine funktionierende Gewerkschaft – der EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), in dem nicht einmal alle nationalen Gewerkschaften vertreten sind, hat keinerlei Einflußnahmemöglichkeit auf Entscheidungsprozesse –, ganz im Gegensatz zu den perfekt durchorganisierten Arbeitgebervertretungen, die die Kommissionen beschicken. Ein Preis, den wie immer in der Geschichte die Ärmsten zu bezahlen haben werden.

Monika Vana ist Redaktionsmitglied des EKG (Zeitung für EG-Kritik), Wien

## **SEMINAR in Bozen**

### **„Wie sozial ist Europa?“**

Im Rahmen des nun schon über 10-jährigen internationalen Gewerkschaftsjugend-austausches zwischen Bayern, Oberösterreich-Salzburg und Südtirol ist für den kommenden Herbst ein Studienseminar von drei Tagen in der Provinz Bozen geplant.

Das heutige Thema wird sein:

### **„Wie sozial ist Europa?“**

Dabei sollen die Inhalte der europäischen Sozialcharta vermittelt werden sowie die bisherige Anwendung des ESF in Südtirol. Zum Schluß soll noch ein Runder-tischgespräch zwischen Gewerkschaftern und Europaparlamentarern zum Thema „Europäische Integration – Vision im Hintergrund von Regionalismus und Nationalismus“ stattfinden. Zuletzt werden alle vier anwesenden Delegationen eine gewerkschaftliche Beurteilung der EG-Sozialcharta vornehmen, aber auch den Stand ihrer Verwirklichung in den einzelnen anwesenden Ländern erläutern.

Dieses Treffen wird in der Provinz Bozen, teils direkt in Bozen stattfinden, und es wird von Freitag, 19.11.1993 bis Sonntag, 21.11.1993 dauern. Die TeilnehmerInnen kommen von der DGB-Jugend Bayern, von der ÖGB-Jugend Oberösterreich-Salzburg und von den Südtiroler Gewerkschaften AGS-CCIL, SGB-CSI, SOK-UII und dem ASGB der Provinz Bozen.

## Lobby gegen die Demokratie

***Gegen die Brüsseler Bürokratie als quasi unbesinflußbare von der Ferne alles regelnde Macht zu wettern, gehört zum Standardrepertoire jeder EG-Kritik. Tatsächlich ist der Einfluß, den nationale Politik hat, oder gar der Einfluß, den Bürger auf die Politiker der EG haben, sehr gering. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch die Frage, ob dies tatsächlich Folge einer Überbürokratisierung der EG ist, oder nicht gerade die Wirkung eines gegenteiligen Prozesses gesellschaftlicher Umstrukturierung, die nicht nur EG-Politiker, sondern alle nationalen Politiken bestimmt: Der Prozeß der Deregulierung.***

Der Wortsinn von „Bürokratie“ wird heute durchwegs abwertend verstanden. Im Duden wird neben der, als veraltet bezeichneten Bedeutung „Beamtenapparat“ der Begriff als „bürokratisches Handeln“ definiert, also „sich übergenau an Vorschriften haltend (ohne den augenblicklichen Begehungen Rechnung zu tragen), peinlich genau und schwerfällig.“ Entbürokratisierung, wie sie von vielen Seiten geradezu als Heilmittel für gesellschaftliche Probleme beschworen wird, ist demnach eine Lockerung streng rechtlichen Handelns, das zu einer Erleichterung von Reformen führen soll.

Genau dieser Prozeß der „Entfesselung“ der Bürokratie führt aber zu einem Machtgewinn, dieses ursprünglich rein Gesetz ausführenden, exekutiven Organs. In allen europäischen Demokratien ist eine Verlagerung der gesetzgebenden, legislativen Arbeit auf die Exekutive zu beobachten. Die Parlamente, denen in fast allen Verfassungen die Initiativ- und Gesetzgebungs-, die Kontroll-, die Wahl-, die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion und die Legitimations-

funktion zukommt<sup>1)</sup>, nehmen in der Praxis heute in erster Linie die Legitimationsfunktion wahr. Das heißt, sie dienen der demokratischen Legitimation staatlichen Handelns. Die Initiativ- und Gesetzgebungsfunktion kommt in der Praxis kaum mehr zum Tragen (nach einer vom „Standard“ durchgeführten Umfrage wissen 9 von 29 Abgeordneten nicht einmal, wie viele Abgeordnete für einen Initiativantrag notwendig sind!).

Gesetze entstehen fast ausschließlich in den Büros der Ministerien unter Einbeziehung von Fachkräften und Interessensgruppen. Der Weg der dem Parlament vorgelegten Gesetzesvorlagen zu dessen Beschluß im Nationalrat dauert oft nur mehr wenige Wochen. Zu kurz, um bei gegebenem Gesetzesumfang die Kontrollfunktion noch in ausreichendem Maße zu erfüllen.

Das Problem scheint mir also nicht in einer Überregulierung von Verfahrensschritten (Schwerfälligkeit der Bürokratie) zu liegen, sondern im Gegenteil in der durch die Deregulierung bewirkten Machterweiterung der Bürokratie.

Lobbyarbeit, als Hinbringen von Interessen in die Regierungsarbeit verstanden, wird damit zum entscheidendsten Faktor jeder Gesetzesreform. Das politische System der EG stellt auf diesem Gebiet eine Perfektionierung dar. Das Europaparlament ist wirklicher Kontrollfunktion und seines Initiativrechts von vornherein enthoben. Der Rat der Minister nimmt praktisch nur die Legitimationsfunktion wahr. Der EG-Rat (Treffen der Regierungschefs) legt auch lediglich die grobe politische Linie fest. Mächtigstes Organ ist die Kommission, die sowohl die Gesetze ausarbeitet als auch deren Durchführung kontrolliert. Sie stellt eine Verschränkung der Legislative und Regierungsbefugnissen der Exekutive dar. Effizienter Lobbyarbeit ist damit Tür und Tor geöffnet. Sie kann einerseits auf nationaler Ebene bei Ministern und ihren Expertengruppen intervenieren, die ihrerseits in der EG über die Gesetze entscheiden und andererseits in der EG selbst Einfluß nehmen – in den Generaldirektionen der Kommission, die die Gesetze entwerfen.

## Der Kommunikationsvorteil der Lobbyisten

Ein von Lobbyisten gesteuertes System ist jedoch vom Ansatz her undemokratisch. Was dem System in erster Linie fehlt ist nicht die Proportionalität zur Meinungsverteilung der Bevölkerung, sondern die öffentliche Kontrolle von Entscheidungsprozessen. Auch für die die Öffentlichkeit repräsentierenden Abgeordneten ist nicht mehr kontrollierbar, wer auf die Gesetzesbildung welchen Einfluß hat. Ein öffentlicher Diskussions- oder Meinungsbildungsprozeß findet nicht mehr statt.

Doch auch der Versuch, Gegenlobbies zu den bestehenden einflußreichen Lobbies von Industrie und Kapital aufzubauen, ist zum Scheitern verurteilt. Das hat nicht nur organisatorische Gründe (es ist nicht billig, eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zu finanzieren, die die Regierungsarbeit ständig kontrollieren und beeinflussen), sondern auch solche struktureller Natur, die ich als Kommunikationsvorteil der Kapitallobbies bezeichnen würde.

Wirklich effizient arbeitet ein Lobbyist, wenn er nicht nur ungebetene Stellungnahmen abgibt, sondern von den Entscheidungsträgern als Fachkraft herangezogen wird. Damit sind all jene bevorzugt, die eindeutig rasch durchführbare Lösungen bieten können. Wenn zum Beispiel Vorschriften zum Einbau von Filtern in Industrieanlagen erlassen werden sollen, so wird eher ein Techniker der jeweiligen Industriesparte um finanziell durchführbare Lösungen gefragt, als ein Klimaforscher um eine umweltverträgliche Lösung.

Zweitens müssen die Anliegen in einer gemeinsamen Sprache vorgebracht werden, um Erfolg zu erzielen. Damit meine ich nicht das Übersetzungsproblem, das unter anderem für die hohen Kosten der Lobbyarbeit sorgt. Sprache verstehe ich hier weiter gefaßt in der Bedeutung von mit-gleichen-Begriffen-operierend.

Im kapitalistischen System wird fast alles über Geldwerte definiert. Wirklich eine Stimme hat also nur, wer seine Anliegen ökonomisch ausdrücken kann. Neben der Kapitallobby haben damit allenfalls noch Gewerkschaften eine berechnete Chance. Allerdings steht dem Wirken der Gewerkschaften einiges entgegen. Erstens ist deren Vernetzungsgrad innerhalb Europas im Vergleich zu den Industrieverbänden sehr gering. Den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), dem 36 Gewerkschaften aus 21 Ländern angehören, gibt es seit 1973. Eine europäische Gesamtgewerkschaft stellt der EGB jedoch nicht dar, denn wichtigen Gewerkschaften, wie der französischen CGT, der spanischen Comisiones Obreras oder der portugiesischen Intersindikal, wurde bislang der Beitritt verweigert, da sie kommunistisch orientiert sind.<sup>2)</sup>

Zweitens besteht die Macht der Gewerkschaften in der Möglichkeit des Arbeitskampfes. Dieser ist jedoch nur auf nationaler Ebene einigermaßen rechtlich abgesichert. Gegen multinationale Konzerne, ohne ein EG-weit gültiges Konzernrecht mit festgelegten Gewerkschaftsrechten sind nationale Gewerkschaften ziemlich machtlos.

## Ungleichgewicht von Kapitallobbies und Gewerkschaften in der EG

Dementsprechend sieht auch das Kräfteverhältnis von Arbeitnehmerverbänden und Kapitallobbies in der EG aus. Von den 22 wichtigsten Dachverbänden auf EG-Ebene sind 7 Arbeitgeberverbände, denen lediglich der EGB als ein einziger ArbeitnehmerInnenverband gegenübersteht. Die restlichen 14 sind 3 kapitalorientierte Verbände, 2 Landwirtschaftsverbände und 9 Verbände, die Umwelt-, VerbraucherInnen- und Sparinteressen vertreten. Dieses Ungleichgewicht wird noch durch die personelle und finanzielle Übermacht

der im Zentrum der Kapitalverbände stehenden „Union der Europäischen Industrie“ (UNICE) verstärkt. UNICE verfügt über 40 ständige Ausschüsse zu diversen wirtschafts- und ordnungspolitischen Fragen.<sup>3)</sup>

## Die neue Politik

Die Politik in Europa – nationale wie jene auf EG-Ebene – ist vor allem durch drei Merkmale geprägt. Legitimation durch parlamentarische Demokratie, Bekenntnis zum freien Markt und technokratische Entscheidungen auf staatlicher Ebene, insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik. Während Gesetze, die wirtschaftliches Handeln regeln, im Namen der Freiheit (der Reichen) möglichst freizügig ausfallen, werden die Gesetze, die den Reichtum absichern, immer rigider und die Absicherung technisch perfekter.

Es ist zweifellos richtig, daß die Bürokratie immer eine eigene Macht hatte. Auch die Idee der gleichen Rechte für alle wurde schon im Ansatz nie verwirklicht. Es ist dennoch äußerst fraglich, ob die Bemühungen, für den einzelnen Menschen einklagbare Rechte zu schaffen bei Erhaltung persönlicher Freiräume zugunsten eines unbürokratischen, freien Spiels der Kräfte aufgegeben werden soll. Den Gewinn machen dann noch sicherer die bereits Mächtigen.

- 1) Gerhart Hollaschke, Die EG-Integration, in: Wohin treibt Europa, Hrsg. Michael Strübel, Marburg 1990
- 2) Inge Morawetz, Die Legende vom Europa der Bürger, in: Der unheimliche Anschluss, Hrsg. Morawetz, Scherb
- 3) Inge Morawetz, ebd.

*Wir danken dem „EKG – Zeitung für EG-Kritik“, Wien für die Abdruckgenehmigung der zwei vorhergehenden Artikel.*

**Manfred Gmeiner** ist Redaktionsmitglied des EKG (Zeitung für EG-Kritik), Wien



**KARIN HÖRNER/VERENA KLEMM (Hrsg.):  
„Das Schwert des 'Experten'“, Peter  
Scholl-Latours verzerrtes Araber- und  
Islambild, Palmyra Verlag – Heidelberg 1993,  
190 Seiten, DM 29,80**

*Der Journalist als Demagoge – oder über das Image der  
profunden Kennerchaft.*

„Es war einmal ...“, so be-  
ginnen alle Märchen aus  
Tausendundeiner Nacht.  
Keine Angst! Hier soll kein  
Märchen erzählt werden,  
aber, nehmen wir einmal an,  
irgendwann trägt sich ir-  
gendwo, irgendein Ereignis  
zu.

So etwas passiert natürlich  
täglich. Klar. Gehen wir  
davon aus, dieses Ereignis sei,  
sagen wir, von „weltpoliti-  
scher“ Bedeutung. In den  
Medien wird darüber berich-  
tet; es sollen möglicherwei-  
se sogar Hintergrundinfor-  
mationen vermittelt worden,  
kurz: Jemand soll kommen-  
tieren. Zu diesem Zwecke  
holt man sich eine kompet-  
ente Person – denn nie-  
mand ist schließlich allwis-  
send, schon gar nicht die  
Journalistinnen.

Um eben solch einen Spezia-  
listen für einen bestimmten  
Fachbereich (in diesem Fall  
der Orient), genannt 'Exper-  
te', geht es hier. Das Buch  
„Das Schwert des 'Experten'“  
befaßt sich mit dem  
Werk einer solch 'kompeten-  
ten' Person. Es beschäftigt  
sich mit dem inhaltlich ver-  
zerrten Bild der Religion  
und der Menschen aus „Tau-  
sendundeiner Nacht“. Ein  
Bild, das ein Mann in den  
letzten Jahren nicht unwes-  
entlich mitbeeinflusst hat:  
der deutsche Publizist Peter  
Scholl-Latour.  
Insgesamt dreizehn Autorin-  
nen aus den unterschiedlich-  
sten Bereichen (Wissen-  
schaft, Journalismus bzw.  
Studentinnen und Professoren)

haben es untersucht,  
soziiert, ausgewertet und ge-  
lungen zu dem kritischen  
Schluß, Scholl-Latour betrei-  
be unverantwortliche Panik-  
mache.

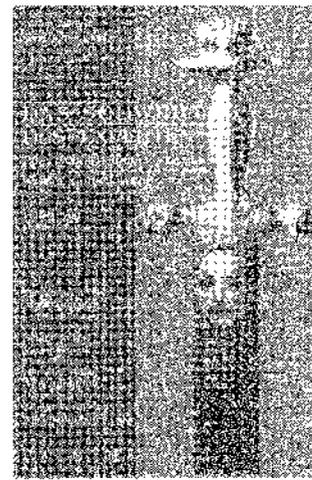
Denn es ist halt so eine Sa-  
che, mit diesen Experten.  
Gerne werden sie als 'kompe-  
tent' und 'allwissend' an-  
gepriesen, und der Rest der  
Menschheit lauscht ihren  
Ausführungen mit offenem  
Munde. Im guten Glauben  
erfahren die Zuhörer-, Scher-  
, (Stauer-) oder LeserInnen  
allerlei Dinge, die so und so  
und so sein sollen, die sich  
so und nicht anders begeben  
haben, und die deshalb gar  
nicht anders sein können.  
Otto und Ottilie Normalver-  
braucherIn sollen möglichst  
(?) umfassend, kompetent,  
verständlich und vor allem  
*schnell* informiert werden.  
Gefragt ist dabei vor allem  
ein gutes und sicheres Auf-  
treten (Kurzzeitgedächtnis),  
respektive ein guter  
Schreibstil. Potzblitz! Und  
wer überprüft den Wahr-  
heitsgehalt dieser uns von  
den 'Experten' gnädigerwei-  
se verständlich dargelegten  
Geschichten?

Daß diese oft selbsternann-  
ten 'Experten' manchmal  
auch nur einen handfesten  
Platz verzapfen, kommt den  
(meisten) Außenstehenden  
gar nicht in den Sinn – sei  
es aus mangelndem Wissen,  
aus Undifferenziertheit oder  
schlicht aus Desinteresse.

*Schwarz-Weiß-Malerei.* Im  
Falte Scholl-Latours hat

dies dazu geführt, daß ein  
Medien-Papst, wie er es ei-  
ner ist, Klischees geschickt  
und gezielt ausgenutzt – um  
nicht zu sagen verheizt hat,  
um damit Geschäfte zu ma-  
chen.

Millionen von ZuschauerIn-  
nen sahen seine TV-Sendun-  
gen, seine meist gleichnamigen  
„Sach“-Bücher  
verkauften sich glänzend,  
um nicht zu sagen unglaub-  
lich gut; wochenlang (!)  
führten sie die Bestsellerli-  
sten des SPIEGEL an.



*1001 Vorurteile:* Sachliche  
Fehler wollen ihm die Hg.  
keine nachweisen – damit  
läßt sich der Wortgewandte  
und weitgereiste Scholl-La-  
tour auch nicht so leicht ein-  
fangen. Zwar macht auch er,  
der 'Experte', in seinen Be-  
richten einige fehlerhafte  
sachliche Angaben, wie Zeit-  
und Ortsbestimmungen,  
aber mit solchen „Flüchtig-  
keitsfehlern“ läßt er sich  
wie gesagt nicht festnageln.  
Angeprangert wird vor al-  
lem der Scholl-Latoursche  
Stil der Berichterstattung.  
Er bediene sich des Stils ei-  
nes konventionellen Roma-  
nerzählers und einer Spra-  
che, die negative  
Assoziationen und Stimmun-  
gen hervorruft. Er beschwöre  
scheinbar unüberbrückbare  
kulturelle Gegensätze,  
ausgehend von seinen per-

sönlichen, teils rassistischen  
Vorurteilen. Gerne versteckt  
er sich dabei hinter der Rol-  
le des „Erzählers“, d.h. dies-  
bezügliche Aussagen legt er  
gerne anderen in den Mund.  
Scholl-Latours Rassismus  
liege vor allem in dem fort-  
währenden Hinweis auf den  
Virus der Gewalt, den die  
Menschen mit muslimi-  
scher Kultur seiner Meinung  
nach offensichtlich in sich  
nügen und der sich in fatali-  
stisch wiederkehrenden Ge-  
schichtszyklen immer wie-  
der explosiv Bahn breche.  
Nachgewiesen wird ihm ei-  
ne „Tendenz“, d.h. zwar im  
Grunde nichts verbotenes –  
aber dafür umso geföhrliche-  
res.

Besonders anschaulich dar-  
gestellt wird dies anhand ei-  
ner Satire. Zwei Studenten  
der Islamwissenschaft bedie-  
nen sich des Scholl-Latour-  
schen Erzählstils, drehen  
den Spieß jedoch um. Ein  
arabischer „Nahwest-Exper-  
te“ berichtet aus Europa fol-  
gendes: *„Dampf und monoton  
dröhnende  
Kirchenglocken der christli-  
chen Gemeinde im Gottes-  
haus zu Paderborn. Die  
westfälische Stadt ist eine re-  
ligiöse Hochburg, die wie  
ein urbanes Relikt aus der  
Zeit Karls des Großen anmu-  
tet, der hier einst ein Bistum  
stiftete, um die Kirche als  
mächtiges Instrument des  
Heiligen Römischen Reiches  
einzusetzen.  
Unüberhörbar riefen die  
Glocken zum Kirchengang auf.  
Bedrücklich, obskur, ja fast  
apokalyptisch wirkte das Or-  
gelspiel im Inneren; eine  
bucklige Gestalt hämmerte  
fanatisch auf das Instrument  
ein, damit die allemani-  
schen Gläubigen – überwie-  
gend blond und blauäugig –  
in ekstatischen Rhythmen  
und zu düsteren Gesängen  
ihrem Herrn huldigen konn-  
ten. (...) Ein Blick in die dü-*

steren Gesichter der Menge verriet mir etwas über das historische Band, das diese Gemeinschaft zutiefst zusammenhält und alle Andersgläubigen ausschließt. (...) Dank meiner landesüblichen Kleidung wurde ich ... kaum als Fremdkörper wahrgenommen, ja es schien mir sogar, als könnte ich für einen der Ihren gehalten werden.“

Diese Satire mag primär eher zum Schmunzeln anregen – sie zeigt aber, wie leicht es ist dumpfe Ängste zu schüren und läßt ausgemachte Tatsachen, die man sich bereits kopfnickend gegenseitig bestätigt, in einem anderen Licht erscheinen. Sabine Kebir bringt es auf den Punkt: Bei Scholl-Latours Büchern genügt es nicht, zu kritisieren, was er schreibt. Das Publikum muß auch auf das aufmerksam gemacht werden, was er alles nicht schreibt.

Das vorliegende Buch stellt in erster Linie einen Angriff auf die Kaste der populären Schein-Experten dar, die das Image der profunden Kennerschaft pflegen. Zu dieser Gemeinde zählt eben auch und vor allem Peter Scholl-Latour. In zweiter Linie ist das Buch ein Angriff bzw. ein Vorwurf an die Medien, die solche Stars „machen“, respektive an die Lobby, die dahinter steht.

Scholl-Latour ist kein unbeschriebenes Blatt. Im Gegenteil, er ist ein sehr einflussreicher Mann in der deutschen Medienwelt. Jahrelang hatte er Leitungspositionen bei ARD, ZDF und WDR inne, war Herausgeber des STERN, dessen Chefredakteur bzw. Vorstandsmitglied von Gruner + Jahr.

Ration, was noch zu retten ist, so der gewichtige Anspruch der AutorInnen. Aber kann ein Jahrelang gepfleg-

tes und gehegtes Araber- und Islambild überhaupt kurz- oder mittelfristig wieder einigermaßen zurechtgebogen werden? Wohl kaum. Es wird Jahrzehnte brauchen die verwurzelten Vorurteile in der westlichen Welt zu beseitigen. Warum hat man also so lange gezögert? Wieso kam die Aufklärung erst so spät? Weshalb hat die Wissenschaft zugelassen, daß derart massenwirksam so viele Vorurteile geschürt und indirekt noch gar nicht abschätzbare Folgen angerichtet wurden? Fragen über Fragen.

Den OrientalistInnen muß zum Vorwurf gemacht werden, sich zu lange in den Elfenbeinturm der Wissenschaft zurückgezogen zu haben, sich nicht gegen dieses vorgetäuschte Expertentum gewehrt zu haben.

Die Wende kam 1991, als eigentlich das erste Mal in größerem Stil aufklärend über einen anderen „Nahostexperten“ und Bestsellerautor berichtet worden war. Gernot Rotter, Professor für Islamwissenschaft an der Universität Hamburg überführte den Journalisten Gerhard Konzelmann des Plagiats und der Panikmache.

Auszüge aus Rotters Buch „Allahs Plagiator – Die publizistischen Raubzüge des ‚Nahostexperten‘ Gerhard Konzelmann“, (Palmyra Verlag) wurden im SPIEGEL abgedruckt; die Affäre „Konzelmann“ schlug hohe Wellen – danach wurde es merklich still um „Allahs Plagiator“.

War erst die erfolgreiche „Dementage“ von Konzelmann das auslösende Moment, ein „Großkaliber“ wie Scholl-Latour anzugreifen? Es mag wohl mit ein Ansporn für das Entstehen des vorliegenden Buches gewe-

sen sein. Wie dem auch sei, in jedem Fall ist es ein engagiertes, die notwendiges Buch.

Michelangelo soll einmal gesagt haben, Bildhauerei sei eigentlich ganz einfach:

„Man nehme einen Stein und schlage alles weg, was nicht so aussieht wie das Modell.“

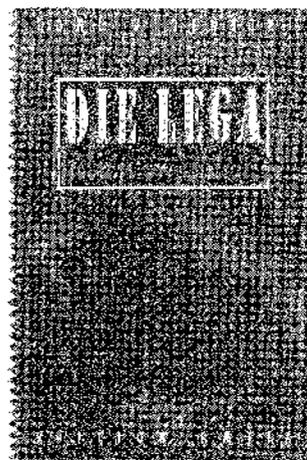
Genau das machen die AutorInnen von „Das Schwert des ‚Experten‘“. Sie versuchen Schadensbegrenzung

zu betreiben, aufzuklären. Aber Scholl-Latour ist nicht leicht unterzukriegen und die Lobby, die hinter ihm steht ist, wie man sich vorstellen kann, sehr einflussreich. Wäre nicht der Islam, sondern Scholl-Latour das Modell so hätten ihm die AutorInnen bildlich wohl die rechte Hand abgehauen – der Kopf und der Rest hängt noch dran.

Alexander Larch

## TONI VISENTINI: „Die Lega – Italien in Scherben“

aus dem Italienischen übersetzt von Hans Mayr,  
176 Seiten, 14 farbige Abbildungen, diverse Tabellen und Diagramme.  
(Edition Ruetica)



Ein Italien liegt nun in Scherben, das seit jeher durch seine Widersprüche Verwunderung hervorruft: Nichts bringt den Italiener mehr in Rage als die Verletzung seiner Ehre und seines Stolzes, während ihn die ständige Aushöhlung des politischen Systems immer kalt zu lassen schien; in keinem Land West-Europas war die kommunistische Partei so stark wie in Italien, gleichzeitig vermochte sie es in den letzten 45 Jahren nie, gegen die alteingesessenen, in der Staatsführung omnipräsenten Regierungs-

parteien DC und PSI etwas auszurichten, was mehr als nur ein paar kleinere Reformen in – wenngleich wichtigen, so doch immer nur marginalen – Bereichen des öffentlichen Lebens gewesen wäre.

Ein Italien also, das nach den Umwälzungen im Osten Europas und nach dem Sturz der Berliner Mauer durch den Zusammenbruch der Ost-West-Polarität des Kalten Krieges, welche ihm ständig nicht nur Partei-, sondern auch Regierungsprogramm gewesen war, unter einem allgemeinen Identitätsverlust leidet, und das – ganz im Trend des zunehmenden Greifens und Sich-Breit-Machens rechter und nationaler Strömungen in ganz Europa – auf der Suche nach etwas ist, woran es glauben, womit es sich identifizieren kann.

Das Vertrauen in die „altewige“ politische Führung ist abhanden gekommen und hat einer generellen Politikverdrossenheit Platz gemacht. Die Schwarzgeld-

skandale, in die (nicht nur) die Regierungsparteien verstrickt sind, schlagen um sich und verschärfen als ursprünglicher Auslöser des Mißtrauens und Mißmuten gegenüber den althergebrachten Parteien die Abblenchung der von diesen betriebenen Parteibuchpolitik, die das ganze politische wie soziale Leben Italiens zur Liechpause der Parteienlandschaft und des Parteiapparates werden ließ. Die Ineffizienz und Megalomanie der italienischen Steuergesetzgebung, die immanente Wirtschaftskrise und die anhaltende Einwanderung aus Nicht-EG-Ländern – vornehmlich Länder der Dritten Welt –, die eine zunehmende Abschottung gegenüber allem Fremden (und beginne es auch nur vor der eigenen Haustür) zur Folge hat, tun das ihre, um die Krisensituation zusätzlich einzuheizen.

In diesem Klima der Orientierungslosigkeit und Unzufriedenheit ist es vor allem das „kleinbürgerliche, schwartzhafte Italien ...“, das es immer schon gegeben hat, das aber noch nie organisiert zu Tage getreten war“, wie Visentini schreibt, das Bossi unter dem Wappen des lombardischen Helden Alberto da Giussano im Namen einer Idee zu versammeln vermochte, die von einer offenkundig umfassenden Überlegenheit des italienischen Nordens ausgeht. Dabei ist seine Taktik die des Abwartens und der Provokation: des Abwartens, was die Wählerstimmen betrifft, der Provokation, was seine Äußerungen anlangt. Und die Rechnung geht auf, wie Wahlergebnisse, Schätzungen und demographische Untersuchungen zeigen.

Ob nun die Dreiteilung Italiens propagiert wird, die – wie Vittorio Sgarbi in der „Maurizio Costanzo Show“ einmal sehr ironisch, aber auch sehr treffend bemerkte – nach dem Modell von Dantes „Divina Commedia“ erfolgen solle: „al nord il Paradiso, al centro il Purgatorio, al sud l'Inferno“, oder, etwas moderater, von einem föderativen Modell nach deutscher Art die Rede ist, immer imitiert Bossi und seine Parteikollegen dabei die Sprache des Volkes, das die Schnauze voll hat vom „Politichinesisch“ und „Gewerkschaftsjapanisch“: „Wenige Worte genügen, vor allem, wenn sie in ihrer Aussage klar und vulgär genug sind ...“, wie Visentini meint. Es genügen Slogans gleiche Schlüsselideen: weniger Steuern, Bundesstaat, Norditalienische Republik, Einwanderungsstop, kein Geld mehr für den Süden. Was die Lega Bossis zusammenhält, ist eine neue Form von „Lokalpatriotismus“, wie Visentini treffend bemerkt. Sie organisiert den (unzufriedenen) Norden Italiens als Interessensgemeinschaft gegen den Staat und seine Zentralgewalt und ist dabei – und das unterscheidet sie von den Altparteien – keine Ideologengemeinschaft mehr, sondern vielmehr eine Territorialgemeinschaft dezidiert lokaler Interessen.

Das alles illustriert Visentini in seinem Buch recht ausführlich, wenngleich auf eine einfache, oft simplifizierende und differenziertere, tiefergehender Information entbehrende Weise. Die Stärke der Darstellung Visentinis liegt sicherlich in der Fülle von Verbindungen und Assoziationen, die sie zum Phänomen „Lega Nord“ herzustellen vermag, und die

ein umfassendes Bild des um Neuordnung bemühten Italien entstehen läßt, auch wenn dabei immer wieder ein Hauch von Bewunderung für die Erfolge der Lega und ein Anflug von Sympathie für ihren „senator“ Bossi durchklingt.

Visentini verabsäumt es aber auch nicht, Bossis augenscheinliche Fähigkeit zur „Kurskorrektur“ festzuhalten – eine Fähigkeit, die er im oft bemühten Vergleich mit Mussolini mit diesem gemeinsam habe – und zeichnet genau auf, wie sich Bossi nach dem Wahlerfolg vom 5. April 1992 bemüht hat, die Lega von einer Protestbewegung einschlägigen Inhalts zu einer salon- vor allem aber koalitionsfähigen Partei werden zu lassen, auch wenn dies bedeutete, gegen einige übereifrige Parteikollegen vorgehen zu müssen, wie es das Beispiel der Trentiner Lega-Jugend zeigt. Und entsprechend ist auch die Resonanz der Massenmedien, die in der Lega immer mehr einen nicht zu ignorierenden Ansprechpartner erkennen. In dieselbe Schiene politischen Verhaltens fällt auch die Tatsache,

daß die Lega ihre Utopie von der „Repubblica del Nord“ zumindest vorerst fallengelassen und dem „carroccio“, dem Symbol der Lega, das Aushängeschild der Seriosität vorangestellt hat, wie Visentini klar herausstreicht, ohne Bossi dies – wie es seine Art ist – besonders zu verübeln. Die Darstellung Visentinis über Geschichte, Wirkung, Sprache, Selbstverständnis und noch einiges mehr rund um die Lega ist gespickt mit erfreulich vielen Zitaten, Pressestimmen, Vergleichen, Untersuchungsergebnissen usw. – darunter auch die Äußerungen des Chefideologen der Lega, Gianfranco Miglio, über das Schicksal Südtirols, die hierzulande Aufsehen erregt haben –, läßt aber einen genauen Verweis auf die jeweiligen Quellen vermissen, was sich für einen an Vertiefung des Themas interessierten Leser als Mangel erweist, den auch die Angaben verwendeter oder weiterführender (?) Literatur in der Bibliographie nicht befriedigend wettmachen können.

Markus Mascelli

**KONRAD M. HOFER: „ARBEITSSTRICH – Unter polnischen Schwarzarbeitern“, Verlag für Gesellschaftskritik – Wien, 165 Seiten, AUFRISS-Buch 19**

*„Merke Dir: Zwei Minuten wird in Österreich geschissen, wer länger schießt, wird rausgeschmissen.“*

So lautet ein Kiospruch, der im übertragenen Sinn wohl symptomatisch ist für die Situation der meisten ausländischen Schwarzarbeiterinnen in Österreich.

„ARBEITSSTRICH – Unter polnischen Schwarzarbeitern“ ist das beklemmen-

de Ergebnis einer vom Soziologen und Völkerkundler Konrad M. Hofer durchgeführten Studie über den Arbeitsstrich in der Wiener Herbststraße.

Dort versammeln sich täglich hunderte von arbeitssuchenden Ausländerinnen

und Ausländern. denn, wenn *Not am Mann ist* (weniger vornehm ausgedrückt: wenn irgendeine Drecksarbeit zu machen ist), wenn *schnell kräftige Arbeiter gebraucht werden, setzen sich viele Wiener einfach in ihr Auto, fahren in der Herbststraße vor und holen, was bzw. wen sie brauchen.* (S. 85)

Offiziell reisen die Betroffenen als Touristinnen ein, doch den meisten geht es darum, eine Erwerbsmöglichkeit zu finden.

Das interessante an K. M. Hofers Studie ist, daß er die Situation vor Ort „hautnah“ selbst erforscht und miterlebt hat, denn getarnt als rumänischer Gastarbeiter (er)lebte und besuchte er persönlich über ein Jahr lang den Arbeitsstrich.

Durch diesen engen Kontakt mit den ArbeitstouristInnen kann er den Alltag authentisch wiedergeben.

Bekannt wurde Hofer bereits durch eine in ähnlicher Manier verfasste Studie:

„Würdelos, Erfahrungen eines Leiharbeiters“, (ebenfalls im VfG erschienen).

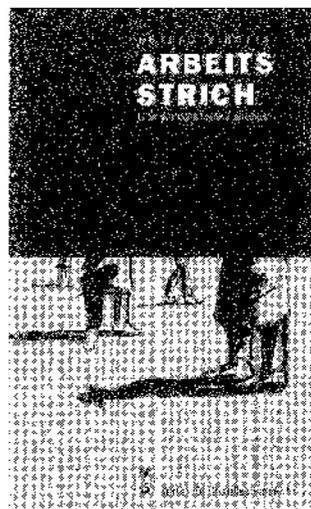
Von den Medien wird er deshalb gerne als der „österreichische Wellraff“ bezeichnet, was wohl auf die Ermittlungsmethodik, nicht aber auf den „Stil“ zutrifft. Konrad M. Hofer geht es wohl weniger um Sensationen als um Feststellungen. Diese fallen größtenteils sehr nüchtern aus: Am Arbeitsstrich herrschen, so der Autor, „frühkapitalistische Arbeitsverhältnisse im ausgehenden 20. Jahrhundert“. (Bitte noch einmal lesen, um sich der Tragweite dieser Aussage bewusst zu werden!)

Die Auswüchse dieses Degenerierungsprozesses bekommen eben die sozial schwächsten Gruppen, in diesem Fall die jüngste Zu-

wanderergruppe der Polinnen und Polen zu spüren. Es herrscht das „Ausnutzerprinzip“ vor. Wobei die ArbeitgeberInnen als Gipfel der Frechheit auch noch – wohl um ihr Gewissen zu beruhigen – meinen, den Arbeitssuchenden einen großen Gefallen zu erweisen, wenn sie den vorwiegend aus östlichen Gebieten stammenden SchwarzarbeiterInnen z.B. nur 20 Schilling für eine Stunde Schwerstarbeit auf dem Bau bezahlen. Des öfteren stellt Konrad M. Hofer diese „generöse“ Haltung fest. So z.B. meint ein Arbeitgeber, ihm mit seinem Angebot über 20.– öS Stundenlohn einen großen Gefallen zu erweisen, *denn in Rumänien wäre das bestimmt mehr als ein Tageslohn. 20 Schilling seien auch schon viel Geld, sagt er, um seine Großzügigkeit zu betonen*, wodurch er Konrad M. Hofer zu einer Antwort provoziert: „*I nit lebe in Rumänien. I lebe in Wien. Könne nit kaufe Esse in Temesvar, muß i gehn zu Billa.*“ (S. 95) Ähnlich die folgende Situation bei einem älteren Ehepaar, das ihn für Aufräumarbeiten in einem Ferienhäuschen engagiert hat. Dort meint die Frau, „*daß es richtig gewesen ist einen Ausländer für diese Arbeit zu holen. Der Mann stimmt ihr zu und meint: Es ist gut, für solche Fälle jederzeit Arbeiter bei der Hand zu haben. Uns ist geholfen und ihnen auch. Unser Rumäne kann sich daheim mit diesem Geld schon fast ein Haus bauen. (!) Glaubst nicht auch?*“. Jeder weitere Kommentar erübrigt sich wohl...

Die rechtlose Situation von SchwarzarbeiterInnen, d. h. keinerlei Versicherungsschutz, keinerlei Kündigungsschutz, keinerlei ge-

setzlich festgesetzte „Mindest“-Löhne (...), macht aus diesen Arbeitskräften moderne Sklaven. Demzufolge ist der Arbeitsstrich in der Wiener Herbststraße ein „moderner“ Marktplatz für den Sklavenhandel. Der Ausbeutungsgrad ist jedenfalls enorm und die Ohnmacht gegenüber Unkorrektheiten kann man sich als Außenstehender eigentlich gar nicht vorstellen. Hier vermittelt die Studie gute Einblicke. K. M. Hofer begrenzt sich nicht nur auf die Berichte über von ihm selbst durchgeführte Arbeiten, sondern läßt auch andere betroffene Polen, Polinnen und AusländerInnen zu Worte kommen. Er setzt sich mit deren Schicksal auseinander, be-



schreibt ihre Hoffnungen ihre Träume, vor allem aber ihre Probleme. Ausgehend von der Situation im Herkunftsland veranschaulicht er ihre Beweggründe für die Migration, verfolgt ihren Werdegang, versucht zu erklären, warum sie im „goldenen Westen“ fast alles in Kauf nehmen. *Alle möchten viel Geld verdienen und am besseren Lebensstandard in Österreich teilhaben. Doch dieses bessere Leben will sich oft und oft nicht einstellen, und es ist meist verbun-*

*den mit nachteiligen Arbeits- und Wohnbedingungen, mit physischen und psychischen Belastungen, die im voraus kaum erahnt werden können.* (S. 39)

In einem eigenen Kapitel beleuchtet K. M. Hofer die Arbeits- und Lebensbedingungen von weiblichen Arbeitskräften aus Polen. Fazit: die Frauen leiden unter noch größeren Benachteiligungen in punkto Bezahlung und Behandlung als ihre männlichen Genossen. Zudem müssen sie noch allerlei Schikanen von männlicher Seite und von Seiten der Polizei erleiden. Stehen sie auf dem Arbeitsstrich, werden sie gleich der Prostitution verdächtigt bzw. darauf angesprochen.

Zum Schluß faßt er noch die Typologie der ArbeitstouristInnen aus Polen zusammen, wobei er unterscheidet: den Familien-Typ, den ledigen Typ, die typische Polin. Auch dem Umfeld der ArbeiterInnen, dem Mietenwucher, der Wohnungsnot, den Problemen mit der Polizei und den Schikanen vor allem hinsichtlich der Visapflicht gilt sein weiteres Augenmerk. Besonders schlimm ist auch die miese Behandlung dieser Arbeitskräfte. Marius ein junger Pole meint: „Wir Polen sind die Nigger Österreichs.“ Viele Autofahrer machen sich z.B. einen Spaß daraus in der Herbststraße vorzufahren, zu bremsen, zu warten, bis einige Polen – in der Meinung es würde Arbeit angeboten – heranlaufen, und dann rasch davonzufahren. Eines müßte inzwischen jedenfalls klar geworden sein: Der Erfahrungsbericht ist eine nach wissenschaftlicher Methodik durchgeführte Untersuchung. Nochmals, auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Der Schwer-

punkt der Forschungen von K. M. Hofer liegt in der eingehenden Darstellung und Analyse von Arbeitsbedingungen, denen zugewanderte Polen und Polinnen in Wien ausgesetzt sind. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf die „Qualität“ der Arbeitsbedingungen. Auffallend, neben der Systematik und Nüchternheit der wissenschaftlichen Arbeit ist, daß der stilistisch ebenfalls sehr nüchtern und klar gehaltene Erfahrungsbericht frei von offensichtlich subjektiven Verfärbungen ist. So nüchtern, daß die Lektüre manchmal fast nur wie ein bloßes Auflisten des Belebten anmutet. Dieses Aneinanderreiben ist zugegebenermaßen auf Dauer manchmal etwas langatmig, aber die schockierende Brisanz der angeführten Fakten

macht das Buch sowohl für „Ahnungslose“ als auch für Nichtwissenschaftlerinnen zu interessanter Lektüre. Deshalb wird, wer ein im Sensationsstil geschriebenes Buch sucht oder einen kriminalistischen Aufdeckungsbericht erwartet, möglicherweise enttäuscht sein. Aber das war wohl auch nicht Sinn und Zweck dieser Untersuchungen. P.S.: Für künftige polnische ZuwanderInnen könnte dieses Buch, wie K.M. Hofer selbst schreibt, eine gute Möglichkeit sein, sich mit den vermeintlichen Einsichten besser auf das Leben in Wien vorzubereiten. Eine Serviceleistung, die K. M. Hofer, in der Gewißheit, viele Enttäuschungen ersparen zu helfen, gerne anbietet.

Alexander Larch

**HEIDRUN HOPPE: „Frauenleben: Alltag, Aufbruch und neue Unsicherheiten“; Bielefeld: Kleine Verlag 1993 (Wissenschaftliche Reihe; Band 51), 210 Seiten**

„Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer zurück in den individuell anzutragenden Konflikt ihrer Isolation. Sie wird immer noch für das Privatleben, für die Familie erzogen ... Die Kollisionsziehung, das angezogene Minderwertigkeitsgefühl, der Widerspruch zwischen ihren eigenen Erwartungen und den Ansprüchen der Gesellschaft erzeugen das ständig schlechte Gewissen, den an sie gestellten Forderungen nicht gerecht zu werden bzw. zwischen Alternativen wählen zu müssen, die in jedem Fall einen Verzicht auf vitale Bedürfnisse bedeuten.“

Der Fraualltag wird von Widersprüchlichkeiten durchzogen. Die zu verrichtende Vereinbarkeitsleistung von Frauen muß wohl notgedrungen von Unsicherheiten gefüllt sein. Der gesellschaftliche Auftrag der Mädchen, sich später als Hausfrau und Mutter in dieser Gesellschaft zu verorten, entspricht oft nicht den Bedürfnissen und Vorstellungen der Frauen. Angeht diese Tatsache. Bleibt der Frau die Möglichkeit, sich diesem „Auftrag“ zu fügen, diesen mit ihren individuellen Bedürfnissen zu verbinden oder sich gegen diesen zu stellen. Jede Entscheidung hat ihre Haken. Die jeweiligen Schwierigkeiten, die auf Frauen zu-

kommen – wie sie sich auch entscheiden mögen –, sind Thema dieses Buches. Heidrun Hoppe gelingt es, Handlungschancen und -zwänge überblicksmäßig aufzuzeigen und gegenüberzustellen. Im Kapitel „Dormirschen schläft nicht mehr“ geht sie auf die Benachteiligung von Mädchen im Bildungswesen, die Ausbildungs- und Berufschancen von Mädchen und jungen Frauen ein. Ihre Ausführungen untermauert sie mit anschaulichen und interessanten Statistiken und Graphiken, die zu folgender Aussage berechtigen: gut gebildet und doch nicht



gleich, so auch ein Unterteil dieses Kapitels. Daß Frauen sich dagegen zur Wehr setzen, wird u.a. daran deutlich, daß immer mehr auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Motive dafür sind unterschiedlich. Neben der finanziellen Selbständigkeit hat der Beruf eine wichtige Identitätsbildungsfunktion. Aber nicht nur. Doppel- und Mehrfachbelastung, Diskriminierung und sexuelle Belästigung greifen im Alltag einer Frau. Die berufstätige Frau befindet sich oft unter doppeltem

Druck: „Zu Hause soll niemand spüren, daß sie berufstätig ist. Im Betrieb soll niemand spüren, daß sie Familienarbeit leistet.“ Welche Unsicherheiten und Schwierigkeiten sich ergeben, wenn frau sich nicht für die Doppelbelastung „entscheidet“, werden in zwei weiteren Kapiteln behandelt. Die Hausfrau bleibt finanziell vom Mann abhängig, die Aufgabe der Kindererziehung entfällt mit dem Älterwerden der Kinder und bietet für die Frau nur abschnittsweise eine Lebensaufgabe. Die Gefahr der Isolation während und nach dieser Jahre ist nicht zu unterschätzen. Ein Wiedereinstieg in den Beruf ist mit enormen Schwierigkeiten verbunden.

Die Frau, die zugunsten ihrer Karriere/Berufstätigkeit auf Kinder verzichten will, wird gesellschaftlich sanktioniert und abgewertet. Sie hat sich dauernd zu rechtfertigen und muß beruflich ständig mehr leisten als Männer, um anerkannt zu werden.

Weiche Entscheidungen Frauen als Lebensperspektive auch treffen, sie werden damit konfrontiert sein, die gesellschaftlichen Anforderungen nicht erfüllen zu können. Als Frauen wird uns zunächst ein gesellschaftlicher Ort zugewiesen: entscheiden müssen wir uns schon selbst, ob wir diesen annehmen wollen oder ob wir unseren eigenen Weg finden und gehen wollen.

Zahlreiche Aussagen von Frauen zeigen die verschiedenen Wege auf, die sie gegangen sind, beschreiben ihre Schwierigkeiten, ermutigen aber auch, Unzufriedenheiten durch Veränderungen ein Stück weit aus dem Leben zu räumen.

Ein übersichtlich gestaltetes Buch, das viele Gesichtspunkte anschnodert und aufzeigt, trotzdem nicht bloß eine Aneinanderreihung von Aspekten bietet, regt – aufheitend durch eiliche Cartoons – zum Weiterlesen an.

Dieses Buch informiert weiters über Auseinandersetzungen um den Paragraphen 218, den Kampf gegen männliche Gewalt und die Frauenbewegung.

*Schwarz Astrid*

Ausdruck bringt. Neben der im ersten Augenblick amüsanten Unterhaltung regt das Buch zum Nachdenken und Ärgern an. Demjenigen, der sich auf Kosten unserer Landeshäuptlinge, Seilbahnmeister, Talkaiser, Hotelfetischisten, Religionsgötzen, Schützenvertreter,

Bierleichen, Säufler und sonstigen Tonis, Franzln, Seppin unterhalten und sich hernach über ihre Machenschaften ärgern will, dem sei „Von Schneekanonen & Transilawinen“ wärmstens empfohlen!!

*Willy Stricker*

**Hans Haid: „Von Schneekanonen & Transilawinen“, Edition Löwenzahn – Innsbruck, 112 Seiten, öS 135.–, DM 19,80**

Die Rede ist von allzumächtigen Talkaisern, ewig gestrigen Schützen, armen und reichen Ausländern, aber auch von mutigen Bäuerin-

ninhaber am Ende dieses merkwürdigen Winters zusammengekommen und begannen ihr großes Fest in der Wiener Hofburg. – Es ist der weiße Schneewahn. Es sind die kultisch, abgöttisch verehrten Schneeseppin, Pistentoni, Ganslaraharen und Mausfallenhelden.

Haid schildert mit einem schaurigen Sarkasmus die Zustände in unseren Wintersportlanden und die Machenschaften der Leader aus Tourismussektor, Politik und Kirche. Während der Lektüre muß sich der Leser immer wieder eingestehen, daß das, was Haid schildert, traurig aber wahr ist. Es entsteht aber immer wieder der Eindruck, daß das soeben gelesene schon ein paar Seiten vorher abgedruckt oder zumindest schon einmal gehört wurde. Dieser Eindruck entsteht auch sicherlich dadurch, daß jedem, der die im Buch beschriebenen Lande ein wenig abgefahren ist und sie bereist hat, all diese Zustände schon vor Augen geführt wurden, und er sich bereits „seine“ Gedanken gemacht hat. So ist das, was Haid schreibt, zwar überspitzt, aber das was sich viele bereits gedacht haben. Positiv zu bewerten ist sicherlich, daß Haid durch sein Schreiben diese Zustände so krass und deutlich und ohne Kosmetik zum



nen, kämpferischen Transilawinern und widerständlerischen Bürgerinitiativen. Der liebe Hans Haid hat mit diesem Büchli ein nettes und unterhaltsames, gleichzeitig auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefreiem Papier gedrucktes Werk geschaffen. Einige Zitate aus dem Inhalt: Da sind also alle einschlägig Vorbestraften, alle in weitere Strafverfahren noch zu verwickelnden Groß- und Kleinpolitiker, Landesfürsten, landesrätlichen Wichtigtner, Zuträger, alle beamteten Hofrätlichkeit, nachtragend und vortragend, alle mitsamt ihren Gattinnen zu Karrieren aufgestiegenen Oberbürgermeister und Stadträte, alle Schneeherrn und Seilbah-

**Am ANFANG und am ENDE,  
immer das gleiche Lied**

**ACHTUNG!**

Der

Mitgliedsbeitrag

für das

Studienjahr 1993/94

ist

fällig!

Wir bitten Euch,  
10.000.- Lire auf das Konto  
114000 bei der Südtiroler  
Sparkasse AG 1, Bozen, ODER  
auf unser Postkonto Nr. 10915395  
einzuzahlen.

Den skolast werdet Ihr weiterhin  
regelmäßig zugesandt bekom-  
men.

**DANKE!**

# „VARIATIONEN“

